Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunismus und Klassenkampf – Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

11. Reihe zur Kritik am Reformismus

Inst. z. d. europ. A.
S2D 2200

1. Revolutionen sind der Motor der Geschichte. · a) Die französische Revolution · b) Die 48er Revolution in Deutschland · c) Die Pariser Kommune · d) Die Oktoberrevolution · e) Die chinesische Revolution

2. Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis. · a) Der Goldhunger treibt die untergehenden Feudalreiche um die Welt. Dahinter steckt die Handelsbourgeoisie. Spanien und Portugal erste Kolonialmächte in Amerika. · b) Der Norden wird unter Führung der Bourgeoisie kolonisiert. Holland, England aber auch Frankreich kolonisieren Nordamerika. Die Bauern und Kleinbürger tragen den Unabhängigkeitskampf gegen England. Entstehung der Yankee-Bourgeoisie. · c) Mit dem Vordringen des Kapitalismus wird die indianische Bevölkerung ausgerottet. Reservate der Indianer. Siedlungsgebiete der Afro-Amerikaner nach der Aufhebung der Sklaverei. · d) Unterwerfung Süd-Amerikas durch die USA. Endgültiger Vernichtungskrieg gegen die indianischen Bauern. Zerkleinerung Mexikos und Beschlagnahmung der mexikanischen Arbeitskraft. · e) Der Kampf der unterdrückten Völker Südamerikas, der nordamerikanischen Indianer und der Afro-Amerikaner für Unabhängigkeit und nationale Befreiung wird zu einer Reserve des Kampfes der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution in den USA. Unterhöhlung der Fundamente der US-Supermacht. Risse im Gebälk.

3. Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß. · a) Die ersten Opfer der Zarenherrschaft und ihres Expansionismus waren die russischen Bauern. 16. und 17. Jahrhundert. Das Bauernland wird in Grundherrenland verwandelt und die Bauern werden durch Schollenbindung zu Leibeigenen, andere werden direkt zu Sklaven. Wüstung und Neusiedlungsbewegung. Neue Vorwände für die Ausdehnung der Zarenherrschaft. · b) Als obersten Grundherren und Händler drängt es den Zaren an die Ostseehäfen. Eroberungsbemühungen und schließlich Eroberung Livlands, Estlands und Finnlands. Später dann Litauens und großer Teile Polens. · c) Im Süden lockt das Schwarze Meer und der Zugang zum Mittelmeer. Der Panslavismus, ein zaristisches Instrument der Expansion auf dem Balkan. · d) Im Osten winken der Pazifik und die Reichtümer Chinas. Unterwerfung Zentralasiens und Vorstoß in den Fernen Osten. Die Niederlage gegen Japan leitet den Untergang des Zarismus ein. Revolution von 1905. · e) Die UdSSR führt den Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus und schafft den Rahmen für das Zusammenleben der befreiten Völker. Die Sozialimperialisten restaurieren das zaristische Völkergefängnis. Nur das herrschende Proletariat konnte das Bündnis der Völker der UdSSR und ihre Einheit sichern. Die Ängste der neuen Zaren vor dem „Neuerwachen des Nationalismus".

4. Das Christentum. Aus den religiösen Hoffnungen der „Mühseligen und Beladenen" der römischen Sklavenhaltergesellschaft wurden die irdischen Waffen der Ausbeuter und Unterdrücker. Das moderne Proletariat hat wirksame theoretische Waffen. · a) Die „Mühseligen und Beladenen" des römischen Reiches konnten ihre Hoffnungen nur ins Jenseits verlegen. Von dort sollte allerhand kommen und für dort versprach das Christentum allerhand. · b) Im Schmelztiegel der römischen Sklavenhalterherrschaft konnte das Christentum zur „Weltreligion" werden. · c) Die Sklavenhalter ergreifen das Christentum zwecks Verewigung der Sklaverei. Byzanz. Aber ihre Herrschaft war nicht zu halten. · d) Christliche Hierarchie und christliche Gleichmacherei. Die christlichen Feudalherren und die christlichen Bauern hatten nicht unter der gleichen religiösen Dunstglocke Platz. Katholizismus und Protestantismus. Vor allem aber diente der Protestantismus der aufkommenden Bourgeoisie. · e) Das moderne Proletariat braucht für seine Hoffnungen kein Jenseits. Seine Hoffnungen keimen im Diesseits. Marxistische Religionskritik.

5. Der Islam. Seine Entstehung im Kampf gegen die Sklavenhalterherrschaft des byzantinischen Reiches und seine Renaissance im Kampf gegen den Imperialismus. · a) Der Islam zog seine Kraft aus dem Kampf gegen Byzanz, die Hochburg der Sklavenhalter. Er einigte die arabischen Beduinen im Kampf gegen die Sklavenhalter. · b) Der Erfolg der arabischen Eroberungsfeldzüge zeigt die Überlegenheit der freien Beduinenheere über die Heere der Sklavenhalter. Mit den Eroberungen entwickelt sich Sklaverei und Feudalismus. Die demokratischen Elemente des Islam werden durch die aristokratischen überdeckt. · c) Die Osmanen werden die Führer des Islam. Eroberung Konstantinopels. Das osmanische Reich. · d) Das osmanische Reich kommt unter den Druck der kapitalistischen Staaten, die sich in Europa heranbilden. Es wird zerstückelt. · e) Die islamischen Völker werden durch den Imperialismus unterdrückt. Weil die islamischen Völker unterdrückt sind, wird der Islam zu einer Waffe der unterdrückten Völker. Die proletarische Kritik des Islam ist jedoch fällig.

6. Deutsche Geschichte: 6.01. Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens · a) Die „Kreuzzüge" – unter feudaler Verkleidung beginnt die kapitalistische Produktionsweise ihren Zug um den Erdball mit Schwert und Feuer. · b) Die „Wendenkreuzzüge" – die Handelsbourgeoisie Norddeutschlands sucht einen eigenen Weg zu den Reichtümern des Ostens. · c) „Nach Nowgorod! Nach Nowgorod!" – Die hansische Handelsbourgeoisie geht zum Sturmangriff über – Byzanz ist das Endziel der Kreuzfahrt. · d) Wenn nicht über die Düna, dann über die Weichsel! Die Pruzzen sind im Weg, die Pruzzen müssen weichen. · e) Zusammenrottung der hansischen Handelsbourgeoisie zum kriegerischen Städtebund – Blockade, Kriege und weitere Ostfeldzüge zur Hebung des Geschäfts. · f) Die deutsche Ostkolonisation – eine schwere Hypothek für die Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung.

6.02. Die deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion · a) Die ökonomische und politische Lage im Spätmittelalter. Rechtsverhältnisse der Bauern in den verschiedenen Landstrichen. Beschwerden, Artikel, Verträge, Chroniken, Reden zum Bauernkrieg · b) Der Befreiungskampf der Dithmarscher Bauern von 1507. · c) Die Forderungen und Kämpfe der Bauern in Süddeutschland 1525. · d) Das Bündnis von Stadt und Land und der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Bauern. Luther und Münzer. · e) Die Ergebnisse des Bauernkrieges und die weitere Fortsetzung der Kämpfe. Die Kämpfe der Salpeter. Die bürgerlichen Schulbücher wollen die Kämpfe der Bauern im Nachhinein nochmal unterdrücken.

6.03. Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums. · a) Das deutsche Kaisertum – ein Instrument der politischen, sozialen und kirchlichen Reaktion. · b) Die inneren Widersprüche des Reiches. Die Bourgeoisie sucht nach politischen Hebeln der Entwicklung des Kapitalismus. · c) Mit Schweden und Frankreich greifen zwei moderne Staaten in den Krieg ein. · d) Habsburg wird geschlagen und nach Osten gedrängt. · e) Der preußische Kolonialistenstaat gewinnt an Einfluß. Die Entwicklung bleibt zersplittert. Die Kräfte des Volkes liegen nieder. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist gehemmt und die Revolution auch.

6.04. Die Unterdrückertätigkeit Friedrichs des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation. Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwägern. · a) Der preußisch-österreichische Gegensatz. Zwei Kolonialistencliquen prügeln sich um Deutschland. · b) „Friedrich der Große" – ein halber Agent des Zaren. Aber auch für England tätig. · c) Die Bourgeoisie entwickelt sich, wenn überhaupt, unter Staatsaufsicht. Heereslieferanten für die Kolonialistencliquen. Die Bauern werden immer ärmer. · d) Schaffung einer großen zwangsgehobenen, zusammengeraubten Armee. Ihre Überlegenheit dauerte nicht lang. · e) Zentralisierung des Staatsapparates. Entstehung einer eng mit dem Junkertum verbundenen Bürokratenschicht. Preußischer Amtsadel.

6.05. Die französische Revolution rüttelt die deutsche Nation wach. In den Kriegen gegen die napoleonische Besatzung wird sie ideologisch und politisch erneut in Ketten gelegt. · a) Mit der Revolution setzt sich die französische Nation an die Spitze des europäischen Fortschritts. Das sehen viele Deutsche so und betrachten die Revolution als ihre eigene Sache. · b) Deutsche Jakobiner und deutsche Jakobinerrepubliken. Das Bündnis mit der Revolution fortschrittlich und national. · c) Die napoleonischen Truppen, Produkt der französischen Revolution, zerschlagen die preußischen Truppen auf einen Schlag. · d) Die preußischen Reformen. Preußischer Weg der Agrarreform – Weg der feudalen Reaktion. · e) Am Sieg der „Befreiungskriege" hat das deutsche Volk lange zu tragen. Oberherrschaft des Zaren und Festigung der Kolonialistencliquen Preußens und Habsburgs.

6.06. 1848. Bürgerliche Revolution und bürgerliche Reaktion. Statt mit den Bauern gegen den Feudalismus geht die deutsche Bourgeoisie mit den Feudalen gegen die Bauernmassen und das Proletariat. · a) Die ökonomische und soziale Entwicklung vor 1848. Die Bourgeoisie will den Einheitsstaat, egal wie. Bauern und Proletariat wollen Demokratie. Die Vorhut des Proletariats faßt den Übergang zur proletarischen Revolution ins Auge. · b) Wie in Paris sind auch in Berlin die Arbeiter und Handwerker die treibenden Kräfte des Aufruhrs. · c) Die Kämpfe in Westfalen und im Rheingebiet. · d) Die Frankfurter Nationalversammlung. Trotz des Drucks der Volksmassen zu keiner revolutionären Tat fähig. · e) Pfälzisch-badischer Feldzug. Ein Nachhutgefecht. Alles in allem haben Preußen und die Junker gewonnen. Die Bourgeoisie braucht man nicht mehr unter die revolutionären Klassen zu rechnen. Die Arbeiterklasse muß die Bauern führen.

6.07. Der deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung. · a) Der Charakter des Krieges und die revolutionäre Politik und Taktik der Sozialdemokratie. · b) Reichsgründung auf den Trümmern der Kommune und unter Vorherrschaft der preußischen Kolonialistenclique. · c) Schaffung eines inneren Marktes. Treibhausmäßige Entwicklung des Kapitalismus. · d) Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Sozialistengesetze und Kampf dagegen. · e) Kolonialpolitik auch in Übersee.

6.08. Die Epoche des Imperialismus. Ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Hauptmächte. Der deutsche Imperialismus greift nach der Weltherrschaft. Unvermeidlichkeit des Krieges. · a) Der deutsche Imperialismus arbeitet auf eine Neuaufteilung der Welt hin. Flottenpolitik. · b) Im Innern des Reiches seitens der Bourgeoisie Reaktion auf der ganzen Linie. Die Arbeiterbewegung führt erste Massenstreiks. Kämpfe gegen das preußische Wahlrecht. · c) In der SPD macht sich Reformismus und Revisionismus breit. Keine revolutionäre Linie zur Kolonialpolitik. · d) Die imperialistischen Allianzen bei Ausbruch des I. Weltkrieges. Hauptsächlich umstrittene Einflußsphären. Balkan, Türkei und die britischen Kolonialmärkte. · e) Der Verrat der deutschen Sozialdemokratie und der unvollständige Bruch der Linken mit Reformismus und Revisionismus. Kritik Lenins an der deutschen Sozialdemokratie und an der Inkonsequenz der Linken.

6.09. Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft. · a) Die Ergebnisse der Novemberrevolution sind äußerst dürftig. Aber mit Gründung der KPD entfaltet sich die revolutionäre Arbeiterbewegung und führt einige große Kämpfe. · b) Die Finanzbourgeoisie kann sich mit Existenz und Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung nicht abfinden. Ihre Pläne sind ganz anders: kapitalistische Rationalisierung und Expansion. · c) Mit dem Faschismus sammelt die Finanzbourgeoisie Hilfstruppen gegen die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung bleibt durch Reformismus und SPD gespalten und entscheidend geschwächt. · d) Der Faschismus am Ruder ist die zügellose Herrschaft der Finanzbourgeoisie, Zwangsmobilisierung der Arbeitskraft für den Weltmarkt und den Weltkrieg. KZs – eine Ausgeburt des totalen Kriegs um die Weltherrschaft. · e) Die Widersprüche unter den Imperialisten und die gemeinsame Feindschaft der Im-

Inhaltsangabe

a)Lassalles „ehernes Lohngesetz" – Leugnung der Ausbeutung und Begründung der Unaufhebbarkeit des naturbegründeten Elends durch den Sozialismus 3

Lassalles „ehernes Lohngesetz" und seine „gerechte Verteilung des Arbeitsertrags unter „allen Gesellschaftsmitgliedern" – reformistische Theorie zur Verewigung der kapitalistischen Ausbeutung 3
Engels über die Lage in Deutschland nach der Revolution von 1848 3
Lassalles „ehernes Lohngesetz" – Leugnung der Ausbeutung und Begründung der Unaufhebbarkeit des naturbegründeten Elends durch den Sozialismus 4
Lassalles „ehernes Gesetz" = Malthus' Theorie vom Menschengewimmel 4
„Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe" – nach der Verewigung des Elends: Mit Staatskredit rosigen Zeiten entgegen 5
Die „Sittliche Natur des Staates" – Lassalle schreit die Klassenversöhnung offen heraus 6
„Seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines Wahlrecht heißt" – Der Kampf der Arbeiterklasse für Demokratie und Sozialismus soll auf die Mühlen des Parlaments gelenkt werden 7
Das revolutionäre Volkskönigtum – Lassalles „Kampf" gegen die „liberale Bourgeoisie" führt direkt an die Seite der Junker und der Großbourgeoisie 8
Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx 9

b)Über den „demokratischen Kapitalismus" zum „demokratischen Sozialismus" – Bernsteins Revision des Marxismus 10

Mit der Leugnung der Ausbeutung entzieht Bernstein dem Sozialismus die wissenschaftliche Grundlage 10
Bernstein leugnet die Zuspitzung der Klassenwidersprüche im Imperialismus 12
Verfälschung der Profitproduktion in Produktion von Gebrauchsgütern – gute Grundlage für die Klassenversöhnung 13
Imperialistische Expansion zur Überwindung der Krisen 13
Bernstein leugnet den Klassencharakter des Staates – bürgerliche Demokratie als Verwirklichung des Sozialismus- Friedlicher Übergang zum Sozialismus – Die Diktatur des Proletariats ist überlebt 15
Aussöhnung des Sozialismus mit dem Liberalismus 15
Die Verantwortung gegenüber dem Parlament – Verpflichtung der Arbeiterklasse zur Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie 15
Der Arbeiter wird Bürger – sozialistische Kolonialpolitik 12

c)„Wirtschaftsdemokratie" und „Aufbau neuer demokratischer Wirtschaftsformen" – Naphtalis Programm zur Mitwirkung der Arbeiteraristokratie an der Ausbeuterordnung der Monopole 18

Von der strategischen Offensive des Proletariats zur Konsolidierung der Herrschaft der Bourgeoisie. Beschluß des ADGB-Kongresses 1928 zur Wirtschaftsdemokratie 18
Von der „politischen" zur „wirtschaftlichen Demokratie" – Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die verschärfte Reaktion 19
Der „demokratische Staat" soll die Monopole kontrollieren – Betrug an der Arbeiterklasse 20
Öffentliche Betriebe, Konsumgenossenschaften und Gewerkschaftsbetriebe – Eindringen von „unkapitalistischen Elementen" in „die Wirtschaft" 21
Theorie der Wirtschaftsdemokratie – Propagierung der verschärften Ausbeutung und Teilnahme der Arbeiteraristokratie an der Ausbeuterordnung der Monopole 22/23
Naphtali – Ein Leben im Dienste des Imperialismus 24
„Die Formel der Vernunft – Mitbestimmung – eine Forderung unserer Zeit" DGB 24

d) „Gerechter Anteil aller an der gemeinsamen Leistung des Menschen" – der „demokratische Sozialismus" entpuppt sich als humanistischer Imperialismus – das Godesberger Programm der SPD 25

Die Gründung der BRD sichert die politische Herrschaft der deutschen Bourgeoisie, die Währungsreform besiegelt sie ökonomisch 25
Die Sozialdemokratie spaltet die Arbeiterklasse, um sie vom Kampf um die politische Herrschaft abzuhalten 26
Die Kapitalisten schlagen die Mitbestimmung vor – sie wissen warum! 27
Alte Lassalle'sche Forderung nach gerechter Verteilung des Arbeitsertrags – Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Interessen der westdeutschen Imperialisten 28
Die „internationale Rechtsordnung der SPD" kann die Einheit der Arbeiterklasse mit den Völkern der Dritten Welt nicht verhindern 29
Nicht „Demokratisierung der Wirtschaft", sondern Aufhebung der Lohnarbeit durch die proletarische Revolution ist die Aufgabe der Arbeiterklasse 30

Lassalles „ehernes Lohngesetz" und seine „gerechte Verteilung des Arbeitsertrags" unter „allen Gesellschaftsmitgliedern" – reformistische Theorie zur Verewigung der kapitalistischen Ausbeutung

Engels über die Lage in Deutschland nach der Revolution von 1848

In demselben Maß, wie die Bourgeoisie ihre Industrie, ihren Handel und ihre Verkehrsmittel entwickelt, in demselben Maß erzeugt sie Proletariat. Und an einem gewissen Punkt – der nicht überall gleichzeitig oder auf gleicher Entwicklungsstufe einzutreten braucht – beginnt sie zu merken, daß dieser ihr proletarischer Doppelgänger ihr über den Kopf wächst. Von dem Augenblick an verliert sie die Kraft zur ausschließlich politischen Herrschaft; sie sieht sich um nach Bundesgenossen, mit denen sie, je nach Umständen, ihre Herrschaft teilt oder denen sie sie ganz abtritt. In Deutschland war dieser Wendepunkt für die Bourgeoisie bereits 1848 eingetreten. Und zwar erschrak die deutsche Bourgeoisie damals nicht so sehr vor dem deutschen wie vor dem französichen Proletariat. Die Pariser Junischlacht 1848 zeigte ihr, was sie zu erwarten habe; das deutsche Proletariat war gerade erregt genug, um ihr zu beweisen, daß auch hier die Saat für dieselbe Ernte schon im Boden stecke; und von dem Tage an war der politischen Aktion der Bourgeoisie die Spitze abgebrochen. Sie suchte Bundesgenossen, sie verhandelte sich an sie um jeden Preis – und sie ist auch heute noch keinen Schritt weiter.

Diese Bundesgenossen sind sämtlich reaktionärer Natur. Da ist das Königtum mit seiner Armee und seiner Bürokratie, da ist der große Feudaladel, da sind die kleinen Krautjunker, da sind selbst die Pfaffen. Mit allen diesen hat die Bourgeoisie paktiert und vereinbart, nur um ihre liebe Haut zu wahren, bis ihr endlich nichts mehr zu schachern blieb. Und je mehr das Proletariat sich entwickelte, je mehr es anfing, sich als Klasse zu fühlen, als Klasse zu handeln, desto schwachmütiger wurden die Bourgeois. (...)

Unsere großen Bürger handeln 1870 noch geradeso, wie die Mittelbürger von 1525 gehandelt haben. Was die Kleinbürger, Handwerksmeister und Krämer betrifft, so werden sie sich immer gleichbleiben. Sie hoffen in das Großbürgertum sich emporzuschwindeln, sie fürchten ins Proletariat hinabgestoßen zu werden. Zwischen Furcht und Hoffnung werden sie während des Kampfes ihre werte Haut salvieren und nach dem Kampf sich dem Sieger anschließen. Das ist ihre wahre Natur. Mit dem Aufschwung der Industrie seit 1848 hat Schritt gehalten die soziale und politische Aktion des Proletariats. Die Rolle, die die deutschen Arbeiter heute in ihren Gewerkschaftsvereinen, Genossenschaften, politischen Vereinen und Versammlungen, bei den Wahlen und im sogenannten Reichstag spielen, beweist allein, welche Umwälzung Deutschlands in den letzten 20 Jahren erlitten hat. Es gereicht den deutschen Arbeitern zur höchsten Ehre, daß *sie allein* es durchgesetzt haben, Arbeiter und Vertreter der Arbeiter ins Parlament zu schicken, während weder Franzosen noch Engländer dies bis jetzt fertiggebracht haben.

Aber auch das Proletariat ist der Parallele mit 1525 noch nicht entwachsen. Die ausschließlich und lebenslänglich auf den Arbeitslohn angewiesene Klasse bildet noch immer bei weitem nicht die Mehrzahl des deutschen Volkes. Sie ist also auch auf Bundesgenossen angewiesen. Und diese können nur gesucht werden unter den Kleinbürgern, unter dem Lumpenproletariat der Städte, unter den kleinen Bauern und den Ackerbautagelöhnern.

Von den *Kleinbürgern"* haben wir schon gesprochen. Sie sind höchst unzuverlässig, ausgenommen wenn sie gesiegt hat, dann ist in Geschrei in den Bierkneipen unermeßlich. Trotzdem gibt es unter ihnen sehr gute Elemente, die sich den Arbeitern von selbst anschließen.

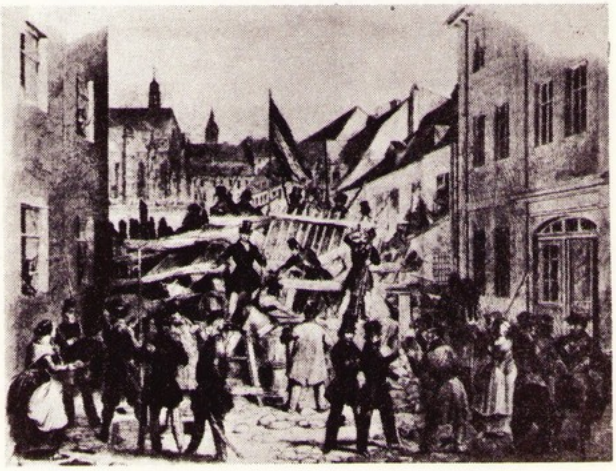
Das *Lumpenproletariat, (...) ist von allen möglichen Bundesgenossen der schlimmste.(...) Jeder Arbeiterführer, der diese Lumpen als Garde verwendet oder sich auf sie stützt, beweist sich schon dadurch als Verräter an der Bewegung.*

Die kleinen Bauern – denn die größeren gehören zur Bourgeoisie – sind verschiedener Art. Entweder sie sind *Feudalbauern* und haben dem gnädigen Herrn noch Frondienste zu leisten. Nachdem die Bourgeoisie versäumt hat, was ihre Schuldigkeit war, diese Leute von der Fronknechtschaft zu erlösen, wird es nicht schwer sein, sie zu überzeugen, daß sie nur noch von der Arbeiterklasse Erlösung zu erwarten haben. Oder sie sind *Pächter.* (...) Die Pacht ist so hoch getrieben, daß der Bauer mit seiner Familie bei Mittelernten nur eben knapp leben kann, bei schlechten Ernten fast der Gnade des Grundbesitzers abhängig wird. Für solche Leute tut die Bourgeoisie nur dann etwas, wenn sie dazu gezwungen wird. Von wem sollen sie Heil erwarten, außer von den Arbeitern?

Bleiben die Bauern, welche ihren eigenen kleinen Grundbesitz bewirtschaften. Diese sind meistens so mit Hypotheken belastet, daß sie vom Wucherer ebenso abhängen wie der Pächter vom Grundherrn. Auch ihnen bleibt nur ein knapper und dazu wegen der guten und schlechten Jahre äußerst unsicherer Arbeitslohn. Sie können am allerwenigsten von der Bourgeoisie etwas erwarten, denn sie werden ja gerade von den Bourgeois , den wuchernden Kapitalisten ausgesogen. Aber sie hängen meist sehr an ihrem Eigentum, obwohl es in Wirklichkeit nicht ihnen gehört sondern dem Wucherer. Dennoch wird ihnen beizubringen sein, daß sie nur dann vom Wucherer befreit werden können, wenn eine vom Volk abhängige Regierung die sämtlichen Hypothekenschulden in eine Schuld an den Staat verwandelt und dadurch den Zinsfuß erniedrigt. Und dies kann nur die Arbeiterklasse durchsetzen.

Überall wo mittlerer und großer Grundbesitz herrscht, machen die *Ackerbautaglöhner* die zahlreichste Klasse auf dem Lande aus. Dies ist in ganz Nord- und Ostdeutschland der Fall, und hier finden die Industriearbeiter der Städte ihre *zahlreichsten und natürlichsten Bundesgenossen.* Wie der Kapitalist dem industriellen Arbeiter, so steht der Grundbesitzer oder Großpächter dem Ackerbautagelöhner gegenüber. Diesselben Maßregeln, die dem einen helfen, müssen auch dem anderen helfen. Die industriellen Arbeiter können sich nur befreien, wenn sie das Kapital der Bourgeoisie, d.h. ihre Rohprodukte, Maschinen und Werkzeuge und Lebensmittel, welche zur Produktion erforderlich sind, in das Eigentum der Gesellschaft, d.h. in ihr eigenens, von ihnen gemeinsam benutztes verwandeln. Ebenso können die Landarbeiter nur aus ihrem scheußlichen Elend erlöst werden, wenn vor allem ihr Hauptarbeitsgegenstand, das Land selbst, dem Privatbesitz der großen Bauern und noch größeren Feudalherren entzogen und in gesellschaftliches Eigentum verwandelt und von Genossenschaften von Landarbeitern für ihre gemeinsame Rechnung bebaut wird.

(Aus: F. Engels, Vorbemerkung zum 2. Abdruck des „Deutschen Bauernkrieges". MEW Bd. 16, S. 393-400. Hier: S. 397 ff.)



Barrikadenkämpfe in Berlin. Für den Guß von Gewehrkugeln werden die Bleifassungen von Fensterscheiben verwendet

„Seit der Juniniederlage 1848 steht die Frage für den zivilisierten Teil des europäischen Kontinents so: entweder Herrschaft des revolutionären Proletariats oder Herrschaft der Klassen, die vor dem Februar herrschten. In Deutschland namentlich hat sich die Bourgeoisie unfähig gezeigt zu herrschen; sie konnte ihre Herrschaft nur dadurch gegenüber dem Volk erhalten, daß sie sie an den Adel und die Bürokratie wieder abtrat." (*F.Engels, Die deutsche Reichsverfassungskampagne, MEW Bd. 7, S.197*)

Chronik

Februar 1848: Beginn der Revolution in Baden. Gründung des Bundes der Kommunisten.
18.3.1848: Berliner Barrikadenschlacht, Höhepunkt der Revolution in Deutschland.
22.5.1848: Verfassungsgebende Versammlung in Preußen: Die Bourgeoisie übernimmt die Regierung und verbrüdert sich mit den Feudalen.
5.12.1848: Verjagung der konstituierenden Versammlung, neue Verfassung durch den preußischen König.
30.5.1849: Dreiklassenwahlrecht nach Steueraufkommen.
23.7.1849: Ende der Revolution in Deutschland.
2.3.1850: Ablösungsgesetz: Die Bauern müssen sich von der Leibeigenschaft freikaufen.
Ab 1850: Gründung von Arbeitervereinen und Gewerkschaftsverbänden, die verfolgt und verboten werden.
1852: Kölner Kommunistenprozesse.
1857: Wirtschaftkrise; Handwerksgesellen und Arbeiter führen über 60 Streiks, v.a. für höhere Löhne.
1858: Liberale errringen Parlamentsmehrheit in Preußen.

Versammlung von Druckarbeitern – Nach der Niederlage in der 48er Revolution entwickelte sich in den 50er Jahren der ökonomische Kampf der Arbeiter. Höhepunkte der Streikbewegung waren 1857 und 1859. Lassalles Theorie vom „ehernen Lohngesetz" richtet sich direkt gegen diese Kämpfe.

Lassalles „ehernes Lohngesetz" – Leugnung der Ausbeutung und Begründung der Unaufhebbarkeit des naturbegründeten Elends durch den Sozialismus

Das *eherne ökonomische Gesetz,* welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit *den Arbeitslohn bestimmt,* ist dieses: daß der *durchschnittliche Arbeitslohn* immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheits(mäßig) zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um den der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitiert, ohne sich jemals lange wieder über denselben zu erheben, noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben – denn sonst entstünde durch die leichte, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots an Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde.

Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen – Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch *Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl,* welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn wieder auf den früheren Stand zurückbringt.

Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er dauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über demselben (Perioode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen) bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Notstandes und der Krisen).

Die Beschränkung des durchschnittlichen Arbeitslohnes auf die *in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnotdurft* – das ist es also, ich wiederhole es Ihnen, das eherne und grausame Gesetz, welches den Arbeitslohn unter den heutigen Verhältnissen beherrscht.

Dieses Gesetz *kann von niemandem bestritten werden.* Ich könnte Ihnen für dasselbe *ebensoviele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen* in der nationalökonomischen Wissenschaft gibt, und zwar *aus der liberalen Schule selbst,* denn gerade die liberale ökonomische Schule ist es, welche selbst dieses Gesetz entdeckt und nachgewiesen hat.

Dieses eherne und grausame Gesetz, meine Herren, müssen sie sich vor allem tief, tief in die Seele prägen und bei allem Ihren Denken von ihm ausgehen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich Ihnen und dem gesamten Arbeiterstand ein unfehlbares Mittel angeben, wie Sie ein für allemal allen Täuschungen und Irreführungen entgehen können.

Jedem, der Ihnen von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes spricht, müssen Sie vor allem die Frage vorlegen: ob er dieses Gesetz *anerkennt oder nicht.*

Erkennt er es *nicht* an, so müssen Sie sich von vorneherein sagen, daß dieser Mann entweder Sie *täuschen will,* oder aber von der *kläglichsten Unerfahrenheit in der nationalökonomischen Wissenschaft ist.* Denn es gibt, wie ich Ihnen bereits bemerkt, *in der liberalen Schule selbst* nicht *einen* namhaften Nationalökonomen, der dasselbe leugnete. Adam Smith wie Say, Ricardo wie Malthus, Bastiat wie John Stuart Mill sind *einstimmig* darin, es anzuerkennen. Es herrscht hierin eine Übereinstimmung aller Männer der Wissenschaft.

Und wenn nun derjenige, der Ihnen von der Lage der Arbeiter spricht, auf Ihre Frage dieses Gesetz *anerkannt hat,* so fragen Sie ihn weiter: *Wie er dasselbe beseitigen will.*

Und wenn er hierauf nicht zu antworten weiß, so wenden Sie ihm ruhig den Rücken. Er ist ein leerer Schwätzer, der Sie oder sich selbst täuschen und mit hohlen Phrasen verblenden will.

Betrachten wir einen Augenblick näher die Wirkung und Natur dieses Gesetzes. Sie ist mit anderen Worten folgende:

Von dem Arbeitsertrag (der Produktion) wird zunächst soviel *abgezogen* und unter *die Arbeiter verteilt,* als zu ihrer *Lebensfristung* erforderlich ist (*Arbeitslohn*).

Der *ganze Überschuß der Produktion* – des Arbeitsertrages – fällt auf den *Unternehmeranteil.*

Es ist daher eine Folge dieses ehernen und grausamen Gesetzes, daß Sie – und deswegen habe ich Sie in meiner Arbeiterbroschüre (S.22 ff.), auf die Sie sich in Ihrem Schreiben berufen, die Klasse der Enterbten genannt – sogar von der durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten *Produktivität,* d.h. von dem gesteigerten *Arbeitsertrage,* von der gesteigerten Ertragsfähigkeit *Ihrer eigenen Arbeit* notwendig *ausgeschlossen* sind! Für *Sie* immer die Lebensnotdurft, für den Unternehmeranteil immer *alles, was über dieselbe hinaus von der Arbeit produziert wird.*

Weil aber bei sehr großen Fortschritten der Produktivität (der *Ergiebigkeit* der Arbeit) zugleich viele Industrieprodukte zur *äußersten Billigkeit* herabsinken, so *kann* es kommen, daß Sie durch diese *Billigkeit* nicht als Produzenten, wohl aber als *Konsumenten* zunächst einen gewissen direkten Vorteil von der gesteigerten Ergiebigkeit der Arbeit haben. Dieser Vorteil trifft Sie überhaupt nicht in Ihrer Tätigkeit als Produzenten, er trifft und ändert nicht die auf ihren Anteil fallende Quote am Arbeitsertrag , er trifft nur Ihre Lage als *Konsumenten,* wie er auch die Lage der Unternehmer als *Konsumenten* und auch die aller an der Arbeit *gar nicht* teilnehmenden *Menschen als Konsumenten* – und zwar in viel erheblicherem Grade als die Ihrige – verbessert.
Und auch *dieser* Sie bloß als Menschen, nicht als *Arbeiter* treffende Vorteil *verschwindet wieder* durch jenes eherne und grausame Gesetz, welches den Arbeitslohn auf die Länge immer wieder auf das *Maß der zum Lebensunterhalt notwendigen Konsumtion herabdrückt.*

Nun *kann* es aber vorkommen, daß, wenn eine solche gesteigerte Produktivität der Arbeit und die durch sie eintretende *äußerste Billigkeit* mancher Produkte ganz *plötzlich* eintritt, und sie zweitens zugleich in eine *länger dauernde* Periode der steigenden Nachfrage nach Arbeiterhänden fällt, – daß dann diese jetzt unverhältnismäßig billiger gewordenen Produkte in den Umfang *dessen* aufgenommen werden, was *gewohnheitsmäßig in einem Volk zum notwendigen Lebensunterhalt gehört.*

Dies also, daß Arbeiter und Arbeitslohn immer herumtanzen um den äußersten Rand dessen, was nach dem Bedürfnis jener Zeit zu dem notwendigesten Lebensunterhalt gehört, bald etwas *über,* bald etwas *unter* diesem Rand stehend, – *dies ändert sich nie!*

Dieser *äußerste Rand selbst* aber kann sich in verschiedenen Zeiten durch ein Zusammentreffen der angegebenen Umstände geändert haben, und es *kann* somit kommen, daß, wenn man verschiedene Zeiten miteinander vergleicht, die Lage des Arbeiterstandes in dem späten Jahrhundert oder in der späteren Generation – insofern jetzt das Minimum der gewohnheitsmäßig notwendigen Lebensbedürfnisse etwas gestiegen ist – sich gegen die Lage des Arbeiterstandes in dem frühen Jahrhundert und der frühen Generation etwas gebessert hat. (*F.Lasalle, Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig (Arbeitermanifest), in F.Lasalle's Gesamtwerke Bd.1, hrsg. von E.Blum, Leipzig o.J., S.15 ff.)*

Lassalles „ehernes Gesetz" = Malthus' Theorie vom Menschengewimmel

„ Wir wollen annehmen, die Unterhaltsmittel reichten in einem Lande gerade aus, um die Einwohner ohne Schwierigkeit zu ernähren. Der ständige Drang nach Fortpflanzung, der selbst in den lasterhaftesten Gemeinwesen anzutreffen ist, vermehrt die Volkszahl, bevor noch die Unterhaltsmittel vermehrt worden sind. (. . .) Infolgedessen müssen die Armen weit schlechter leben, und viele von ihnen müssen bittere Not leiden. Da auch die Zahl der Arbeiter größer ist als die Nachfrage nach Arbeitskräften auf den Märkten, so muß auch der Preis der Arbeit sinkende Tendenz haben, während der Preis der Nahrungsmittel gleichzeitig nach oben streben dürfte. Der Arbeiter muß daher mehr arbeiten, um dasselbe zu verdienen wie bisher. Während dieser Periode der Not ist die Entmutigung der Eheschließung und die Schwierigkeit, eine Familie zu erhalten, so groß, daß der Zuwachs der Bevölkerung verzögert wird."
(T.R.Malthus: Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz, 1905, S.28)

„Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe" – nach der Verewigung des Elends: mit Staatskredit rosigen Zeiten entgegen.

Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen – das ist das Mittel, durch welches – und durch *welches allein* – wie sie jetzt sofort selbst sehen, jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt!

Wenn *der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist,* so fällt jene *Scheidung* zwischen *Arbeitslohn und Unternehmergewinn* und mit ihr der bloße *Arbeitslohn* überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der *Arbeitsertrag!*

Die *Aufhebung des Unternehmergewinns* in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der *Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigner Unternehmer organisiert.* die hiermit und hiermit allein gegebene Aufhebung jenes Gesetzes, welches unter der heutigen Produktion von dem *Produktionsertrag das eben zur Lebensfristung Erforderliche auf die Arbeiter als Lohn* und den gesamten Überschuß den Unternehmer verteilt, *das* ist die einzige wahrhaftige, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige *nicht illusionäre* Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.

Aber wie? Werfen Sie einen Blick auf die Eisenbahnen, die Maschinenfabriken, die Schiffbauwerkstätten, die Baumwollspinnereien, die Kattunfabriken usw. usw., auf die zu diesen Anlagen erforderlichen Millionen, werfen Sie dann einen Blick in die Leere Ihrer Taschen, und fragen Sie sich, wo Sie jemals die zu diesen Anlagen erforderlichen Riesenkapitalien hernehmen und wie Sie somit jemals den Betrieb der Großindustrie auf eigene Rechnung ermöglichen sollen?

Und gewiß ist nichts sicherer, nichts feststehender, als daß Sie dies *niemals* ermöglichen würden, wenn Sie *ausschließlich und lediglich und allein* auf Ihre *isolierten Anstrengungen als Individuen* reduziert bleiben.

Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des *Staates,* Ihnen dies zu *ermöglichen,* die große Sache der *freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd* in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die *Mittel und Möglichkeiten* zu dieser *Selbstorganisation und Selbstassoziation* zu bieten.

Das aber ist gerade *die Aufgabe und Bestimmung des Staates,* die *großen Kulturfortschritte* der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein *Beruf.* Dazu existiert er; hat *immer* dazu gedient und dienen müssen. Ein einziges Beispiel, statt der Hunderte von Beispielen, die ich Ihnen geben könnte, den Kanälen, Chausseen, Posten, Paketbottlinien, Telegraphen, Landrentenbanken, landwirtschaftlichen Verbesserungen, Einführungen von neuen Fabrikationszweigen usw., bei welchen allen die Intervention des Staates eintreten mußte – ein einziges Beispiel will ich Ihnen geben, aber ein Biespiel, das hunderte aufwiegt, und zwar ein ganz besonders naheliegendes Beispiel: Als *die Eisenbahnen* bei uns gebaut werden sollten, da mußte in *allen deutschen* – und ebenso in den meisten auswärtigen – Ländern, ausgenommen bei einigen ganz kleinen und vereinzelten Linien, der *Staat* in der einen oder anderen Weise intervenieren, *meistens in der Weise,* daß er mindestens die *Zinsgarantie* für die Aktien – in vielen Ländern noch weit größere Leistungen – übernahm.

Die *Zinsgarantie* stellt noch dazu folgenden Löwenkontrakt der Unternehmer – der reichen Aktionäre – mit dem Staate dar: Sind die neuen Unternehmungen, *unvorteilhaft* so soll der Nachteil auf den *Staat* fallen, folglich auf *alle Steuerzahler* folglich *ganz besonders auf Sie,* meine Herren, *auf die große Klasse der Unbemittelten!* Sind die neuen Unternehmungen dagegen vorteilhaft, so soll der *Vorteil* – die starken Dividenden – *uns den reichen Aktionären, zukommen.* Dies wird auch nicht dadurch beseitigt, daß in manchen Ländern, wie z.B. in Preußen, dafür dem Staate in einer sehr, sehr fernen Zukunft damals noch ganz ungewisse Vorteile ausbedungen wurden, Vorteile, deren sich aus der Assoziation des Arbeiterstandes weit schnellere und größere für ihn ergeben würden.

Ohne diese Intervention des Staates, von welcher, wie gesagt, die *Zinsgarantie* noch die schwächste Form war, hätten wir vielleicht *noch heute* auf dem ganzen Kontinent *keine Eisenbahnen!*

...Es kommt hinzu, daß, so groß auch der durch die *Eisenbahnen* bewirkte Kulturfortschritt war, er doch noch zu einem verschwindenden Punkte zusammensinkt gegenüber *jenem* gewaltigen Kulturfortschritt, der durch die Assoziation der arbeitenden (Klasse) vollbracht würde. Denn was nützen alle aufgespeicherten Reichtümer und alle Früchte der Zivilisation, wenn sie immer nur für einige Wenige vorhanden sind und die große unendliche Menschheit stets der Tantulas bleibt, welcher vergeblich nach diesen Früchten greift? Schlimmer als Tantulas, denn dieser hatte wenigstens nicht die Früchte *hervorgebracht,* nach denen sein dürstender Gaumen vergeblich zu lechzen verdammt war!

Wenn je also, so wurde *dieser gewaltige* Kulturfortschritt von allen, welchen die Geschichte kennt, eine hilfreiche Intervention des Staates rechtfertigen.

Es kommt hinzu, daß der Staat durch die großen Kredit- und Zirkulationsinstitute (die Banken), wie hier nicht weiter ausgeführt werden kann, in der leichtesten Weise und ohne *irgendeine größere* Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, als durch die Zinsgarantie bei den Eisenbahnen geschah, Ihnen diese Möglichkeit gewähren kann.

(F.Lassalle, a.a.O., S.23ff)

1860: Gesetzentwurf zur Reorganisation des preußischen Heeres: Ausbau des Militarismus. Die Liberalen lehnen das Gesetz ab, bewilligen aber 9 Mio Taler für militarische Zwecke

1861: König Wilhelm I. wird König von Preußen. Dagegen machtvolle Demonstrationen in Berlin. Gründung der Fortschrittspartei.

1860-1865: Zahl der Arbeiterbildungsvereine verdoppelt sich von 50 auf 100.

1862: Die Liberalen verweigern die Mittel für die Heeresorganisation.

März 1863: Lassalle veröffentlicht das „Offene Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig".

23.5.1863: Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) mit Lassalle als Präsident.

23.9.1863: Bismarck wird Ministerpräsident

31.8.1864: Lassalle verstirbt an den Folgen eins Duells.

September 1864: Krieg Preußens und Österreichs gegen Dänemark; Preußen annektiert Schleswig Holstein, Lassalleaner unterstützen dies.

28.9.1864: Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation unter Führung von Marx und Engels (I. Internationale).

Februar 1865: Marx und Engels kündigen die Zusammenarbeit mit dem lassalleanischen „Social-Demokrat" auf.

März 1865: Herausbildung von Oppositionsgruppen im ADAV gegen die preußenfreundliche Politik des Vorstands.

Juli 1865: Revolutionäre Arbeitervereine organisieren Demonstrationen gegen das Verbot eines Festes der liberalen Mehrheit.

Ende 1865: Erste Sektionen der Internationale in Deutschland

Dezember 1865: Die Zigarrenmacher gründen den ersten neuen gesamtdeutschen Gewerkschaftsverband seit 48/49.

Während sich der Kapitalismus in Deutschland entwickelt, entwerfen Lassalle und sein „liberaler Gegenspieler" Schulze-Delitzsch kleinbürgerliche Theorien zur Abstumpfung der Klassenwidersprüche.

Krupps Gußstahlfabrik in den Jahren 1840 und 1864

Anzahl der Arbeiter:

1850	1860	1870	1875
241	1785	8400	13000

Schulze-Delitzschs Sparbüchsenagitation

So bliebt denn nichts übrig, als bei der Lösung der Aufgabe mit den Individuen, mit Wirkung und Ausbildung alles dessen in den einzelnen zu beginnen, wovon das Gelingen der wirtschaftlichen Strebungen, der Erfolg im Bereiche des Erwerbs abhängt. Das einzig richtige Ziel ist dabei und bleibt, die Menschen zur Selbsthilfe zu erziehen. Die Pflege der geistigen, sittlichen und körperlichen Anlagen, Beibringung nützlicher Kenntnisse und Fertigkeiten, Gewöhnung an Sparsamkeit, Fleiß und tüchtige Lebenshaltung, darauf kommt es vor allen Dingen an. Sollen sich unsere Umstände, unsere Lage bessern, so müssen wir zuerst mit uns selbst beginnen. Es gibt nicht leicht etwas Mangelhaftes in unseren Zuständen, was sich nicht irgendwie auf Mängel in uns selbst zurückführen ließe, und es wird nicht eher besser in der Welt, als bis die Menschen besser geworden sind an Einsicht und Willenskraft, an ernstem Streben und Sitte.

(Aus dem Vortrag Hermann Schulze-Delitzschs im Berliner Arbeiterverein vom 22.3.1863. Zit. nach Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung Bd.1, S. 555 f.)

1866: Wirtschaftskrise; Massenentlassungen, Demonstrationen
8.5.1866: Protestversammlung der Arbeiterbildungsvereine gemeinsam mit der Gemeinde des ADAV in Leipzig gegen das reaktionäre Preußen.
April 1866: Bismarck unterstützt den „Social-Demokrat" mit einem Darlehen.
16.6.1866: Krieg Preußens gegen Österreich.
Ende 1866: Gründung des norddeutschen Bundes durch Preußen.
September 1967: Band I des „Kapital" erscheint.
Sommer 1868: Ansteigen der Mitgliederzahl der ADAV. Die Lassalleaner gründen Gewerkschaften unter Ausschluß der Mitglieder des Verbandes Deutscher Arbeitervereine. Mitglieder der Fortschrittspartei propagieren gelbe Gewerkschaften. Bebel und Liebknecht bauen revolutionäre Gewerkschaten auf, die Internationalen Gewerksgenossenschaften
5.-7.9.1868: NÜrnberger Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine beschließt „Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation."
1869: Große Streikbewegung, Erkämpfung der Koalitionsfreiheit.
Februar 1869: Internationale Gewerksgenossenschaften konstitueren sich als gesamtdeutsche Verbände. 1000 Mitglieder des ADAV stoßen zu der revolutionären Richtung der Arbeiterbewegung. Zerfall der liberalen Gewerkvereine.
1854 – Die letzten scheinliberalen Zugeständnisse in der preussischen Verfassung von 1850 werden abgeschafft – Auszug aus der Verfassung:
Art.5 Die persönliche Freiheit ist gewährleistet...
Art.27 Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift ... seine Meinung frei zu äußern. Die Zensur darf nicht eingeführt werden, jede andere Beschränkung nur im Wege der Gesetzgebung.
Art.30 Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen... Politische Vereine können Beschränkungen und vorübergehenden Verboten im Wege der Gesetzgebung unterworfen werden.
Auszug aus dem Vereinsgesetz der Deutschen Bundesversammlung vom 13.7.1854:
§3 In Beziehung auf politische Vereine insbesonder muß, sofern derartige Vereine nicht nach Maßgabe der Landesgesetzgebung überhaupt untersagt sind oder doch einer für jeden Fall besonders zu erteilenden obrichkeitlichen Genehmigung bedürfen, die betreffende Staatsregierung sich in der Lage befinden, nach Maßgabe der Umstände, besondere vorübergehende Beschränkungen und Verbote erlassen zu können.
§4 Allgemein sind für politische Vereine noch folgende Beschränkungen zur Geltung zu bringen: 1. Minderjährige, Lehrlinge und Schüler dürfen sich an solchen Vereinen nicht beteiligen. 2. Jede Verbindung mit anderen Vereinen ist unstatthaft.
§6 Die bewaffnete Macht darf sich nicht anders als auf Befehl versammeln und Weder in noch außer dem Dienst beratschlagen; ...
§8Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichten sich sämtliche Bundesregierungen ferner, die in ihren Gebieten etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, binnen zwei Monaten aufzuheben, und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten.

Im norddeutschen Parlament.
„Entschieden ist er, und ein gewaltiger Redner, das muß man ihm lassen."

Bismarck dressiert den Reichstag des Norddeutschen Bundes. Karrikatur aus dem Figaro 1870

Bismarck am 17. November 1871 über den ADAV: „Hier ist nicht alleine eine sachliche Verständigung noch möglich, sondern es wird beim rechten Eingreifen des Staates zur Zeit auch noch gelingen, die Mehrzahl der Arbeiter mit der bestehenden Staatsordnung auszusöhnen und die Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern wiederum in Harmonie zu bringen."
(Geschichte 8, a.a.O., S. 107)

Die „sittliche Natur des Staates" – Lassalle schreit die Klassenversöhnung offen heraus

Ganz anders meine Herren, faßt der vierte Stand den Staatszweck auf, und zwar faßt er ihn so auf, wie er in Wahrheit beschaffen ist.

Die Geschichte meine Herren, ist ein Kampf mit der Natur; mit dem Elende, der Unwissenheit, der Armut, der Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art, in der wir uns befanden, als das Menschengeschlecht im Anfang der Geschichte auftrat. Die fortschreitende *Besiegung* dieser Machtlosigkeit – das ist die Entwicklung der Freiheit, welche die Geschichte darstellt.

In diesem Kampfe würden wir niemals einen Schritt vorwärts gemacht haben, oder jemals weiter machen, wenn wir ihn als *Einzelne jeder für sich, jeder allein,* geführt hätten oder führen wollten.

Der *Staat* ist es, welcher die *Funktion* hat, *diese Entwicklung der Freiheit,* diese *Entwicklung des Menschengeschlechts* zur Freiheit zu vollbringen.

Der *Staat* ist diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte *aller einzelnen, welche in diese Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, welche ihnen allen* als Einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt.

Der Zweck des Staates ist also nicht der, dem Einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu *schützen,* mit welchen er nach der Idee der Bourgeoisie angeblich schon in den Staat eintritt; der Zweck des Staates ist vielmehr gerade der, *durch* diese Vereinigung die Einzelnen in den Stand zu setzen, *solche Zwecke,* eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als Einzelne niemals erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von *Bildung, Macht und Freiheit* zu erlangen, die ihnen sämtlich als Einzelnen schlechthin unersteiglich wäre.

Der Zweck des Staates ist somit, der, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche *Bestimmung,* d.h. die Kultur, deren das Menschengeschlecht *fähig ist,* zum *wirklichen Dasein* zu gestalten; er ist die *Erziehung und Entwicklung des* Menschengeschlechts zur Freiheit.

Dies ist die eigentlich sittliche Natur des Staates, meine Herren, seine wahre und höhere Aufgabe. Sie ist es so sehr, daß sie deshalb seit allen Zeiten durch den *Zwang* der Dinge selbst von dem Staat, auch ohne seinen Willen, auch unbewußt, auch gegen den Willen siener Leiter, mehr oder weniger ausgeführt wurde.

... Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tief sittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip des gesamten Zeitalters zu erheben, *seine* Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten.

Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, und die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. *Sie* sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!
F. Lassalle, Arbeiterprogramm, in F. Lassalles Gesamtwerk, Bd 1, S. 195f

Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft in dem Sinne, wie ich Ihnen dies entwickelt, der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen. Und während ich aus tiefster Seele und aus vollster Brust nach Beendigung aller Klassenherrschaft und aller Klassengegensätze rufe, beschuldigt mich der Staatsanwalt, die Arbeiter zur Klassenherrschaft über die besitzenden Klassen aufgefordert zu haben.
(F.Lassalle, a.a.O. Bd. 1, S.303)

Es wäre das großartigste Kulturfaktum, es wäre ein Triumph des deutschen Namens und der deutschen Nation, wenn in Deutschland die Initiative in der sozialen Frage gerade von den Besitzenden ausginge, wenn sie aufträte als ein Produkt der Wissenschaft und der Liebe, nicht als eine Gärung des Hasses und der wilden sansculottischen Wut! Und gerade das ist ja auch der Fall! Die Männer, welche die Initiative in dieser Bewegung ergriffen haben, ich, Rodbertus, Wuttke, Bucher, ..., wir alle gehören durch Wissenschaft wie durch Besitz den besten Schichten der besitzenden Klassen an. Sieht man denn nicht, daß dies eine großartige Tatsache der Klassenversöhnung ist und daß man gerade nur durch die Wut ohnegleichen, mit welcher man sich unseren Bestrebungen entgegenwirft, einen Konflikt und einen Haß unter den Klassen zu erzeugen droht? Wenn es gelänge, diese Bewegung tot zu machen, nun gerade dann würde nichts anderes davon die Folge sein, als daß wir in einigen Dezennien an einer wilden proletarischen Revolution stünden und sich die Schrecken der Junischlacht auch für uns wiederholten! Das darf nicht sein und das soll nicht sein! Aber eben deshalb handelt es sich darum, zeitig die Ventile zu öffnen, um einer Explosion vorzubeugen. Darum habe ich im tiefen Frieden dieser Überzeugung Gelegenheit geben wollen, sich durchzukämpfen und sich durchzubohren. Ich habe es schon Ihren Brüdern in Leipzig gesagt: Sie dürfen die Besitzenden nicht hassen, weder die Bourgeoisie im allgemeinen, noch etwa die Unternehmer und Meister im besonderen. Unsere Bourgeoisie hat die bestehenden Zustände nicht gemacht; sie ist nicht der Produzent dieser Zustände, sondern nur ihr unwillkürliches Produkt. Die besitzende Klasse muß vielmehr selbst und freiwillig ihre Intelligenz und Einsicht dazu hergeben, um mit gutem Willen die Fesseln von Ihren Füßen zu feilen.
(F.Lassalle, Ges.Werke, Bd.2, S.127f.)

„Seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines Wahlrecht heißt" Der Kampf der Arbeiterklasse für Demokratie und Sozialismus soll auf die Mühlen des Parlaments gelenkt werden.

Die beiden untersten in der *allergedrücktesten Lage* befindlichen Klassen bilden also allein *89 Prozent der Bevölkerung, und nimmt man, wie man muß, noch die 7¼ Prozent der dritten, immer noch unbemittelten und gedrückten Klasse hinzu, so erhalten Sie 96¼ Prozent der Bevölkerung in gedrückter und dürftiger Lage. Ihnen* also, meine Herren, den *notleidenden Klassen, gehört* der Staat, nicht uns, den höheren Ständen, denn *aus Ihnen besteht er! Was ist der Staat?* fragte ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern die Antwort: *Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation – das ist der Staat!*

Und warum soll nun *Ihre große Assoziation* nicht fördernd und befruchtend auf *Ihre kleineren Assoziationskreise einwirken?...*

Sie sehen also, meine Herren, daß es geradezu eine *mathematische Unmöglichkeit* ist, den Arbeiterstand auf *diesem* Wege durch die Anstrengungen seiner Mitglieder *als bloß isolierter Individuen* zu befreien; daß nur ganz unklare unkritische Vorstellungen sich diesen Illusionen hingeben können, und daß der *einzige* Weg hierzu, der *einzige* Weg zur Aufhebung jenes grausamen, den Arbeitslohn bestimmenden Gesetzes, an welches der Arbeiterstand wie an einen Marterpfahl geschmiedet ist, die Förderung und Entwicklung der *freien, individuellen Arbeiterassoziationen durch die helfende Hand des Staates ist.* Die auf die rein atomistisch-isolierten Kräfte der Arbeiterindividuen gebaute Arbeiterassoziationsbewegung hat nur *den* Wert gehabt – und dieser Wert ist ein *immenser –, handgreiflich den Weg, den praktischen Weg zu zeigen,* auf welchem die Befreiung vor sich gehen kann, *glänzende, praktische Beweise* zur Beseitigung aller wirklichen oder vorgeschützten Zweifel durch die praktische Ausführbarkeit zu liefern und es eben dadurch *dem Staat zur gebieterischen Pflicht zu machen, seine stützende Hand diesem höchsten Kulturinteresse der Menschheit zu leihen.*

Noch einmal also, die *freie, individuelle Assoziation der Arbeiter, aber die freie individuelle Assoziation, ermöglicht* durch die stützende und fördernde Hand des *Staates* – das ist der einzige *Weg aus der Wüste, der dem Arbeiterstand gegeben ist.*

Wie aber *den Staat* zu dieser Intervention vermögen?
Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Ihrer aller Augen stehen: dies wird nur durch *das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein.* Wenn die *gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen* – dann und *nur* dann werden Sie den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen.

Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, *dann* mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutiert werden, *dann* werden – verlassen Sie sich darauf! – die Männer, die ihre Lage verstehen und ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahl der Wissenschaft bewaffnet zu ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und *dann* werden Sie, die unbemittelten Klassen der Gesellschaft es jedenfalls nur *sich selbst und ihren schlechten Wahlen* zuzuschreiben *haben, wenn und solange die Vertreter Ihrer Sache in der Minorität bleiben.*

Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr *politisches,* es ist auch Ihr *soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe.* Es ist das *einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.*

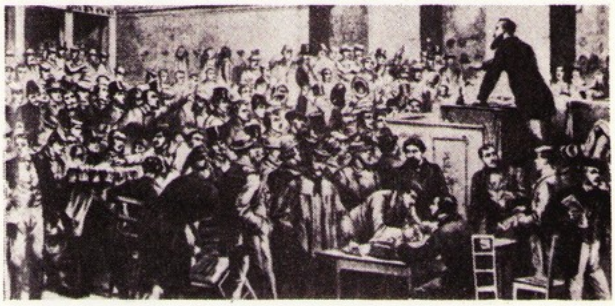
Wie nun aber die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts bewirken?
Und hier blicken Sie auf England!
Mehr als fünf Jahre hat die große Agitation des englischen Volkes gegen die Korngesetze gedauert. Dann aber mußten sie fallen, mußten durch ein Tory-Ministerium selbst beseitigt werden!

Organisieren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zweck, einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern.

Wiederholen Sie täglich und unermüdlich dasselbe, wieder dasselbe, immer dasselbe! Je mehr es wiederholt wird, desto mehr greift es um sich, desto gewaltiger wächst seine Macht. Alle Kunst *praktischer* Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf *einen* Punkt – auf den wichtigsten Punkt – *zu konzentrieren* und nicht nach rechts oder links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts oder links, seien Sie *taub* für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann!
(F. Lassalle, Arbeitermanifest, a.a.O., S.31 ff.)

Der preußische Staat – „ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflußter, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus" (K.Marx)

Chronik
7.8.1869: Eisenacher Kongreß: Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, ca 10000 Mitglieder.
Juni 1870: 1.Kongreß der SDAP in Stuttgart. Gesamte Mitgliedschaft des ADAV in Bayern schließt sich den Eisenacher an.
Juli 1870: Kriegserklärung Frankreichs an Preußen, Protestversammlungen der SDAP gegen den Krieg. Die Lassalleaner bewilligen Kriegskredite, Bebel und Liebknecht enthalten sich.
November 1870: Bebel und Liebknecht agitieren im Parlament gegen Krieg und Kredite, die Lassalleaner sind gezwungen, die Kredite abzulehnen.
18.1.1870: Verhaftung von Bebel und Liebknecht
1871: Erkämpfung des 10-Stundentages durch die Maurer und Maschinenbauer.
28.3.-28.5.71: Kommune von Paris. Solidaritätsaktionen der deutschen Arbeiter.
1872: Über 100 Streiks, im Juli Massenstreik von 20000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet. Erste einheitliche Gewerkschaftsverbände.
1874: 171351 Wähler für die Eisenacher, 6 Vertreter im Reichstag. Zerfall der Lassalleaner.
22.2.-7.5.75: Vereinigungsparteitag der Eisenacher und Lassalleaner in Gotha.



Versammlung eines Arbeiterbildungsvereins. Unter Bebels und Liebknechts Führung befreiten sich die Arbeitervereine von der Führung durch die Bourgeoisie und strebten einer selbständigen Politik und Organisation zu. Bebel wurde 1867 zum Verbandspräsidenten des Verbandes Dt.Arbeitervereine gewählt.

Engels über die Auflösung des ADAV (1868): Die Arbeiterklasse muß sich demokratische Freiheiten erkämpfen

„Und wenn jemand sich einbilden sollte, die jetzige Regierung würde die Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht von den jetzigen Fesseln befreien, so gehört er eben zu den Leuten, mit denen nicht mehr zu sprechen ist. Und ohne Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht ist keine Arbeiterbewegung möglich."

Diese Worte stehen auf Seite 50 und 51 einer Broschüre: „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei", von Friedrich Engels, Hamburg 1865. Damals wurde der Versuch gemacht, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein – seinerzeit die einzige organisierte Vereinigung sozialdemokratischer Arbeiter in Deutschland – unter die Fittiche des Ministeriums Bismarck zu bringen, indem man den Arbeitern Aussicht machte, die Regierung werde das allgemeine Stimmrecht bewilligen. Das „allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht" war ja von Lassalle als das einzige und unfehlbare Mittel zu Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse gepredigt worden; was Wunder, daß da auf so untergeordnete Dinge wie Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht ja auch die Bourgeoisie einstand oder wenigstens einzustehen behauptete, herabgesehen wurde? Wenn sich die Bourgeosie dafür interessierte, war das nicht gerade ein Grund für die Arbeiter, sich von der Agitation für solche Dinge fernzuhalten? Gegen diese Auffassung wandte sich das genannte Schriftchen. Die Leiter des Allgem. Deutschen Arbeitervereins wußten das besser, und der Verfasser hatte nur die Satisfaktion, daß die Lassalleaner seiner Vaterstadt Barmen ihn und seine Freunde in Acht und Bann erkärten.

Und wie stehen die Sachen heute? Das „allgemeine, direkte, gleiche Wahlrecht" existiert seit zwei Jahren. Zwei Reichstage sind bereits durchgewühlt. Die Arbeiter, statt am Staatsruder zu sitzen und „Staatshilfe" nach Lassalles Vorschrift zu dekretiern, bringen mit Ach und Krach ein halbes Dutzend Abgeordnete in den Reichstag. Bismarck ist Bundeskanzler, und der *Allgem. Deutsche Arbeiterverein ist aufgelöst.*

Warum aber das allgemeine Wahlrecht den Arbeitern nicht das versprochene Tausendjährige Reich gebracht hat, darüber könnten sie sich auch bereits bei Engels Rat holen. Es heißt in obiger Broschüre, S.48:

„Und was selbst das allgemeine, direkte Wahlrecht angeht, so braucht man nur nach Frankreich zu gehen, um sich zu überzeugen, welche zahme Wahlen man damit zustande bringen kann, sobald man eine zahlreiche, stupide Landbevölkerung, eine wohlorganisierte Bürokratie, eine gut gemaßregelte Presse, durch Polizei hinreichend niedergehaltene Vereine und gar keine politische Versammlungen hat. Wieviel Vertreter der Arbeiter bringt denn das allgemeine Stimmrecht in die französische Kammer? Und doch hat das französische Proletariat vor dem deutschen eine viel größere Konzentration und eine längere Erfahrung im Kampf und in der Organisation voraus.

(F.Engels, Zur Auflösung des Lassalleanischen Arbeitervereins. In: MEW, Bd. 16, S.326f.

Lenin über die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bricht Bebel seine Verbindung mit den Liberalen ab, löst den sozialistischen Teil der Arbeitervereine von dem bürgerlich-demokratischen und stellt sich zusammen mit Liebknecht in die erste Reihe der Eisenacher, der Partei der Marxisten, die lange Jahre hindurch gegen die andere Arbeiterpartei, die Lassalleaner, gekämpft hat. Die historische Ursache der Spaltung des deutschen Sozialismus bestand, kurz gesagt, in folgendem. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Einigung Deutschlands. Sie konnte bei den damaligen Klassenverhältnissen auf zweierlei Weise vor sich gehen: entweder durch eine vom Proletariat geführte Revolution, die eine gesamtdeutsche Republik errichtete, oder aber durch dynastische Kriege Preußens, die die Hegemonie der preußischen Junker in einem vereinigten Deutschland festigten. Lassalle und die Lassalleaner (...) waren schwankend in ihrer Taktik und paßten sich der Hegemonie des Junkers Bismarck an. Ihre Fehler liefen darauf hinaus, die Arbeiterpartei auf eine bonapartistisch-staatssozialistische Bahn zu lenken. Bebel und Liebknecht hingegen traten konsequent für den demokratischen und proletarischen Weg ein und kämpften gegen die geringsten Zugeständnisse an das Preußentum, an die Bismarcksche Politik, an den Nationalismus. (...) Nur die konsequent demokratische und revolutionäre Taktik Bebels und Liebknechts, (...) haben dazu beigetragen, ein festes Fundament für eine wahrhaft sozialdemokratische Arbeiterpartei zu legen.
(Lenin, August Bebel, in Lenin Werke Bd. 19, S. 287/288)

Aus der Rede Wilhelm Liebknechts im Reichstag des Norddeutschen Bundes am 17. Oktober 1867

Zweck der bewaffneten Macht ist, die Freiheit nach innen zu schützen. Kann mir ein Beispiel hier angegeben werden, daß dies in neuerer Zeit auf dem Kontinente, überhaupt in Europa, geschehn sei? Im Gegenteil, meine Herren, überall, wo das Volk sich für die Freiheit und das Recht erhoben hat, war es das stehende Heer, welches die Volksbewegung niederwarf. (Bewegung, Unruhe rechts)

Ich brauche nicht weit zurückzugreifen. Hier wird viel gesprochen von deutscher Freiheit und Einheit. Vor jetzt 18 Jahren bestand eine Verfassung, welche die deutsche Freiheit und Einheit in gesetzliche Formen brachte, eine Verfassung, beschlossen von den Vertretern des deutschen Volkes, angenommen von allen Regierungen, mit Ausnahme derjenigen beiden, welche über die größten stehenden Heere verfügen, der österreichischen und der preußischen. Österreich war damals im Innern beschäftigt; aber Preußen,meine Herren, hat auf den Schlachtfeldern Badens die deutsche Einheit und Freiheit niedergeworfen, (oho, oho, rechts) durch sein stehendes Heer. Die Freiheit im Innern ist nie durch stehende Heere verteidigt worden; wohl aber ist sie häufig durch dieselben unterdrückt worden. Ferner – ich komme nun auf das Wichtigste und hier werden Sie mich vielleicht nicht unterbrechen – ferner ist Zweck der bewaffneten Macht, die Unabhängigkeit und Ehre des Landes nach außen hin zu schützen. Meine Herren, das stehende Heer hat auch diese Aufgabe nie erfüllt. (...) Eine sehr hochgestellte Persönlichkeit hat das Wort ausgesprochen: „Die Weltgeschichte kann nicht stillstehen." Meine Herren, sie steht nic ht still, sie wird hinwegschreiten über ihr Gewaltwerk, über diesen Nordbund, welcher nichts anderes bedeutet als die Teilung, Knechtung und Schwächung Deutschlands; sie wird hinwegschreiten über diesen Norddeutschen Reichstag, der nichts anderes ist als das Feigenblatt des Absolutismus.

Stellungnahme Johann Baptist von Schweitzers (Nachfolger Lassalles als Vorsitzender der ADAV) im Reichtstag am 18. Oktober 1867

Wir unsererseits, meine Herren, wollen den Norddeutschen Bund freiheitlich gestalten – und ich glaube, wir stehen hierin mit der Fortschrittspartei auf einem Boden –, wir wollen ihn freiheitlich gestalten, aber, meine Herren, wir wollen nicht in Gemeinsamkeit mit Herrn Liebknecht und seinen Freunden, den depossedierten Fürsten und dem neidischen Ausland dahin trachten, Preußen und den Norddeutschen Bund zu ruinieren und zu zerstören! Wir haben erkannt, daß der preußischen Machtkern unser deutsches Vaterland, das so lange mißachtet war, dem Ausland gegenüber den endlich zur Geltung und zur Ehrung gebracht hat und dies auch künftig tun wid, und es liegt uns ferne, mit jenen selbst diejenigen Eigenschaften an Preußen leugnen und bemäkeln zu wollen, welche im vorigen Jahre eine feindliche Welt bewundernd anerkennen mußte. Wir, mit einem Wort, obwohl unzufrieden mit den inneren Zuständen und dahin strebend, dieselben gründlich zu ändern, stehen innerhalb des neu sich bildenden Vaterlandes, jene aber stehen außerhalb desselben, wollen außerhalb desselben stehen. Das ist es, was uns von ihnen trennt, und das mußte hier bestimmt konstatiert werden.
(Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, S. 565 ff.d)

Brief von Engels an Kautsky vom 23.2.1891

Den Sozialisten Lassalle begleitet der Demagog Lassalle auf Schritt und Tritt... Bis 1862 in der Praxis spezifisch preußischer Vulgärdemokrat mit stark bonapartistischen Neigungen (ich habe eben seine Briefe an Marx durchgesehen), schlug er plötzlich um aus rein ökonomischen Ursachen und begann seine Agitation; und ehe zwei Jahre vorbei, verlangte er, die Arbeiter sollten die Partei des Königtums gegen die Bourgeoisie ergreifen, und mogelte mit seinem charakterverwandten Bismarck in einer Weise, die zum tatsächlichen Verrat an der Bewegung führen mußte, wäre er nicht zu seinem eigenen Glück rechtzeitig erschossen worden.
(in: Marx, Kritik des Gothaer Programms, Peking 1971, S.68/69)

Das revolutionäre Völkskönigtum – Lassalles „Kampf" gegen die „liberalen Bourgeoisie" führt direkt an die Seite der Junker und der Großbourgeoisie.

Brief von Lassalle an Bismarck
Ew.Excellenz
sende ich hierbei ergebenst als eine, wenn auch nur scherzhafte Fortsetzung unserer neulichen Unterredung die Verfassung *meines* Reichs, um die Sie mich vielleicht beneiden dürften! Aber es wird Ihnen aus diesem Miniaturgebäude deutlich die Überzeugung hervorgehen, wie wahr es ist, daß sich der Arbeiterstand instinktmäßig zur Diktatur geneigt fühlt, wenn er erst mit Recht überzeugt sein kann, daß diesselbe in seinem Interesse ausgeübt wird, trotz aller republikanischer Gesinnung – oder vielmehr gerade auf Grund derselben – in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur, im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft, zu sehen, wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem – freilich sehr unwahrscheinlichen – Schritt entschließen könnte, eine wahrhaft revolutionäre und nationale Richtung einzuschlagen und sich aus einem Königtum der bevorrechtigten Stände in ein soziales und revolutionäres Volks-Königtum umzuwandeln.
(zitiert nach: G.v.Uexküll, Lassalle, Reinbek 1974, S. 104)

12.März: Der Hochverratsprozeß wider Ferdinand Lassalle, vor dem Staatsgerichtshofe zu Berlin, am 12.März 1864. Nach dem stenographischen Bericht.

L.stellt seine Verteidigung ab auf das alte „Gesetz der Geschichte, welches sich in England und Frankreich auf das wiederholendste bestätigt hat, daß alle äußersten Parteien eine natürliche Affinität für einander empfinden ..., einander gegen die Partei der Mitte zu unterstützen und begründet damit die beiderseitige Annäherung der konservativen Partei und seiner Partei. Er trumpft damit auf, daß binnen eines Jahres er die Verfassung gestürzt und Bismarck das allgemeine und direkte Wahlrecht oktroyiert haben werde. „Das *Volk" nicht die allgemeine und direkte Wahlrecht oktroyiert haben werde. „Das Volk,* nicht die *Bourgeoisie,* schlägt seine Schlachten. Es braucht sich endlich hierzu nur seines Ursprungs zu erinnern, denn alles Königtum ist ursprünglich Volkskönigtum gewesen." Eine Erklärung dieser Position enthält L.'s Brief an den konservativen Sozialpolitiker V.A.Huber, 24. Febr. 1864: „Republikaner von Kindesbeinen an, habe ich nie etwas lächerlicher, korrumpierter und auf die Dauer unmöglicher gefunden, als den Konstitutionalismus. Es ist die organische Selbstzerstörung. Wie gesagt, von Kindesbeinen an bin ich Republikaner. Und trotzdem, oder vielleicht gerade dadurch bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß nichts eine größere Zukunft und eine segensreichere Rolle haben könnte als das Königtum," wenn es sich nur eben entschließen könnte, soziales Königtum zu werden. Mit Leidenschaft würde ich dann sein Banner tragen ...". Sohin erfolgte Freispruch.
(Zit. Nach: F. Lassalle, Reden und Schriften, hrsg. von F. Janaczek, München 1970)

Marx und Engels Verhältnis zu Lassalle

Brief von Marx an Ludwig Kugelmann in Hannover vom 23.2.1865
Verehrter Freund,
Ich will Ihnen zunächst mein Verhältnis zu *Lassalle* kurz darlegen. Während seiner Agitation war unser Verhältnis suspendiert, 1.wegen der selbstlobhudelnden Renommisterei, womit er zugleich den schamlosesten Plagiarismus an meinen etc. Schriften verband; 2.weil ich seine politische Taktik verdammte; 3. weil ich ihm schon *vor* Eröffnung seiner Agitation hier in London ausführlich erklärt und „bewiesen" hatte, daß unmittelbar *sozialistisches* Eingreifen eines „Staats Preußen" Unsinn sei. In seinen Briefen an mich (von 1848-1863) hatte er sich, wie in seinen persönlichen Zusammenkünften mit mir, stets als Anhänger der von mir repräsentierten Partei erklärt. Sobald er sich in London (Ende 1862) überzeugt, daß er nicht mit mir sein Spiel treiben könne, beschloß er gegen mich und die alte Partei sich als „Arbeiterdiktator" aufzuwerfen. Trotz alledem erkannte ich sein agitatorisches Verdienst an, obgleich gegen Ende seiner kurzen Laufbahn mir selbst die Agitation in immer zweideutigeres Licht trat. Sein plötzlicher Tod, alte Freundschaft, Jammerbriefe der Gräfin Hatzfeld, der Unwille über die *feige Frechheit* der Bürgerblätter gegen den von ihnen bei Lebzeiten so sehr Gefürchteten, alles das bewog mich, eine kurze Erklärung, die sich aber nicht auf den *Inhalt* von Lassalles Treiben bezog, gegen den elenden Blind zu veröffentlichen (die Hatzfeld schickte die Erklärung in den *„Nordstern"*). Aus denselben Gründen und in der Hoffnung, die mir gefährlich scheinenden Elemente entfernen zu können, versprach ich mit Engels Mitarbeit an dem *„Soc(ial)-Demok(rat)"*(er hat Übersetzung der „Adress" gebracht, und ich habe auf seinen Wunsch bei Proudhons Tod über den letzteren geschrieben) und erlaubte, nachdem Schweitzer uns ein *genügendes Programm seiner Redaktion* zugeschickt, uns als Mitarbeiter zu nennen. Als Garantie diente uns ferner, daß W.Liebknecht unoffizielles Mitglied der Redaktion war. Indes zeigte sich bald – die Beweise davon kamen in ihre Hand – daß *Lassalle* in der Tat die Partei *verraten* hatte. Er hatte einen förmlichen Kontrakt mit Bismarck eingegangen (wobei natürlich Garantien *keinerlei* Art in *seiner* Hand). Ende September 1864 sollte er nach Hamburg und dort (zusammen mit dem verrückten Schramm und dem preußischen Polizeispion Marr) Bismarck zur Inkorporation von Schleswig-Holstein *„zwingen"* d.h. solche Namen der „Arbeiter" proklamieren etc., wogegen Bismarck allgemeines Wahlrecht und einige sozialistische Scharlatanerien versprochen. Es ist schade, daß Lassalle die Komödie nicht auspielen konnte! Sie hätte ihn verdammt lächerlich und gefoppt erscheinen lassen! Und allen Versuchen solcher Art für immer ein Ende gemacht!
(aus Marx,Engels, Werke Bd.31)

Die Historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx

Das Wichtigste in der Marxschen Lehre ist die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft. Hat nun der weitere Verlauf der Ereignisse in der ganzen Welt diese Lehre, wie sie von Marx dargelegt wurde, bestätigt?

Zum erstenmal formulierte sie Marx im Jahre 1844. Das im Jahre 1848 erschienene „Kommunistische Manifest" von Marx und Engels gibt bereits eine geschlossene, systematische, bis heute unübertroffende Darlegung dieser Lehre. Die Weltgeschichte läßt sich von dieser Zeit an deutlich in drei Hauptperioden einteilen: 1. von der Revolution 1848 bis zur Pariser Kommune (1871); 2. von der Pariser Kommune bis zur russischen Revolution (1905); 3. von der russischen Revolution an.

Werfen wir einen Blick auf das Schicksal der Marxschen Lehre in jeder dieser Perioden.

I. Zu Beginn der ersten Epoche ist die Marxsche Lehre keineswegs die herrschende Lehre. Sie ist lediglich eine der äußerst zahlreichen Fraktionen oder Strömungen des Sozialismus. Vorherrschend sind Formen des Sozialismus, die im wesentlichen mit unserer Volkstümlerrichtung verwandt sind: man erkennt nicht die materialistische Grundlage der geschichtlichen Bewegung, man versteht nicht, die Rolle und Bedeutung jeder Klasse der kapitalistischen Gesellschaft zu umreißen, man bemäntelt das bürgerliche Wesen der demokratischen Umgestaltungen mit verschiedenen scheinsozialistischen Phrasen über „Volk", „Gerechtigkeit", „Recht" u.dgl. m.

Die Revolution von 1848 versetzt allen diesen lärmenden, buntscheckigen, marktschreierischen Formen des *vor*marxschen Sozialismus den Todesstoß. Die Revolution zeigt in allen Ländern die verschiedenen Gesellschaftsklassen *in Aktion*. Die Niedermetzelung der Arbeiter durch die republikanische Bourgeoisie in den Junitagen 1848 in Paris zeigt endgültig, daß *nur* das Proletariat seiner Natur nach sozialistisch ist. Die liberale Bourgeoisie hat vor der Selbständigkeit dieser Klasse hundertmal mehr Angst als vor jeder beliebigen Reaktion. Der feige Liberalismus kriecht vor dieser auf dem Bauch. Die Bauernschaft begnügt sich mit der Beseitigung der Überreste des Feudalismus und schlägt sich auf die Seite der Ordnung, schwankt nur hin und wieder zwischen *Arbeiterdemokratie und bürgerlichem Liberalismus. Alle* Lehren von einem *nicht* klassengebundenen Sozialismus und einer *nicht* klassengebundenen Politik erweisen sich als purer Unsinn.

Die Pariser Kommune (1871) schließt diese Entwicklung der bürgerlichen Umgestaltungen ab; nur dem Heldenmut des Proletariats verdankt die Republik, d.h. diejenige Form der staatlichen Organisation, in der die Klassenverhältnisse am wenigsten verhüllt hervortreten, ihre Konsolidierung.

In allen anderen europäischen Ländern führt eine verworrene und weniger abgeschlossene Entwicklung ebenfalls zur ausgebildeten bürgerlichen Gesellschaft. Gegen Ende der ersten Periode (1848-1871), der Periode der Stürme und Revolutionen, *stirbt* der vormarxsche Sozialismus. Es entstehen selbständige *proletarische* Parteien: die I. Internationale (1864-1872) und die deutsche Sozialdemokratie.

II. Die Zweite Periode (1872-1904) unterscheidet sich von der ersten durch ihren „friedlichen" Charakter, durch das Fehlen von Revolutionen. Der Westen hat die bürgerlichen Revolutionen abgeschlossen. Der Osten ist noch nicht reif für sie.

Der Westen tritt die Phase der „friedlichen" Vorbereitung auf die Epoche künftiger Umgestaltungen. Überall entstehen sozialistische, ihrer Grundlage nach proletarische Parteien, die es lernen, den bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, eine eigene Tagespresse, eigene Bildungsinstitutionen, eigene Gewerkschaften, eigene Genossenschaften zu schaffen. Die Marxsche Lehre trägt den vollen Sieg davon und – *wächst in die Breite*. Langsam, aber beharrlich geht der Prozeß der Sammlung und Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats, seiner Vorbereitung auf die künftigen Schlachten vor sich.

Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu *verkleiden*. Der innerlich verfaulte Liberalismus versucht, sich als sozialistischer *Opportunismus* neu zu beleben. Die Periode der Vorbereitung der Kräfte auf die großen Schlachten deuten sie im Sinne des Verzichts auf diese Schlachten. Die Verbesserung der Lage der Sklaven für den Kampf gegen die Lohnsklaverei wird von ihnen so erklärt, als verkauften die Sklaven ihre Rechte auf Freiheit für ein Butterbrot. Feige predigen sie den „sozialen Frieden" (d.h. den Frieden mit den Sklavenhaltern), den Verzicht auf den Klassenkampf usw. Unter den sozialistischen Parlamentariern, den verschiedenen Bürokraten der Arbeiterbewegung und der „sympathisierenden" Intelligenz haben sie sehr viele Anhänger.

III. Die Opportunisten waren noch des Lobes voll darüber, daß unter der „Demokratie" „sozialer Frieden" herrsche und Stürme nicht notwendig seien, als in Asien ein neuer Herd der heftigsten Weltstürme entstand. Auf die russische Revolution folgten die türkische, die persische, die chinesische. Wir leben heute gerade in der Epoche dieser Stürme und ihrer „Rückwirkung" auf Europa. Welches immer die Schicksale der großen chinesischen Republik sein mögen, gegen die jetzt verschiedenen „zivilisierten" Hyänen die Zähne fletschen, keine Kraft in der Welt wird die alte Fronherrschaft in Asien wiederherstellen, wird den heldenhaften demokratischen Geist der Volksmassen in den asiatischen und halbasiatischen Ländern vom Erdboden vertilgen können.

Manche Leute, die den Bedingungen der Vorbereitung und Entwicklung des Massenkampfes keine Aufmerksamkeit schenkten, wurden durch den langen Aufschub des entscheidenden Kampfes gegen den Kapitalismus in Europa zur Verzweiflung und zum Anarchismus getrieben. Wir sehen heute, wie kurzsichtig und kleinmütig die anarchistische Verzweiflung ist.

Nicht Verzweiflung, sondern Zuversicht müssen wir aus der Tatsache schöpfen, daß Asien mit seinen 800 Millionen in den Kampf um dieselben Ideale einbezogen würde, um die in Europa gekämpft wird.

Die asiatischen Revolutionen haben uns die gleiche Charakterlosigkeit und Niedertracht des Liberalismus gezeigt, die gleiche außerordentliche Bedeutung der Selbständigkeit der demokratischen Massen, die gleiche deutliche Abgrenzung des Proletariats von jeglicher Bourgeoisie. Wer nach den Erfahrungen sowohl Europas als Asiens von einer *nicht* klassengebundenen Politik und einem *nicht* klassengebundenen Sozialismus spricht, der verdient, einfach in einen Käfig gesperrt und neben irgendeinem australischen Känguruh zur Schau gestellt zu werden.

Nach Asien begann sich auch Europa zu rühren – nur nicht auf asiatische Art. Die „friedliche" Periode 1872-1904 gehört unwiederbringlich der Vergangenheit an. Die Teuerung und der Druck der Trusts rufen eine unerhörte Verschärfung des ökonomischen Kampfes hervor, die sogar die durch den Liberalismus am stärksten demoralisierten englischen Arbeiter in Bewegung gebracht hat. Vor unseren Augen reift die politische Krise selbst in dem „hartgesottensten" bürgerlich-junkerlichen Land, in Deutschland, heran. Die wahnsinnigen Rüstungen und die Politik des Imperialismus schaffen im heutigen Europa einen „sozialen Frieden", der am ehesten einem Pulverfaß gleicht. Und die Zersetzung *aller* bürgerlichen Parteien und der Reifungsprozeß des Proletariats schreiten unaufhaltsam vorwärts.

Jede der drei großen Epochen der Weltgeschichte nach dem Aufkommen des Marxismus brachte ihm neue Bestätigungen und neue Triumphe. Einen noch größeren Triumph aber wird dem Marxismus als der Lehre des Proletariats die kommende geschichtliche Epoche bringen.

(Lenin, Werke Bd.18, S.576-79, Berlin 1969)

Nach dem Vereinigungsparteitag schlossen sich auch die lassalleanischen und sozialistischen Gewerkschaftsverbände zusammen. 1877 waren 50000 Arbeiter in 27 zentralen Verbänden organisiert. Die SAPD schloß die Arbeiter und die Volksmassen im Kampf für den Sozialismus zusammen. Ein Bismarcksches Ausnahmegesetz wurde 1875 zu Fall gebracht. 1878 bereitete die Reaktion das Sozialistengesetz vor. Der Entwurf wurde von Minister...

...Lothar Bucher vorgelegt, einem früheren engen Freund Lassalles, der dessen Agitation unterstützt hatte. Mit dem Sozialistengesetz konnte die SAPD nicht zerschlagen werden. 1889 streikten in Deutschland 150000 Steinkohlebergarbeiter. Der Gründungskongreß der 2. Internationale am 14. Juli 1889 in Paris stand unter der Losung: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Die Gründung brachte die Kämpfe des Internationalen Proletariats voran. 1890 fiel unter dem Druck der kämpfenden Massen das Sozialistengesetz im deutschen Reichstag.

Über den „demokratischen Kapitalismus" zum „demokratischen Sozialismus" – Bernsteins Revision des Marxismus

Arbeitsleistung im Steinkohlebergbau 1850-1913 (1900 = 100)

Zeitabschnitt	Arbeitsleistung Index	Arbeitsleistung Steigerung Prozent
1850 – 1859	49	7
1860 – 1866	65	33
1867 – 1875	75	15
1876 – 1886	96	28
1887 – 1893	102	6
1893 – 1902	98	– 4
1902 – 1913	96	– 2

Produktion und Profit, 1910 bis 1914

Jahr	Industrieproduktion 1913 – 100	Reingewinne Mrd.M.
1910	89	1,12
1911	96	1,22
1912	99	1,42
1913	100	1,49
1914	83	1,76

(J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900-18, Berlin 1962, Bd.4. S.62/S.395

Ruhrbergarbeiter vor ihrem Streikbüro, Jan. 1905

Lebenshaltungskosten u. Bruttoreallöhne in Industrie u. Landwirtschaft, 1900-1913 (1900 = 100)

Fleischverbrauch 1900-1913 pro Kopf in kg

Krankheitsstand 1900-1903

Jahr	Lebenshalt.-kosten	Reallohn	Menge	Zahl d. Krankentage pro Mitglied
1900	100	100	43,4	6,82
1901	101	98		6,91
1902	102	98		6,83
1903	102	99		7,02
1904	103	100	43,1	7,77
1905	107	99	42,4	7,88
1906	113	98	41,4	7,48
1907	114	101	43,5	8,00
1908	114	101	44,3	8,43
1909	117	100	44,4	8,26
1910	120	99	43,8	8,01
1911	124	99	44,8	8,45
1912	130	97	43,4	8,49
1913	130	101	42,7	8,66

(J.Kuczynski, a.a.O., S.330, 332, 407)

Streikkämpfe der Arbeiterklasse 1871-1914

Die deutsche Arbeiterklasse hat in den Jahrzehnten von der Reichsgründung bis zum Beginn des ersten Weltkrieges gewaltige Streikkämpfe geführt. Aus ihnen ragen besonders heraus die Streiks von über 8000 Metallarbeitern im Herbst 1871 in Chemnitz, von 19000 bis 20000 Ruhrbergarbeitern im Juni/Juli 1872 und von etwa 150000 Bergarbeitern im Mai/Juni 1889 in allen Steinkohlenrevieren, der Hamburger Hafenarbeiterstreik von 1896/1897, der Crimmitschauer Textilarbeiterstreik von 1903/1904, die Streiks der Ruhrbergarbeiter von 1905 und 1912, der Mansfelder Bergarbeiterstreik von 1909, der Kampf der Bauarbeiter 1910 und der Werftarbeiterstreik von 1913.

Ein entscheidendes Merkmal der Streikbewegung in dieser Zeit bestand in ihrem zunehmend politischen Charakter. Ohne ihre bestimmenden ökonomischen Merkmale zu verlieren, waren die großen Streiks Ausdruck der sich ständig verschärfenden Konfrontation von Proletariat und Monopolbourgeoisie als Klassen...

(Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1914, Berlin, DDR, 1976, S. 757-758)

Mit der Leugnung der Ausbeutung entzieht Bernstein dem Sozialismus die wissenschaftliche Grundlage.

Nach der Marxschen Lehre ist, wie wir gesehen haben, der Mehrwerth der Angelpunkt der Oekonomie der kapitalistischen Gesellschaft. Um aber den Mehrwerth zu verstehen, muß man zunächst wissen, was der Werth ist. Die Marxsche Darstellung der Natur und des Entwicklungsgangs der kapitalistischen Gesellschaft setzt daher mit der Analyse des Werthes ein.

Der Werth der Waaren besteht in der moderenen Gesellschaft nach Marx in der auf sie aufgewendeten gesellschaftlich nothwendigen Arbeit, gemessen nach Zeit. Bei diesem Maßstab des Werthes ist aber eine Reihe von Abstraktionen und Reduktionen erfordert. Zuerst muß der reine Tauschwerth entwickelt, d.h. vom besonderen Gebrauchswerth der einzelnen Waaren abstrahirt werden. Dann – bei der Bildung des Begriffs der allgemein oder abstrakt menschlichen Arbeit – von den Besonderheiten der einzelnen Arbeitsarten (Zurückführung höherer oder zusammengesetzter Arbeit auf einfache oder abstrakte Arbeit). Hierauf, um zur gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit als Maßstab des Arbeitswerths zu gelangen, von den Unterschieden in Fleiß, Tüchtigkeit, Ausrüstung der einzelnen Arbeiter, und weiterhin, sobald es sich um Verwandlung des Werthes in Marktwerth, bzw. Preis handelt, von der für die einzelnen Waareneinheiten erfordeten gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit. Aber auch der so gewonnene Arbeitswerth erfodert eine neue Abstraktion. In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft werden die Waaren, wie ebenfalls schon erwähnt worden, nicht gemäß ihrem individuellen Werthe, sondern zu ihrem Produktionspreise, d.h. dem wirklichen Kostpreis plus einer durchschnittlichen proportionellen Profitrate veräußert, deren Höhe vom Verhältniß des Gesammtwerths der gesellschaftlichen Produktion zum Gesammtlohn der in Produktion, Austausch etc. verwendeten menschlichen Arbeitskraft bestimmt wird, wobei die Grundrente von jenem Gesammtwerth abgezogen und die Vertheilung des Kapitals in industrielles, Kaufmanns- und Bankkapital in Rechnung gestellt werden muß.

Auf diese Weise verliert der Werth, soweit die einzelne Waare oder Waarenkategorie in Betracht kommt, jeden konkreten Gehalt und wird zur rein gedanklichen Konstruktion. Was aber wird unter diesen Umständen aus dem „Mehrwerth"? Dieser besteht nach der Marxschen Lehre in der Differenz zwischen dem Arbeitswerth der Produkte und der Bezahlung der in der Produktion derselben von den Arbeitern verausgabten Arbeitskraft. Es ist daher klar, daß in dem Augenblick, wo der Arbeitswerth blos noch als gedankliche Formel oder wissenschaftliche Hypothese Geltung beanspruchen darf, der Mehrwerth erst recht zur bloßen Formel würde, zu einer Formel, die sich auf eine Hypothese stützt.

Wie bekannt, hat Friedrich Engels in einem nachgelassenen Aufsatz, der in der „Neuen Zeit" vom Jahre 1895/96 abgedruckt ist, auf eine Lösung des Problems durch die geschichtliche Betrachtung des Vorganges hingewiesen. Das Werthgesetz hat danach wirklich unmittelbar gegolten, es hat den Waarenaustausch unmittelbar wirklich beherrscht in der, der kapitalistischen Wirthschaft vorhergehenden Periode des Waarentausches. So lange die Produktionsmittel dem Produzirenden selbst gehören, sei es, daß urwüchsige Gemeinden den Überschuß ihrer Produkte austauschen oder selbstwirthschaftende Bauern und Handwerker ihre Produkte auf den Markt bringen, ist es danach der Arbeitswerth dieser Produkte, um den ihr Preis pendelt. Wie sich aber das Kapital zwischen den wirklichen Produzenten und den Konsumenten schiebt, zuerst als Handels- und kaufmännisches Verlegerkapital, dann als Manufaktur-Kapital und schließlich als großindustrielles Kapital, verschwindet der Arbeitswerth immer mehr von der Oberfläche, und in den Vordergrund tritt der Produktionspreis. Die vorerwähnten Abstraktionen sind gedankliche Wiederholungen von Vorgängen, die sich in der Geschichte abgespielt haben und die noch heute nachwirken und sich in bestimmten Fällen und Formen thatsächlich wiederholen. Der Arbeitswerth bleibt Realität, wenn er auch nicht mehr direkt die Preisbewegung beherrscht...

Im Marxschen System ist es prinzipiell nicht anders. Wohl hält Marx den, von ihm viel strenger, aber auch abstrakter gefaßten Begriff des Arbeitswerts sehr viel fester wie Smith. Aber während die Marxsche Schule, darunter der Verfasser dieses, noch des Glaubens war, in der leidenschaftlich diskutierten Frage, ob das Attribut „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit" im Arbeitswert sich nur auf die Art der Herstellung der betreffenden Ware oder auch zugleich auf das Verhältnis der produzierten Menge dieser Ware zur effektiven Nachfrage beziehe, einen Punkt von fundamentalster Wichtigkeit für das System vor sich zu haben, lag im Pulte von Marx schon eine Lösung fertig, welche mit anderen auch dieser Frage ein völlig anderes Gesicht gab, sie auf ein anderes Gebiet, in eine Linie schob. Der Werth der individuellen Ware oder Warenart wird jetzt etwas ganz Sekundäres, da die Waren sich zu ihrem Produktionspreis – Herstellungskosten plus Profitrate – veräußern. In den Vordergrund rückt der Wert der Gesamtproduktion der Gesellschaft und das Mehr dieses Wertes über die Gesamtsumme der Löhne der Arbeiterklasse, d.h. nicht der individuelle, sondern der ganze soziale Mehrwert. Was die Gesamtheit der Arbeiter in einem gegebenen Moment über den ihnen zufallenden Anteil hinaus produzieren, bildet den sozialen Mehrwert, den Mehrwert der gesellschaftlichen Produktion, in den sich die Einzelkapitalisten in annähernd gleicher Proportion nach Maßgabe des von ihnen wirtschaftlich angewandten Kapitals teilen. Aber dieses Mehrprodukt wird nur in dem Ma-

ße realisiert, als die Gesamtproduktion dem Gesamtbedarf, resp. der Aufnahmefähigkeit des Marktes entspricht. Von diesem Gesichtspunkt aus, d.h. die Produktion als Ganzes genommen, ist der Wert jeder einzelnen Warengattung bestimmt durch die Arbeitszeit, die notwendig war, sie unter normalen Produktionsbedingungen in derjenigen Menge herzustellen, die der Markt, d.h. die Gesamtheit als Käufer betrachtet,jeweilig aufnehmen kann. Nun gibt es jedoch gerade für die hier in Betracht kommenden Waren in Wirklichkeit kein Maß des jeweiligen Gesamtbedarfs, und so ist auch der wie vorstehend begriffene Wert eine rein gedankliche Tatsache, nicht anders wie der Grenznutzenwert der Gossen-Jevons-Böhmschen Schule. Beiden liegen wirkliche Beziehungen zu Grunde, aber beide sind aufgebaut auf Abstraktionen. ...

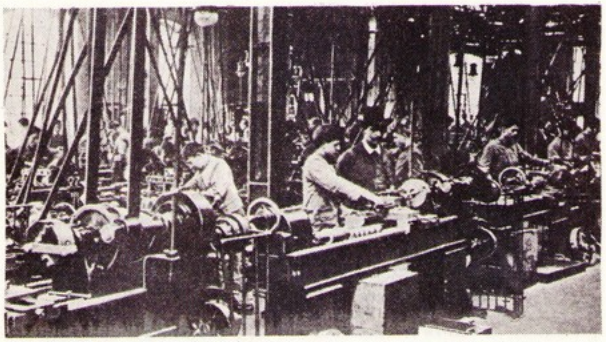
Wenn es indes kein sicheres Maß für den jeweiligen Gesamtbedarf einer bestimmten Warenart gibt, so zeigt die Praxis doch, daß innerhalb gewisser Zeiträume Nachfrage und Zufuhr aller Waren sich annähernd ausgleichen. Die Praxis zeigt ferner, daß an der Herstellung und Zustellung der Waren nur ein Teil der Gesamtheit tätig Teil nimmt, während ein anderer Teil aus Leuten besteht, die entweder Einkommen für Dienste genießen, die in keiner direkten Beziehung zur Produktion stehen, oder arbeitsloses Einkommen haben. Von der gesamten in der Produktion enthaltenen Arbeit lebt also eine bedeutend größere Zahl Menschen als daran tätig mitwirken, und die Statistik der Einkommen zeigt uns, daß die nicht in der Produktion tätigen Schichten obendrein einen viel größeren Anteil vom Gesamtprodukt sich aneignen, als ihr Zahlenverhältnis zum produktiv tätigen Teil ausmacht. Die Mehrarbeit dieses letzteren ist eine empirische, aus der Erfahrung nachweisbare Tatsache, die keines produktiven Beweises bedarf. Ob die Marxsche Werttheorie richtig ist oder nicht, ist für den Nachweis der Mehrarbeit ganz und gar gleichgültig. Sie ist in dieser Hinsicht keine Beweisthese, sondern nur Mittel der Analyse und der Veranschaulichung.

Wenn also Marx bei der Analyse der Warenproduktion unterstellt, daß sich die einzelne Ware zu ihrem Wert veräußert, so veranschaulicht er am konstruierten Einzelfall den Vorgang, wie ihn nach seiner Auffassung die Gesamtproduktion tatsächlich darstellt. Die für die Gesamtheit der Waren aufgewendete Arbeitszeit ist, in dem vorher bezeichneten Sinne, darnach ihr gesellschaftlicher Wert. Und wenn auch dieser gesellschaftliche Wert nicht voll verwirklicht - weil immer wieder Entwertung von Waren durch partielle Überproduktion stattfindet – so hat das auf die Tatsache des sozialen Mehrwerts keinen prinzipiellen Einfluß. Das Wachstum seiner Masse wird gelegentlich verändert oder verlangsamt, aber noch ist nicht einmal von einem Stillstand, geschweige denn von einem Rückgang seiner Masse in irgend einem modernen Staatswesen die Rede. Das Mehrprodukt nimmt überall zu, aber das Verhältnis seiner Zunahme zur Zunahme des Lohnkapitals ist in den vorgeschrittensten Ländern heute im Fallen ...

Vor allem ist die Lehre vom Arbeitswert darin irreführend, daß er doch immer wieder als Maßstab für die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten erscheint, wozu unter anderem die Bezeichnung der Mehrwertsrate als Ausbeutungsrate verleitet. Daß sie als solcher Maßstab selbst dann falsch ist, wenn man von der Gesellschaft als Ganzes ausgeht und die Gesamtsumme der Arbeitslöhne der Gesamtsumme der übrigen Einkommen gegenüberstellt, ist schon aus dem Vorhergesagten ersichtlich. Die Wertlehre gibt so wenig eine Norm für die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der Verteilung des Arbeitsprodukts, wie die Atomlehre eine solche für die Schönheit oder Verwerflichkeit eines Bildwerks. Treffen wir doch heute die bestgestellten Arbeiter, Teile der „Aristokratie der Arbeit", gerade in solchen Gewerben mit sehr hoher, die infamst geschundenen Arbeiter in solchen mit sehr niedriger Mehrwertsrate.

Auf die Tatsache allein, daß der Lohnarbeiter nicht den vollen Wert des Produkts seiner Arbeit erhält, ist eine wissenschaftliche Begründung des Sozialismus oder Kommunismus nicht durchzuführen. „Marx hat denn auch", schreibt Friedrich Engels im Vorwort zum „Elend der Philosophie", „nie seine kommunistischen Forderungen hierauf begründet, sondern auf den notwendigen sich vor unseren Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise."

(Aus: Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, S.37 - 45)



Lehrlingswerkstatt von Krupp, 1908

Aufruf der streikenden Textilarbeiter in Crimmitschau vom 17. Oktober 1903 an die Arbeiter Deutschlands zur Unterstützung ihres Kampfes um den Zehnstundentag

Acht volle Wochen währt der Kampf der ausgesperrten 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie Crimmitschaus, und noch immer ist das Ende nicht abzusehen! Das vereinigte Unternehmertum rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß der Allbezwinger Hunger unsere Kämpfer für den Zehnstundentag, unsre Kämpfe für eine menschenwürdige Existenz mürbe machen werde, so daß sie bedingungslos zu Kreuze kriechen müßten. Und dann wehe, dreimal wehe den Besiegten!

Nicht das Crimmitschauer Unternehmertum allein steht uns in diesem Kampf gegenüber, sondern das Unternehmertum ganz Deutschlands hat sich unverhohlen gegen jede Bestrebung nach Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen. ...
Seit so viele Beweise der Teilnahme geliefert worden, daß wir nicht glauben können, daß eine solche Bewegung, welche sich so weitgehender Sympathie erfreut, zuungunsten der Kämpfenden verlaufen werde. ...

Wie zum Hohn und Spott bot man den Ausgesperrten eine Verkürzung der Arbeitszeit von fünf Minuten bei der Einigungsverhandlung an.

Kollegen und Kolleginnen! Arbeiter Deutschlands! Mit unverhohlener Freude rechnet die Unternehmerpresse aus, daß der Kampf die Kasse des Verbandes bald leer machen werde und daß dann den Unternehmern ein mächtiger Bundesgenosse im Hunger erstehen werde!

Deshalb appellieren wir nochmals um sofortige weitergehende Hilfe an die Kollegen und Arbeiter Deutschlands.
Hoch der Zehnstundentag!
Leipziger Volkszeitung, Nr. 241 vom 17. Oktober 1903.

Teilnehmerinnen des Crimmitschauer Textilarbeiterstreiks, Jan. 1904

Streiks, 1899 bis 1913

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der bestreikten Betriebe	Höchstzahl der während der Streiks gleichzeitig Streikenden
1899	1364	7548	104 636
1900	1500	8347	131 888
1901	1919	4799	60677
1902	1135	4385	64 217
1903	1501	8714	120 876
1904	1990	11436	137 240
1905	2657	18340	526 810
1906	3626	19026	349 327
1907	2512	18379	273 597
1908	1524	6532	112 110
1909	1652	6560	119 849
1910	3228	19110	369 809
1911	2798	12573	356 163
1912	2834	9813	481 094
1913	2464	15586	311 048

(Kuczynski, a.a.O., S.155)

Lenin: Polemik zur ‚Demokratisierung' des Aktienbesitzes

Der deutsche Ökonom Heymann, der diesem System wohl als erster Beachtung geschenkt hat, beschreibt das Wesen der Sache folgendermaßen:

„Der Leiter kontrolliert die Muttergesellschaft, diese die Tochtergesellschaften, diese wieder die Enkel usw., so daß man mit nicht allzu großem Kapital Riesengebiete der Produktion beherrschen kann, denn wenn immer die Herrschaft über 50% des Kapitals zur Kontrolle genügt, so braucht der Leiter nur 1 Mill. zu besitzen, um schon 8 Mill. Kapital bei den Enkelgesellschaften kontrollieren zu können. Schachtelt er noch weiter, so kommt er auf 16 Mill., 32 Mill. usw."

In Wirklichkeit aber zeigt die Erfahrung, daß der Besitz von 40% der Aktien genügt, um die Kontrolle über eine Aktiengesellschaft zu haben, denn ein gewisser Teil der zersplitterten Kleinaktionäre hat in der Praxis gar nicht die Möglichkeit, an den Generalversammlungen teilzunehmen usw. Die „Demokratisierung" des Aktienbesitzes, von der bürgerliche Sophisten und opportunistische „Auch-Sozialdemokraten" eine „Demokratisierung des Kapitals", eine Zunahme der Rolle und Bedeutung der Kleinproduktion usw. erwarten (oder zu erwarten vorgeben), ist in Wirklichkeit eines der Mittel, die Macht der Finanzoligarchie zu vermehren. Aus diesem Grunde läßt übrigens in den fortgeschritteneren oder älteren und „erfahreneren" kapitalistischen Ländern die Gesetzgebung kleinere Aktien zu. In Deutschland sind Aktien unter 1000 Mark gesetzlich nicht zugelassen, und die deutschen Finanzmagnaten blicken neidvoll auf England, wo das Gesetz Aktien sogar von 1 Pfund Sterling (= 20 DM, etwa 10 Rubel) gestattet.

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Peking 1975, S. 56-57)

Aktienkapital der vier größten deutschen Banken (Angaben in Millionen Mark)

	1870	1900
Durchschnittliches Kapital aller deutschen Banken		20,5
Deutsche Bank	15	150
Disconto-Gesellschaft	30	130
Dresdner Bank	9,6(1872)	130
Darmstädter Bank	25,8	105

Entwicklung der Kohlenzechen im Ruhrgebiet

	Anzahl der Zechen	Förderung in Tonnen	Arbeiter je Zeche
1860	278	15500	103
1880	193	115900	426
1900	170	353600	1345

(Geschichte, Lehrbuch für Klasse 8, Berlin, DDR 1975, S.121)

Das Siemenswerk in Berlin 1900

Konzentration der Produktion 1895 *(Kuczynski, a.a.O., S.53)*

	Betriebe absolut	Betriebe Proz.	Personen absolut	Personen Proz.	Pferdestärken absolut	Pferdestärken Proz.
in Industrie und Handel zusammen						
Auf die Alleinbetriebe	1714351	55,9	1714351	16,7		
Auf die Gehilfenbetriebe						
mit bis 5 Personen	1141451	37,3	2947430	28,7	391924	11,5
mit 6-20 Personen	161888	5,3	1513446	14,7	355558	10,5
mit 21 u. mehr Personen	47541	1,5	4094042	39,9	2649706	78,0
und zwar						
mit 21-100 Personen	38997	1,2	1621702	15,8	655231	19,3
mit 101-1000 Personen	8248	0,3	1909712	18,6	1329210	39,1
mit über 1000 Personen	296	0,0	562628	5,5	665265	19,6
überhaupt	3065231	100,0	10269269	100,o	3397188	100,0

Bernstein leugnet die Zuspitzung der Klassenwidersprüche im Imperialismus: Aktiengesellschaften

Der Mehrwerth ist nach der Marxschen Lehre das Fatum des Kapitalisten. Der Kapitalist muß Mehrwerth produzieren, um Profit zu erzielen, er kann aber nur aus der lebendigen Arbeit Mehrwerth ziehen. Um den Markt gegen seine Konkurrenten zu sichern, muß er nach Verbilligung der Produktion streben, und diese erreicht er, sobald das Lohndrücken versagt, nur durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit, d.h. durch vervollkommnung der Maschinen und Ersparung menschlicher Arbeitskraft. Mit der menschlichen Arbeitskraft aber setzt er Mehrwerth produzierende Arbeit außer Funktion und schlägt er daher die Henne todt,die ihm die goldenen Eier legt. Ein sich schrittweise vollziehendes Sinken der Profitrate ist die Folge, das durch gegenwirkende Umstände wohl zeitweilig gehemmt wird, aber immer wieder von Neuem einsetzt. Hier ist ein neuer innerer Gegensatz der kapitalistischen Produktionsweise.

Die Profitrate ist der Antrieb zur produktiven Anwendung von Kapital, fällt sie unter einen gewissen Punkt, so erschlafft der Trieb zu produktiver Unternehmung, vor allem soweit es sich um die neuen Kapitale handelt, die als Ableger der angehäuften Kapitalmassen auf den Markt treten. Das Kapital selbst erweist sich als Schranke der kapitalistischen Produktion. Die Fortentwicklung der Produktion wird unterbrochen. Während auf der einen Seite jedes thätige Kapital durch fieberhafte Anspannung der Produktion seine Profitmasse zu bergen und zu steigern sucht, setzt schon auf der anderen Stockung in der Ausbreitung der Produtkion ein. Dies ist nur das Gegenstück der zur Krisis aus relativer Überproduktion treibenden Vorgänge auf dem Markt der Gebrauchswerte. Die Überproduktion von Waaren drückt sich zugleich als Überproduktion von Kapitalien aus. Hier wie dort schaffen die Krisen zeitweilige Ausgleichung. Es findet kolossale Entwerthung und Zerstörung von Kapitalen statt, und unter dem Einfluß der Stagnation muß ein Theil der Arbeiterklasse sich Herabdrückung des Lohnes bis unter den Durchschnitt gefallen lassen, da eine verstärkte Reservearmee überschüssiger Arme dem Kapital auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Nach einer Weile werden so die Bedingungen neuer profitabler Kapitalanlage hergestellt und der Tanz kann von neuem losgehen, aber auf erhöhter Stufenleiter des geschilderten inneren Gegensatzes. Größere Zentralisation der Kapitale, größere Konzentration der Betriebe, erhöhte Ausbeutungsrate.

Ist das nun alles richtig?

Ja und nein. Es ist richtig vor allem in der Tendenz. Die geschilderten Kräfte sind da und wirken in der angegebenen Richtung. Aber auch die Vorgänge sind der Wirklichkeit entnommen: der Fall der Profitrate ist Thatsache, das Eintreten von Überproduktion und Krisen ist Thatsache, periodische Kapitalvernichtung ist Thatsache, die Steigerung der Mehrwerthsrate ist Thatsache. Soweit läßt sich prinzipiell an der Darstellung nicht rütteln. Wenn das Bild nicht der Wirklichkeit entspricht, so nicht weil Falsches gesagt wird, sondern weil das Gesagte unvollständig ist. Faktoren, die auf die geschilderten Gegensätze einschränkend einwirken, werden bei Marx entweder gänzlich vernachlässigt oder zwar bei Gelegenheit behandelt, aber später, bei der Zusammenfassung und Gegenüberstellung der festgestellten Thatsachen, fallen gelassen, so daß die soziale Wirkung der Antagonismen viel stärker und unmittelbarer erscheint, als sie in Wirklichkeit ist.

So spricht Marx im ersten Bande „Kapital" (Kapital 23, Absatz 2) von der Bildung von Kapitalablegern durch Theilungen („Repulsion vieler individueller Kapitalisten von einander") und bemerkt dabei, daß mit der Akkumulation von Kapital die Anzahl der Kapitalisten in Folge solcher Spaltungen „mehr oder minder wächst" (4.Auflage, S.589). Aber in der folgenden Entwicklung wird von diesem Wachstum der Zahl der Kapitalisten ganz abgesehen und sogar die Aktiengesellschaft lediglich unter dem Gesichtswinkel der Konzentration und Zentralisation des Kapitals behandelt. Mit dem obigen „mehr oder minder" erscheint die Sache als erledigt. Am Schluß des ersten Bandes ist nur noch von der „beständig abnehmenden Zahl von Kapitalmagnaten" die Rede, und daran wird auch im dritten Bande prinzipiell nichts geändert. Wohl werden bei Behandlung der Profitrate und des kaufmännischen Kapitals Thatsachen berührt, die auf eine Zersplitterung der Kapitale hinweisen, aber ohne Nutzanwendung für unseren Punkt. Der Leser behält den Eindruck, daß die Zahl der Kapitalinhaber beständig – wenn nicht absolut, so im Verhältnis des Wachsthums der Arbeiterklasse – zurückgeht. In der Sozialdemokratie herrscht demgemäß die Vorstellung vor oder drängt sie sich immer wieder dem Geiste auf, daß der Konzentration der industriellen Unternehmungen eine Konzentration der Vermögen parallel läuft.

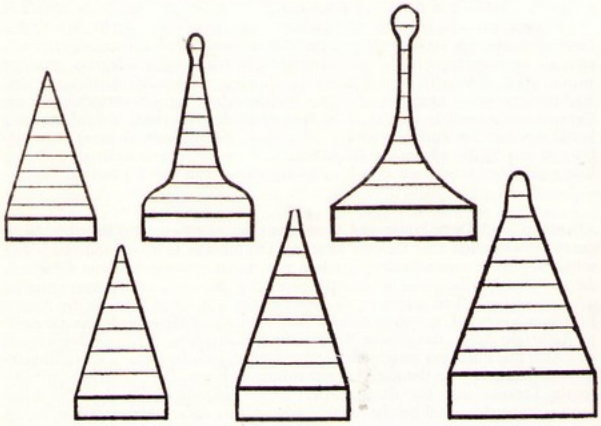
Das ist aber keineswegs der Fall. Die Form der Aktiengesellschaft wirkt der Tendenz: Zentralisation der Vermögen durch Zentralisation der Betriebe, in sehr bedeutendem Umfang entgegen. Sie erlaubt eine weitgehende Spaltung schon konzentrierter Kapitale und macht Aneignung von Kapitalen durch einzelne Magnaten zum Zwecke der Konzentrierung gewerblicher Unternehmen überflüssig. Wenn nicht-sozialistische Oekonomen diese Thatsache zum Zwecke der Beschönigung der sozialen Zustände ausgenutzt haben, so ist das für Sozialisten noch kein Grund, sie sich zu verheimlichen oder sie hinwegzureden. Es handelt sich vielmehr darum, ihre wirkliche Ausdehnung und ihre Tragweite zu erkennen.

Verfälschung der Profitproduktion in Produktion von Gebrauchsgütern – Gute Grundlage für die Klassenversöhung

Die Zahl der Kapitalisten nimmt zu und nicht ab. Die Gesellschaft ändert sich in ihren Grundlagen, aber ihre Gliederung wird nicht einfacher.

Den Unterschied zwischen der ursprünglich in sozialistischen Kreisen über die Einkommens- und Vermögensentwicklung verbreiteten Ansicht und der tatsächlichen Entwicklung mögen zwei Zeichungen veranschaulichen.

Die obere Zeichung entspricht dem theoretischen Teil des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie. Dieses Programm, das im Jahre 1891 von Karl Kautsky unter meiner Mitwirkung entworfen wurde, spiegelt die Auffassung wieder, welche wir Sozialisten früher von der Entwicklung der Gesellschaft hatten. Als Ausgangspunkt haben wir eine Gesellschaftspyramide. die aus einem Block und einem sich darauf erhebenden regelmäßigen Kegel besteht.



Der Block ist die Klasse der Lohnarbeiter, das Mittelstück oder die Mittelstücke sind die kleinbürgerlichen und mittelbürgerlichen Klassen, das oberste Stück, die Spitze stellt die Klasse der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten vor. Nach dem Erfurter Programm müßte nun die Entwicklung dahin führen oder geführt haben, daß die Pyramide der in der Fachwelt als Flaschenhals bezeichneten Gestalt immer näher käme, daß die Spitze zu einem Kopf anschwellen, die Mitte sich zu einem Hals verdünnen der untere Block immer massivere Gestalt erhalten würde, so wie es auf der oberen Zeichnung die zwei folgenden Pyramiden zeigen. Ein bürgerlicher Nationalökonom, Professor Julius Wolf in Breslau, hat sich das Vergnügen gemacht, als letzte Konsequenz dieser Theorie ein Bild zu entwerfen, das nur oben den dicken Kopf der Millionäre und unten den Riesenblock der Arbeiter zeigt, während die Mittelschichten ganz verschwunden sind, nicht einmal mehr einen Hals von der Dünne eines Haares bilden. Dahin würde es nun freilich nie kommen können. Aber die Mittelstücke haben sich in Wirklichkeit überhaupt nicht verdünnt.Die untere Gruppe der Pyramiden, der die wirkliche heutige Tendenz der Klassengliederung zugrunde gelegt ist, zeigt zwar eine Änderung der Pyramidenform, aber der Aufbau ist im wesentlichen Kegel geblieben. Das oberste Stück ist nicht mehr spitz, sondern abgestumpft, die Klasse der Großkapitalisten ist stärker geworden, im übrigen aber sind die Zwischenschichten in fast der gleichen Abstufung zu finden, es ist kein Glied in den Schichten zwischen der Arbeiterklasse und den ganz Reichen nennenswert zusammengeschrumpft.

(Ed. Bernstein, Der Revisionismus in der Sozialdemokratie, Amsterdem 1909 S. 31-33)

Was die moderne Produktionsweise vor allem auszeichnet, ist die große Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit. Die Wirkung ist eine nicht minder große Steigerung der Produktion – Massenproduktion von Gebrauchsgütern. Wo bleibt dieser Reichtum? Oder, um gleich die Frage auf den Kern der Sache zuzuspitzen: wo bleibt das Mehrprodukt, das die industriellenLohnarbeiter über ihren eigenen, durch ihren Lohn begrenzten Konsum hinaus produzieren? Die „Kapitalmagnaten" möchten zehnmal so große Bäuche haben, als der Volkswitz ihnen nachsagt, und zehnmal so viel Bedienung halten, als sie in Wirklichkeit tun, gegenüber der Masse des jährlichen Nationalprodukts – man vergegenwärtige sich, daß ja die kapitalistische Großproduktion vor allem Massenproduktion ist – wäre ihr Konsum immer noch wie eine Feder in der Waage. Man wird sagen, sie exportieren den Überschuß. Schön aber der auswärtige Abnehmer zahlt schließlich auch wieder nur in Waren. Im Welthandel spielt das zirkulierende Metallgeld eine verschwindende Rolle. Je kapitalreicher ein Land, um so größer seine Wareneinfuhr, denn die Länder, denen es Geld leiht, können zumeist die Zinsen gar nicht anders zahlen, als in der Form von Waren. Wo also bleibt die Warenmenge, die die Magnaten und ihre Dienerschaft nicht verzehren? Wenn sie nicht doch in der einen oder anderen Weise den Proletariern zufließt, so muß sie eben von anderen Klassen aufgefangen werden. Entweder steigende relative Abnahme der Zahl der Kapitalisten und steigender Wohlstand des Proletariers oder eine zahlreiche Mittelklasse, das ist die einzige Alternative, die uns die fortgesetzte Steigerung der Produktion läßt. Krisen und unproduktive Ausgaben für Heere verschlingen viel, haben aber doch in neuerer Zeit immer nur Bruchteile des Gesamtmehrprodukts absorbiert. Wollte die Arbeiterklasse darauf warten, bis das „Kapital" die Mittelklassen aus der Welt geschafft hat, so könnte sie wirklich einen langen Schlaf tun. Das Kapital würde diese Klassen in der einen Form expropriieren und sie in der anderen immer wieder neu ins Leben setzen. Nicht das „Kapital", die Arbeiterklasse selbst hat die Mission, die parasitischen Elemente der Wirtschaft aufzusaugen.

Auf die Tatsache, daß der Reichtum der modernen Nationen in steigendem Maße Reichtum an beweglichen Gebrauchsgütern ist, haben manchesterliche Schriftsteller allerhand Schönfärberei der heutigen Zustände gestützt. Das hat seinerzeit fast alle Sozialisten veranlaßt, in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen und den gesellschaftlichen Reichtum nur noch als fixierten Reichtum, sub specie des „Kapitals", zu betrachten, das allmählich zu einer mystischen Wesenheit personifiziert wurde.

Bernstein, die Vorraussetzungen..., a.a.O.S. 51-52

Frauen und Kinder stehen nach Volksküchenessen an

Imperialistische Expansion zur Überwindung der Krisen

Es ist ein ganz anderes Bild, ein ganz anderer Verlauf der Konjunkturen, als wie sie der Sozialdemokratie früher vor Augen standen. Gegenkräfte, die früher nicht im gleichen Maße existierten, haben die Kraft der Krisenfaktoren abgeschwächt. Der Reichtum der Gesellschaft ist so ungemein gestiegen und hat sich so weit ausgebreitet, daß sich zur Gegenaktion gegen die Gefahr der Stagnation heute ganz andere Möglichkeiten darbieten, als früher. Die große Ausdehnung des Marktes hat Ausgleichungsmöglichkeiten geschaffen, wie sie in gleichem Maße früher nicht bestanden. Ebenso hat die Kartellierung von Industrien zu Möglichkeiten der Regulierung der Produktion geführt, die früher fehlten, und dies, sowie verschiedenes andere mehr scheint dahin zu wirken, daß die Krisen und Depressionen des Geschäftslebens schneller als früher überwunden werden. Ich sage nicht, daß das alles absolute Vorteile sind für die Gesamtheit. Die Kartelle mögen gewissen Industrien über die Krisen hinweghelfen, sie verschärfen aber ihre Wirkung auf andere Industrien dadurch, daß sie das Preisniveau künstlich hochhalten, während früher in den Krisen Preissenkungen heilsam zu wirken pflegten. Und wenn auch die Konjunkturenlinie sich im ganzen heute besser stellt, so ist doch eines geblieben – darin hat das Erfurter Programm Recht – die *allgemeine Unsicherheit* ist heute nicht geringer, als früher. Noch heute ist die Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern dem Spiel der Konjunkturen ausgesetzt, ist sie abhängig von unablässig sich vollziehenden Umwälzungen der Industrie, die immer von neuem Arbeiter hinauswerfen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Und diese Unsicherheit besteht nicht bloss für die Arbeiterklasse, sie gilt auch für die Mehrheit der andern Elemente der erwerbenden Klassen, auch für die Geschäftsleute. Man könnte das Verhältnis vergleichen mit den Wellenbewegungen, wie Stürme auf einem Landsee und auf einem Ozean sie hervorrufen. Wirft der Sturm auf einem Landsee die Wellen hoch, so gibt das je nachdem ein fürchterliches Bild: die Wellen und die Zerstörung, die sie anrichten,erscheinen im Angesicht der mäßigen Ausdehnung des Sees gewaltig. Ein anderer Sturm kann auf dem Ozean die Wellen noch viel, viel höher werfen, und viel, viel größeres Unheil anrichten, gegenüber dem Gesammtbild, das der Ozean darbietet, wird es unbedeutend erscheinen. Was ist der Einzelne auf dem Ozean? Auch ohne Krisen wird der Arbeiter heute auf dem Ozean der Weltwirtschaft hin- und hergeworfen, ist die Existenz für den Einzelnen im Wirtschaftsleben bedrängter, unsicherer, gefährdeter geworden. Täglich verschlingen die Wellen Opfer in großer Zahl, während das Meer Weltwirtschaft anscheinend ungestört dahinflutet.

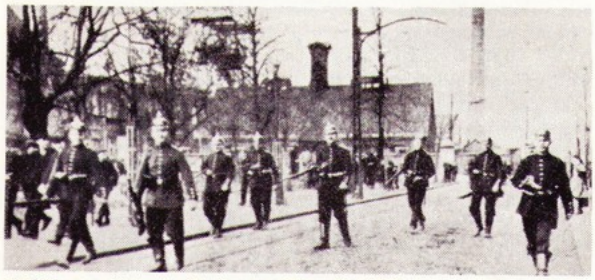
(Ed. Bernstein, Der Revisionismus in der Sozialdemokratie, a.a.O., S.36-37)

Wahlrechtsdemonstration in Essen, März 1910.

Aus der Rede des Kaisers zur Ankündigung des „Zuchthaus-Gesetzes" am 6.September 1898 in Bad Oeynhausen

„Wie alle, die industriellen Betrieben obliegen, so haben auch Sie ein wachsames Auge auf die Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse, und ich habe Schritte getan, soweit es in Meiner Macht steht, Ihnen zu helfen, um Sie vor wirtschaftlich schweren Stunden zu bewahren. Der Schutz der deutschen Arbeit, der Schutz desjenigen, der arbeiten will, ist von Mir im vorigen Jahre in der Stadt Bielefeld feierlich versprochen worden. Das Gesetz naht sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein wie er will und heißen wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Die Strafe habe ich damals versprochen, und Ich hoffe, daß das Volk in seinen Vertretern zu Mir stehen wird, um unsere nationale Arbeit in dieser Weise, soweit es möglich ist, zu schützen. Recht und Gesetz müssen und sollen geschützt werden, und somit werde ich dafür sorgen, daß sie aufrechterhalten werden.

(Geschichte, Lehrbuch für die Klasse 8, a.a.O., S.148)48)



Militärpatrouille in den Straßen von Herne Mai 1912

Aus einem Geheimbefehl des Generalkommandos von Münster an die Truppenkommandos über den Einsatz von Militär gegen mögliche Volksbewegungen vom April 1907

„Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller, aufrührerische Tendenzen verfolgenden Blätter und die Verhaftung der Redakteure, sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannten Personen, ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten... Alle Versammlungen werden verboten... Für die Verwendung der Truppen... ergeben sich folgende Lehren: Infanterie ist im Straßenkampf wenn möglich mit Artillerie zusammen zu verwenden... Die Truppe muß vielmehr durch Einschlagen der Wände von einem Haus zum anderen schrittweise vordringen, oder durch Gärten und Höfe und über die Dächer vorgehen... Das Bajonett wird im Häuserkampf eine große Rolle spielen. Außerdem sind zweckmäßig möglichst viele Leute mit Beilen, Beilpicken, Brechstangen und auch mit Sprengstoffen auszurüsten..."

(Geschichte 8, a.a.O., S. 141)

Aus dem „Silvesterbrief" Kaiser Wilhelms II. an den Reichskanzler von Bülow (1905)

„Die Hauptsache aber wäre, daß wir wegen unserer Sozialisten keinen Mann aus dem Lande nehmen könnten ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz der Bürger. Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen – wenn nötig per Blutbad – und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo."

(Geschichte 8, a.a.O., S. 141)

Bernstein leugnet den Klassencharakter des Staates – Bürgerliche Demokratie als Verwirklichung des Sozialismus

Diese Frage bedingt eine andere: Was ist Demokratie?

Die Antwort hierauf scheint sehr einfach, auf den ersten Blick möchte man sie mit der Übersetzung: „Volksherrschaft" für abgethan halten. Aber schon ein kurzes Nachdenken sagt uns, daß damit nur eine ganz äußerliche, rein formale Demokratie gegeben ist, während fast alle, die heute das Wort Demokratie gebrauchen, darunter mehr wie eine bloße Herrschaftsform verstehen. Viel näher werden wir der Sache kommen, wenn wir uns negativ ausdrücken und Demokratie mit Abwesenheit von Klassenherrschaft übersetzen, als Bezeichnung eines Gesellschaftszustandes, wo keiner Klasse ein politisches Privilegium gegenüber der Gesammtheit zusteht. Damit ist denn auch schon die Erklärung gegeben, warum eine monopolistische Korporation im Prinzip antidemokratisch ist. Diese negative Erklärung hat außerdem den Vortheil,daß sie weniger als das Wort Volksherrschaft dem Gedanken der Unterdrückung des Individuums durch die Mehrheit Raum giebt, der dem modernen Bewußtsein unbedingt wiederstrebt. Wir finden heute die Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit „undemokratisch", obwohl sie ursprünglich mit der Volksherrschaft durchaus vereinbar gehalten wurde. In dem Begriff Demokratie liegt eben für die heutige Auffassung eine Rechtsvorstellung eingeschlossen: die Gleichberechtigung aller Angehörigen des Gemeinwesens, und an ihr findet die Herrschaft der Mehrheit, worauf in jedem konkreten Fall die Volksherrschaft hinausläuft, ihre Grenze. Je mehr sie eingebürgert ist und das allgemeine Bewußtsein beherrscht, um so mehr wird Demokratie gleichbedeutend mit dem höchstmöglichen Grad von Freiheit für Alle.

Allerdings sind Demokratie und Gesetzlosigkeit nicht ein und daselbe. Nicht durch Abwesenheit aller Gesetze kann die Demokratie sich von anderen politischen Systemen unterscheiden, sondern nur durch Abwesenheit von Gesetzen, die auf Besitz, Abstammung und Bekenntniß gegründete Ausnahmen schaffen oder gutheißen, nicht durch totale Abwesenheit von Gesetzen, die die Rechte Einzelner beschränken, sondern durch Aufhebung aller Gesetze, die die allgemeine Rechtsgleichheit, das gleiche Recht Aller beschränken. Wenn so Demokratie und Anarchie durchaus verschiedne Dinge sind, so ist oder wäre es abgeschmackte Begriffspielerei, bei der alle Unterscheidung verloren geht, Ausdrücke wie Despotie, Tyrannei usw. blos daraufhin auf die Demokratie als Gesellschaftsverfassung anzuwenden, weil bei ihr Mehrheitsbeschlüsse entscheiden und von Jedem verlangt wird, daß er das von der Mehrheit beschlossene Gesetz anerkennt. Gewiß, die Demokratie ist keine absolute Schutzwehr gegen Gesetze, die von Einzelnen als tyrannisch empfunden werden. Aber in unserem Zeitalter ist eine fast unbedingte Sicherheit gegeben, daß die Mehrheit eines demokratischen Gemeinwesens kein Gesetz machen wird, das der persönlichen Freiheit dauernd Abbruch thut, da die Mehrheit von heute stets die Minderheit von morgen werden kann und jedes die Minderheiten bedrückende Gesetz die Mitglieder der zeitweiligen Mehrheit selbst bedrohen würde. Was immer in Zeiten wirklichen Bürgerkriegs von Mehrheitstyrannei ausgeübt worden, ist von der vielmehr gezeigt, daß je länger in einem modernen Staatswesen demokratische Einrichtungen bestanden, um so mehr die Achtung und Berücksichtigung der Rechte der Minderheiten zunahm und die Parteikämpfe an Gehässigkeit verloren. Leute, die sich die Verwirklichung des Sozialismus nicht ohne Gewaltakte vorstellen können, mögen darin ein Argument gegen die Demokratie erblicken, und thatsächlich hat es in der sozialistischen Literatur an solchen Stimmen nicht gefehlt. Aber wer sich nicht der utopistischen Vorstellung hingibt, daß die modernen Nationen sich unter der Wirkung einer verlängerten revolutionären Katastrophe in eine Unzahl gänzlich von einander unabhängiger Gruppen auflösen werden, der wird in der Demokratie mehr erblicken als ein politisches Mittel, das nur gut ist, soweit es der Arbeiterklasse als Handhabe dient, dem Kapital den Garaus zu machen. Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus. Sie kann, das ist richtig, keine Wunder thun. Sie kann nicht in einem Lande, wie die Schweiz, wo das industrielle Proletariat eine Minderheit der Bevölkerung bildet (noch nicht eine halbe von zwei Millionen Erwachsener), diesem Proletariat die politische Herrschaft in die Hand spielen. Sie kann auch nicht in einem Lande wie England, wo das Proletariat die bei Weitem zahlreichste Klasse der Bevölkerung bildet, dieses Proletariat zum Herrn der Industrie machen, wenn daselbe theils überhaupt keine Neigung dazu verspürt, theils aber auch sich den damit verbundenen Aufgaben nicht oder noch nicht gewachsen fühlt. Aber in England wie in der Schweiz, und ebenso in Frankreich, den Vereinigten Staaten, den skandinavischen Ländern usw., hat sie sich als ein machtvoller Hebel des sozialen Fortschritts erwiesen....

Die grundsätzlich veränderte Politik des Staates hinsichtlich der direkt und indirekt von ihm beschäftigten Arbeiter ist bekannt, ebenso die Erweiterungen, welche die Fabrikgesetzgebung seit 1870 erfahren. All das, und die Nachahmung, die es in verschiedenem Grade auf dem Festlande gefunden, ist nicht ausschließlich, aber wesentlich der Demokratie oder dem realisierten Stück Demokratie geschuldet, über welches die betreffenden Länder verfügen. Und wenn in einzelnen Fragen die Gesetzgebung der politisch fortgeschrittensten Länder nicht so rasch vorgeht als es in politisch verhältnismäßig rückständigen Ländern unter dem Einfluß thatendurstiger Monarchen oder ihrer Minister gelegentlich der Fall, so giebt es dafür in Ländern eingewurzelter Demokratie in diesen Dingen kein Rückwärts.

Friedlicher Übergang zum Sozialismus. Die Diktatur des Proletariats ist überlebt.

Phrasen, die in einer Zeit verfaßt wurden, wo überall in Europa das Privilegium des Besitzes unumschränkt herrschte, und die unter diesen Umständen erklärlich und bis zu einem gewissen Grade auch berechtigtwaren, heute aber nur noch todtes Gewicht sind, werden mit einer Ehrfurcht behandelt, als ob von ihnen und nicht von der lebendigen Erkenntniß dessen, was gethan werden kann und noththut, der Fortschritt der Bewegung abhinge. Oder hat es z. B. einen Sinn, die Phrase von der Diktatur des Proletariats zu einer Zeit festzuhalten, wo an allen möglichen Orten Vertreter der Sozialdemokratie sich praktisch auf den Boden der parlamentarischen Arbeit, der zahlengerechten Volksvertretung und der Volksgesetzgebung stellen, die alle der Diktatur widersprechen? Sie ist heute so überlebt, daß sie mit der Wirklichkeit nur dadurch zu vereinen ist, daß man das Wort Diktatur seiner faktischen Bedeutung entkleidet und ihm irgend welchen abgeschwächten Sinn beilegt. Die ganze praktische Thätigkeit der Sozialdemokratie geht darauf hinaus, Zustände und Vorbedingungen zu schaffen, die eine von konvulsivischen Ausbrüchen freie Ueberführung der modernen Gesellschaftsordnung in eine höhere ermöglichen und verbürgen sollen. Aus dem Bewußtsein, die Pioniere einer höheren Kultur zu sein, schöpfen ihre Anhänger immer wieder Begeisterung und Anfeuerung, in ihm ruht auch zuletzt der sittliche Rechtstitel der angestrebten gesellschaftlichen Expropriation. Die Klassendiktatur aber gehört einer tieferen Kultur an, und abgesehen von der Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der Sache, ist es nur als ein Rückfall, als politischer Atavismus zu betrachten, wenn der Gedanke erweckt wird, der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft müsse sich nothwendigerweise unter den Entwicklungsformen einer Zeit vollziehen, welche die heutigen Methoden der Propagierung und Erzielung von Gesetzen noch gar nicht oder nur in ganz unvollkommener Gestalt kannte und der geeigneten Organe dazu entbehrte.

Heute weiß schließlich jeder, was gemeint ist, wenn von Bekämpfung der Bourgeoisie und Abschaffung der Bourgeoisgesellschaft gesprochen wird. Aber was heißt Bekämpfung oder Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft? Was heißt es namentlich in Deutschland, in dessen größtem und leitendem Staate, Preußen, es sich noch immer darum handelt, ein großes Stück Feudalismus erst loszuwerden, das der bürgerlichen Entwicklung im Wege steht? Kein Mensch denkt daran, der bürgerlichen Gesellschaft als einem zivilistisch geordneten Gemeinwesen an den Leib zu wollen. Im Gegentheil. Die Sozialdemokratie will nicht diese Gesellschaft auflösen und ihre Mitglieder allesamt proletarisieren, sie arbeitet vielmehr unablässig daran, den Arbeiter aus der sozialen Stellung eines Proletariers zu der eines Bürgers zu erheben und so das Bürgerthum oder Bürgersein zu verallgemeinern. Sie will nicht an die Stelle der bürgerlichen eine proletarische Gesellschaft, sondern sie will an die Stelle der kapitalistischen eine sozialistische Gesellschaftsordnung setzen. Es wäre gut,wenn man, statt jener zweideutigen Wendung sich zu bedienen, sich an diese letztere, ganz unzweideutige Erklärung hielte. Dann würde man auch einen guten Theil anderer Widersprüche los, welche die Gegner nicht ganz mit Unrecht zwischen der Phraseologie und der Praxis der Sozialdemokratie konstatieren.

(Ed. Bernstein, Voraussetzungen . . . , a.a. O. S. 127 - 128)

Aussöhnung des Sozialismus mit dem Liberalismus

Schließlich wäre es auch zu empfehlen, in Kriegserklärungen gegen den „Liberalismus" etwas Maß zu halten.Es ist ja richtig, die große liberale Bewegung der Neuzeit ist zunächst der kapitalistischen Bourgeoisie zu Gute gekommen und die Parteien, die sich den Namen liberal zulegten, waren oder wurden im Verlaufe reine Schutzgarden des Kapitalismus. Zwischen diesen Parteien und der Sozialdemokratie kann natürlich nur Gegnerschaft herrschen. Was aber den Liberalismus als weltgeschichtliche Bewegung anbetrifft, so ist der Sozialismus nicht nur der Zeitfolge, sondern auch dem geistigen Gehalt nach sein legitimer Erbe, wie sich das übrigens auch praktisch bei jeder prinzipiellen Frage zeigt, zu der die Sozialdemokratie Stellung zu nehmen hatte. Wo irgend eine wirthschaftliche Forderung des sozialistischen Programms in einer Weise oder unter Umständen ausgeführt werden sollte, daß die freiheitliche Entwicklung dadurch ernsthaft gefährdet erschien, hat die Sozialdemokratie sich nie gescheut, dagegen Stellung zu nehmen. Die Sicherung der staatsbürgerlichen Freiheit hat ihr stets höher gestanden, als die Erfüllung irgend eines wirthschaftlichen Postulats. Die Ausbildung und Sicherung der freien Persönlichkeit ist der Zweck aller sozialistischen Maßregeln, auch derjenigen, die äußerlich sich als Zwangsmaßregeln darstellen. Stets wird ihre genauere Untersuchung zeigen, daß es sich dabei um einen Zwang handelt, der die Summe von Freiheit in der Gesellschaft erhöhen, der mehr und einem weiteren Kreise Freiheit geben soll, als er nimmt. . . .

Der Liberalismus hatte geschichtlich die Aufgabe, die Fesseln zu sprengen, welche die gebundene Wirthschaft und die entsprechenden Rechtseinrichtungen des Mittelalters der Fortentwicklung der Gesellschaft anlegten. Daß er zunächst als Bourgoisliberalismus feste Gestalt erhielt, hindert nicht, daß er thatsächlich ein sehr viel weiter reichendes allgemeines Gesellschaftprinzip ausdrückt, dessen Vollendung der Sozialismus sein wird. Der Sozialismus will keine neue Gebundenheit irgend welcher Art schaffen. Das Individuum soll frei sein – nicht in dem metaphysischen Sinne, wie es die Anarchisten träumen, d.h. frei aller Pflichten gegen das Gemeinwesen, wohl aber frei von jedem ökonomischen Zwange in seiner Bewegung und Berufswahl. Solche Freiheit ist für Alle nur möglich durch das Mittel der Organisation. In diesem Sinne könnte man den Sozialismus auch organisatorischen Liberalismus nennen, denn wenn man die Organisationen, die der Sozialismus will und wie er sie will, genauer prüft, so wird man finden, daß was sie von ihnen äußerlich ähnlichen feudalistischen Einrichtungen vor Allem unterscheidet, eben ihr Liberalismus ist: ihre demokratische Verfassung, ihre Zugänglichkeit.

(Ed. Bernstein, Die Voraussetzungen . . ., a.a.O. S.129-132)

Die Verantwortung gegenüber dem Parlament – Verpflichtung der Arbeiterklasse zur Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie

Wenn wir aber den Katastrophengedanken aufgeben müssen, dann erhält das, was man *sozialistische Gegenwartsarbeit* nennt, selbstverständlich einen *erhöhten* Wert. Dann handelt es sich bei ihr nicht um Palliativmittel, die blos Wert haben, sofern sie geeignet sind, die Arbeiter bis zur grossen Katastrophe kampffähig zu erhalten, dann wird sie wichtige *fundamentale Vorarbeit.* Das ist ein Hauptmoment, worin der Revisionismus sich von der andern, der alten Auffassung der Sozialdemokratie unterscheidet: in der erhöhten Wertschätzung dessen, was zur sozialistischen Gegenwartsarbeit gehört. In der erhöhten Wertschätzung der Parlamentsarbeit, nicht so sehr als Agitation, obwohl diese auch ihre Berechtigung hat, als vielmehr in Hinblick auf positive gesetzgeberische Resultate, auf Erkämpfung von Gesetzen, die darauf gerichtet sind, möglichst tief greifende Änderungen in Recht und Wirtschaft herbeizuführen; dann in höherer Wertung der sozialistischen Tätigkeit in den Gemeinden, die gar nicht überschätzt werden kann; in höherer Würdigung der sozialen Bedeutung der Gewerkschaften unter dem Gesichtspunkt aller Funktionen, die sie im Wirtschaftsleben auszuüben fähig sind, im erhöhten Interesse für den systematischen Ausbau ihrer Organsiationen, und ebenso im Interesse für die Ausbreitung und den Ausbau der Arbeiterkonsumgenossenschaften – alle Arbeit dieser Art erhält eine ganz andere, eine viel größere Bedeutung als früher, wenn man die Idee jenes Krisenschemas und die Spekulation auf den grossen ökonomischen Zusammenbruch fallen lässt und sich die Gesellschaft vergegenwärtigt, wie sie in Wirklichkeit sich entwickelt.

Nun ist gegen diese Feststellung von andrer Seite gesagt worden: was da als notwendige Gegenwartsarbeit hingestellt wird, das wird ja schon alles getan, das tut die Sozialdemokratie ja schon jetzt! Bis zu einem gewissen Grade ist das richtig, aber nur bis zu einem gewissen Grade. Es ist ein Unterschied, unter welchen Voraussetzungen eine Arbeit verrichtet wird. Als mein Buch über die Voraussetzungen des Sozialismus erschien und den heftigsten Angriffen begegnete, da sagte in einer Londoner Versammlung ein polnischer Sozialist, Dr. Lad. Gumplowicz und es war das Erhebendste, was mir gesagt werden konnte: „Was Bernstein empfiehlt, haben wir schon vorher getan, aber wir haben es mit halbem Herzen und mit schlechtem sozialistischen Gewissen getan. Bernstein hat uns in die Lage versetzt, es mit ganzem Herzen und mit gutem sozialistischen Gewissen zu tun".

In der Tat ist die sozialistische Bewegung, wie man das geschichtlich verfolgen kann, durch die realen Bedingungen ihres Kampfes und ihr eigenes Wachstum dahin geführt worden, eines ihrer früheren, noch auf halb utopistischem Boden erwachsenen Urteile nach dem anderen fallen zu lassen. Ursprünglich meinten Sozialisten, dass die Parlamente die Arbeiter gar nichts angingen, das seien alles winzige Dinge, um die da gestritten würde, was hätten die mit den grossen sozialistischen Zielen zu tun? Dann ging man in die Parlamente, erklärte es aber für zwecklos, wenn nicht schädlich, in die parlamentarischen Kommissionen einzutreten. Jetzt aber, wo die sozialistischen Parteien in den Parlamenten Bedeutung erlangt haben, hat man sich in den Gedanken hineingefunden, dass die Arbeiterklasse in allen gesetzgebenden und verwaltenden Körpern mit voller Kraft zu arbeiten hat und suchen muss, sie immer mehr mit ihrem Geiste zu erfüllen. So ist es in diesem Punkt gekommen, und so wird es diesen und anderen Punkten weiter gehen. Auf Kongressen durch die Macht der Tradition geschlagen, dringt der Revisionismus in der Praxis doch siegreich durch.

Die moderne Arbeiterklasse, die heranreift, in grossen Schichten schon herangereift ist, braucht keine Utopie, sie ist auch ohne das doch immerhin verschwommene „Endziel" für den sozialistischen Kampf zu begeistern.Was man Arbeitern zu zeigen hat, um ihnen Begeisterung und Sinn für grosse Ziele einzuflössen, ist etwas ganz anderes. Es ist erstens einmal ihre wachsende Bedeutung in der modernen Gesellschaft, die geschichtliche *Mission* ihrer Klasse, die darin sich ausdrückt, dass sie die einzige Klasse bilden, die als solche heute vollständig vorurteilsfrei jedem wirklichen Fortschritt in Erkenntnis, Technik, Wirtschaft usw. gegenübersteht, deren Interesse an nichts Veraltetes und Veraltendes gebunden ist, wie das anderer Klassen der Gesellschaft, die teils reaktionär sind, Überlebtes erhalten wollen, teils aber im Fortschritt nur Halbe sind, weil sie beim Fortschritt als Klasse das Eine oder andre zu verlieren haben. Nur die Arbeiter sind, sobald sie als Klasse auftreten, in jeder Hinsicht gebunden an den gesellschaftlichen Fortschritt, sie sind seine sicherste Vorhut, wie das Lassalle so schön in die Worte gekleidet hat, die er im Arbeiterprogramm den Arbeitern zuruft: „Sie sind der Fels, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll". Wenn man das den Arbeitern sagt und ihnen die Wahrscheinlichkeit zeigt eines stetigen Aufstieges, der vielleicht langsam sich vollzieht, aber infolge ihrer zunehmenden sozialen Bedeutung ihnen doch sicher ist, sofern sie nur vereint vorgehen, so zeigt man ihnen damit ein grosses Ziel, das um so stärkere Wirkung ausüben muss, als es ein Ziel ist, an das auch der nüchtern Urteilende glauben kann.

(Ed. Bernstein, Der Revisionismus in der Sozialdemokratie, a.a.O., S. 38 - 40)

Imperialistische Kolonialreiche, 1913			Ausländische Kapitalanlagen (Mrd. RM)	
Land	Fläche, Mio km²	Einwohner, Mill.	1900	1913
England	29,7	376,7	40	75
Frankreich	10,5	53,4	25	36
Holland	2,0	38,1		
Belgien	2,4	15,5		
Deutschland	3,0	12,3	15	35

(Kuczynski, a.a.o., S.68 und 86)

Produktion von Kohle und Stahl 1870 bis 1913
1. Kohle in Millionen Tonnen

Jahr	Deutschland	England	Frankreich	USA	Welt
1870	34	110	13	30	219
1900	150	225	33	297	828
1910	222	264	39	448	1164
1913	277	287	41	509	1340
2. Stahl in Millionen Tonnen					
1870	0,2	0,2	0,1	0,1	0,7
1900	6,6	4,9	1,6	10,2	28,0
1910	13,7	6,4	3,4	26,1	60,3
1913	18,3	7,7	4,7	31,3	76,4

Annexionspropaganda der deutschen Imperialisten

Eduard David: Rede auf der II. Internationale, 1907 in Stuttgart

Es handelt sich lediglich darum, auszusprechen, daß wir nicht gegen jede Kolonialpolitik als solche im Prinzip sind. Das aber müssen wir aussprechen, wenn nicht unser Eintreten für einzelne koloniale Reformen vollkommen sinnlos sein soll. Ledebour erklärt die Kolonialpolitik überhaupt für nicht reformfähig...

Und wenn nun wirklich die Vertreter dieser Auffassung in der Lage wären, die Kolonien als solche zu beseitigen, so würde das heißen, diese den Eingeborenen zurückzugeben. Was würde wohl dann mit den Kolonien geschehen? Nicht Humanität würde in ihnen walten, sondern sie würden in die Barbarei zurückfallen...

Kolonien müssen durch den Kapitalismus hindurch. Auch dort springt man nicht aus der Wildheit in den Sozialismus. („Sehr gut!") Der Schmerzensweg durch den Kapitalismus wird der Menschheit nirgends geschenkt, und gerade nach der wissenschaftlichen Anschauung von Karl Marx ist dieser Weg eine Vorraussetzung für ein sozialistische geordnetes Wirtschaftswesen. Der Sozialismus ist in keiner Weise nur Kritik. Er hat überall ein positives Ideal, ein Ziel, das nur durch schrittweise Reformen zu erreichen ist. Aus unserem positiven kolonialpolitischen Ideal rechtfertigt sich unsere reformatorische Tätigkeit auf diesem ganzen Gebiete. Das gibt unserer Tätigkeit das große Überwältigende, die Gewißheit des Sieges. Daher bitte ich Sie, im Interesse der in den Kolonien lebenden Mitmenschen und im Interesse des Fortschritts unserer Kultur diesem positiven Ideal ihre Zustimmung zu geben.

(Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen arbeiterbewegung, Bd. IV, S. 215-217)

Der Arbeiter wird zum Bürger – Sozialistische Kolonialpolitik

Hat aber die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse und des Friedens ein Interesse an der Erhaltung der nationalen Wehrhaftigkeit? Unter verschiedenen Gesichtspunkten liegt die Versuchung nahe, die Frage zu verneinen, zumal wenn man von dem Satz des Kommunistischen Manifests ausgeht: „Der Proletarier hat kein Vaterland." Indeß dieser Satz konnte allenfalls für den rechtlosen, aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossenen Arbeiter der vierziger Jahre zutreffen, hat aber heute, trotz des enorm gestiegenen Verkehrs der Nationen miteinander, seine Wahrheit zum großen Theile schon eingebüßt und wird sie immer mehr einbüßen, je mehr durch den Einfluß der Sozialdemokratie der Arbeiter aus einem Proletarier ein – Bürger wird. Der Arbeiter, der in Staat, Gemeinde etc. gleichberechtigter Wähler und dadurch Mitinhaber am Gemeingut der Nation ist, dessen Kinder die Gemeinschaft ausbildet, dessen Gesundheit sie schützt, den sie gegen Unbilden versichert, wird ein Vaterland haben, ohne darum aufzuhören, Weltbürger zu sein, wie die Nationen sich näher rücken, ohne darum aufzuhören, ein eigenes Leben zu führen. Es mag sehr bequem erscheinen, wenn alle Menschen eines Tages nur eine Sprache sprechen. Aber welch ein Reiz, welch eine Quelle geistigen Genusses ginge damit den Menschen der Zukunft verloren. Die völlige Auflösung der Nationen ist kein schöner Traum und jedenfalls in menschlicher Zukunft nicht zu erwarten. So wenig es aber wünschenswert ist, daß irgend eine andere der großen Kulturnationen ihre Selbständigkeit verliert, so wenig kann es der Sozialdemokratie gleichgültig sein, ob die deutsche Nation, die ja ihren redlichen Antheil an der Kulturarbeit der Nationen geleistet hat und leistet, im Rathe der Völker zurückgedrängt wird.

Man spricht heute viel von der Eroberung der politischen Herrschaft durch die Sozialdemokratie, und es ist wenigstens bei der Stärke, welche diese in Deutschland erlangt hat, nicht unmöglich, daß ihr dort durch irgend ein politisches Ereignis in näherer Zeit die entscheidende Rolle in die Hand gespielt wird. Gerade dann aber würde sie, da die Nachbarvölker noch nicht so weit sind, gleich den Independenten der englischen und den Jakobinern der französischen Revolution, national sein müssen, wenn sie ihre Herrschaft behaupten soll, d.h. sie würde ihre Befähigung zur leitenden Partei, bezw. Klasse, dadurch zu bekräftigen haben, daß sie sich der Aufgabe gewachsen zeigte, Klasseninteresse und nationales Interesse gleich entschieden wahrzunehmen.

Ich schreibe dies ohne jede chauvinistische Anwandlung nieder, zu der ich wirklich weder Anlaß noch Ursache habe, vielmehr lediglich in objektiver Untersuchung der Pflichten, welche der Sozialdemokratie in einer solchen Situation erwachsen würden. Mir steht die Internationalität heute noch so hoch wie zu irgend einer Zeit, und ich glaube auch nicht, daß sie durch die in den vorstehenden Zeilen entwickelten Grundsätze in irgend einer Weise verletzt wird. Nur wenn die Sozialdemokratie sich auf die dokrinäre Propaganda und das sozialistische Experiment beschränkte, würde sie den nationalpolitischen Fragen gegenüber in rein kritischer Haltung verharren können. Die politische Aktion aber ist schon an sich der Kompromiß mit der nichtsozialistischen Welt und nöthigt zu Maßnahmen, die nicht von vornherein sozialistisch sind. Im weiteren Verlauf wird indeß das Nationale so gut sozialistisch sein wie das Munizipale. Nennen sich doch schon heute Sozialisten demokratischer Staatswesen gern Nationalisten und sprechen unbedenklich von Nationalisierung des Grund und Bodens etc., statt sich auf den Ausdruck Vergesellschaftung zu beschränken, der sehr viel unbestimmter ist und mehr einen Notbehelf als eine Verbesserung jenes Wortes darstellt.

In dem Vorhergehenden ist im Prinzip schon der Gesichtspunkt angezeigt, von dem aus die Sozialdemokratie unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu den Fragen der auswärtigen Politik Stellung zu nehmen hat. Ist der Arbeiter auch noch kein Vollbürger, so ist der doch nicht mehr in dem Sinne rechtlos, daß ihm die nationalen Interessen gleichgültig sein können. Und ist die Sozialdemokratie auch noch nicht an den Macht, so nimmt sie doch schon eine Machtstellung ein, die ihr gewisse Verpflichtungen auferlegt. Ihr Wort fällt sehr erheblich in die Wagschale. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Heeres und der völligen Ungewißheit über die moralische Wirkung der kleinkalibrigen Geschütze wird die Reichsregierung es sich zehnmal überlegen, ehe sie eine Krieg wagte, der die Sozialdemokratie zu entschiedenen Gegnern hat. Auch ohne den berühmten Generalstreik kann die Sozialdemokratie so ein sehr gewichtiges, wenn nicht entscheidendes Wort für den Frieden sprechen und wird dies gemäß der alten Devise der Internationale so oft und so energisch tun, als dies nur immer nöthig und möglich ist. Sie wird auch, gemäß ihrem Verständigung nicht möglich ist, für Erledigung der Differenz auf schiedsrichterlichem Wege eintreten. Aber nichts gebietet ihr, dem Verzicht auf Wahrung deutscher Interessen der Gegenwart oder Zukunft das Wort zu reden, wenn oder weil englische, französische oder russische Chauvinisten an den entsprechenden Maßnahmen Anstoß nehmen. Wo es sich auf deutscher Seite nicht bloß um Liebhabereien oder Sonderinteressen einzelner Kreise handelt, die für die Volkswohlfahrt gleichgültig oder nachtheilig sind, wo in der That wichtige Interessen der Nation in Frage stehen, kann die Internationalität kein Grund schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber den Prätensionen ausländischer Interessen sein.

Es ist dies keine neue Auffassung, sondern einfach die Zusammenfassung des Gedankenganges, der fast allen Aeußerungen von Marx, Engels und Lassalle über Fragen der auswärtigen Politik zu Grunde liegt. Es ist auch keine den Frie-

den gefährdende Haltung, die damit empfohlen wird. Die Nationen gehen heute nicht mehr so leicht in den Krieg,und ein festes Auftreten kann unter Umständen dem Frieden dienlicher sein als fortgesetzte Nachgiebigkeit.

Die Doktrin vom europäischen Gleichgewicht gilt heute Vielen als überlebt, und in ihrer alten Form ist sie es auch. Aber in veränderter Gestalt spielt das Gleichgewicht der Mächte bei der Entscheidung internationaler Streitfragen noch eine große Rolle. Es kommt gelegentlich noch immer darauf an, eine wie starke Kombination von Mächten für eine bestimmte Maßnahme eintritt, um die Durchführung herbeizuführen oder zu verhindern. Sich für solche Fälle das Recht des Mitsprechens zu sichern, halte ich für eine legitime Aufgabe der deutschen Reichspolitik, und den entsprechenden Schritten prinzipiell zu opponiren für außerhalb des Aufgabenbereichs der Sozialdemokratie fallend.

Um ein bestimmtes Beispiel zu wählen. Die Pachtung der Kiautschoubucht ist seinerzeit von der sozialistischen Presse Deutschlands sehr abfällig kritisiert worden. Soweit diese Kritik sich auf die Umstände bezog, unter denen die Pachtung erfolgte, war sie das Recht, ja, die Pflicht der sozialdemokratischen Presse. Nicht minder richtig war es, auf das Entschiedenste der Einleitung oder Förderung einer Politik der Aufteilung Chinas zu opponiren, weil diese Aufteilung ganz und gar nicht im Interesse Deutschlands liegt. Wenn aber einige Blätter noch weiter gegangen sind und erklärt haben, die Partei müsse unter allen Umständen und grundsätzlich die Erwerbung der Bucht verurteilen, so kann ich mich dem durchaus nicht anschließen.

Das deutsche Volk hat kein Interesse daran, daß China aufgeteilt und Deutschland mit einem Stück Reich der Mitte abgefunden wird. Aber das deutsche Volk hat ein großes Interesse daran, daß China kein Raub anderer Nationen wird, es hat ein großes Interesse daran, daß Chinas Handelspolitik nicht dem Interesse einer einzelnen fremden Macht oder einer Koalition fremder Mächte untergeordnet werde – kurz, daß in Bezug auf alle China betreffenden Fragen Deutschland ein entschiedenes Wort mitzusprechen habe. Sein Handel mit China erheischt ein solches Einspruchsrecht. Insofern nun die Erwerbung der Kiautschoubucht ein Mittel ist, ihm dieses Einspruchsrecht zu sichern und es zu stärken – und daß sie dazu beiträgt, wird schwerlich bestritten werden können – liegt meines Erachtens darin ein Grund für die Sozialdemokratie, sich nicht prinzipiell gegen sie aufzulehnen. Von der Art, wie die Erwerbung eingeleitet, und den guten Reden, mit denen sie begleitet wurde, abgesehen, war sie nicht der schlechteste Streich der auswärtigen Politik Deutschlands. ...

Prinzipiell ist es für den Sozialismus oder die Arbeiterbewegung heute ganz gleichgültig, ob neue Kolonien Erfolge erzielen oder nicht. Die Vorstellung, daß die Ausbreitung der Kolonien die Verwirklichung des Sozialismus aufhalten werde, beruht zuletzt auf der ganz veralteten Idee, daß die Verwirklichung des Sozialismus von der zunehmenden Verengerung des Kreises der ganz Wohlhabenden und der steigenden Verelendung der Massen abhänge. Daß die erstere ein Märchen ist, ward in den früheren Abschnitten nachgewiesen, und die Elendstheorie ist nun so ziemlich allgemein aufgegeben worden, wenn nicht mit allen Konsequenzen und gerade heraus, so doch mindestens in der Form, daß man sie möglichst hinweginterpretiert. Aber selbst wenn sie richtig wäre, sind die Kolonien, um welche es sich heute für Deutschland handelt, auch entfernt nicht im Stande, so schnell auf die sozialen Zustände daheim zurückzuwirken, daß sie einen etwaigen Zusammenbruch auch nur um ein Jahr aufhalten könnten. In dieser Hinsicht hätte die deutsche Sozialdemokratie von der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches ganz und gar nichts zu fürchten. Und weil dem so ist, weil die Entwicklung der Kolonien, die Deutschland erworben hat (und von denen, die es etwa noch erwerben könnte, gilt das Gleiche), so viel Zeit in Anspruch nehmen wird, daß von nennenswerter Rückwirkung auf die sozialen Verhältnisse Deutschlands auf lange Jahre hinaus nicht die Rede sein kann, gerade aus diesem Grunde kann die deutsche Sozialdemokratie auch die Frage dieser Kolonien ohne Voreingenommenheit behandeln. Selbst von ernsthafter Rückwirkung des Kolonialbesitzes auf die politischen Verhältnisse in Deutschland kann nicht die Rede sein. Der Marinechauvinismus z.B. steht unzweifelhaft mit dem Kolonialchauvinismus in enger Verbindung und zieht aus ihm eine gewisse Nahrung. Aber er würde auch ohne ihn bestehen, wie Deutschland seine Marine hatte, lange ehe es an den Erwerb von Kolonien dachte. Immerhin ist einzuräumen, daß dieser Zusammenhang noch am ehesten geeignet ist, eine grundsätzliche Bekämpfung der Kolonialpolitik zu rechtfertigen.

Sonst liegt wohl Grund vor, bei Erwerbung von Kolonien stets deren Werth und Aussichten streng zu prüfen und die Abfindung und Behandlung der Eingeborenen, sowie die sonstige Verwaltung scharf zu kontrollieren, aber kein Grund, solchen Erwerb als etwas von vornherein Verwerfliches zu betrachten. Ihre, durch das gegenwärtige Regierungssystem gebotene politische Stellung verbietet der Sozialdemokratie, in diesen Dingen eine andere als kritisierende Haltung einzunehmen, und die Frage, ob Deutschland heute der Kolonien bedarf, kann hinsichtlich der Kolonien, die überhaupt noch zu haben sind, mit gutem Fug verneint werden. Aber auch die Zukunft hat an uns ihre Rechte. Wenn wir berücksichtigen, daß Deutschland zur Zeit jährlich ganz erhebliche Mengen Kolonialprodukte einführt, so müssen wir uns auch sagen, daß einmal die Zeit kommen kann, wo es wünschenswerth sein mag, mindestens einen Theil dieser Produkte aus eigenen Kolonien beziehen zu können. Wir mögen uns den Gang der Entwicklung in Deutschland so rasch wie nur möglich vorstellen, so werden wir uns doch darüber keinen Täuschungen hingeben können, daß in einer ganzen Reihe anderer Länder es noch eine geraume Zeit braucht, bis sie zum Sozialismus übergehen werden.

Wenn es aber nicht verwerflich ist, die Produkte tropischer Pflanzungen zu genießen, so kann es auch nicht verwerflich sein, solche Pflanzungen selbst zu bewirthen. Nicht das Ob, sondern das Wie ist hier das Entscheidende. Es ist weder nöthig, daß Besetzung tropischer Länder durch Europäer den Eingeborenen Schaden an ihrem Lebnsgenuß bringt, noch ist es selbst bisher durchgängig der Fall gewesen. Zudem kann nur ein bedingtes Recht der Wilden auf den von ihnen besetzten Boden anerkannt werden. Die höhere Kultur hat hier im äußersten Falle auch das höhere Recht. Nicht die Eroberung, sondern die Bewirthung des Bodens giebt den geschichtlichen Rechtstitel auf seine Benützung.

(Voraussetzungen ... , a.a.O. S.144-150)

Der Boxeraufstand richtete sich gegen die imperialistische Ausbeutung, insbesondere auch gegen die ‚Pachtung' der Kiautschou-Bucht.

Aufständische Hereros

Aus der Rede Kaiser Wilhelms II. bei der Verabschiedung der deutschen Truppen nach China („Hunnenrede")

„Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor 1 000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemcht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1 000 Jahre durch euch in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen deutschen auch nur scheel anzusehen!"

(Schulbuch 8 ... , a,a,O. S.133)

Politische Uebersicht.

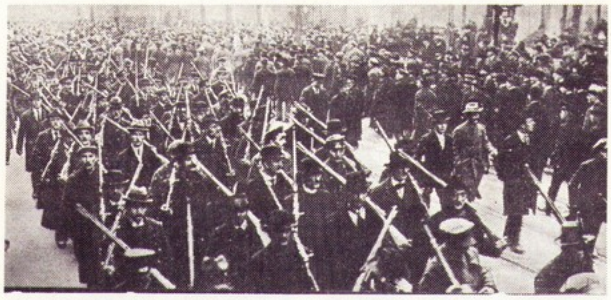
Die sozialdemokratische Fraktion für die Kriegskredite.

Die sozialdemokratische Fraktion faßte in einer Montag nachmittag abgehaltenen Fraktionssitzung den Beschluß, für die von der Regierung angeforderten Kredite zu stimmen. Durch Abgabe einer Erklärung wird sie ihren Beschluß begründen.

Reichstagsvorlagen.

Zustimmung zu den Kriegskrediten, ‚Vorwärts' 4. August 1914

„Wirtschaftsdemokratie" und „Aufbau neuer demokratischer Wirtschaftsformen" – Naphtalis Programm zur „Mitwirkung" der Arbeiteraristokratie an der Ausbeuterordnung der Monopole



Demonstration Berliner Arbeiter gegen die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, 5. Januar 1919. Die Jahre 1918-1923 waren die Periode eines großen Feldzugs der Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht. Die Bourgeoisie befand sich in der strategischen Defensive.

Noske Januar 1919 „Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden. Ich scheue die Verantwortung nicht!" Die Sozialdemokratie rief die Republik aus und ging daran, im Bündnis mit der Monopolbourgeoisie und den Generälen des Kaiserreichs, die bürgerliche Republik als Schutzwall gegen den Ansturm der Arbeiterklasse zu errichten. Die Arbeiterklasse wurde von der Bourgeoisie durch die Sozialdemokratie gespalten und an die bürgerliche Republik gefesselt. Hauptinstrument dabei waren die Gewerkschaften und die Politik der Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden.

Reichswehr in Freiberg (Sachsen), Oktober 1923. Nach dem Oktober 1923 stellte sich heraus, daß die KPD die Situation der strategischen Offensive der Arbeiterklasse versäumt hatte und daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft hatte stabilisieren können. Erneut herrschte der Belagerungszustand im Reich. Er hatte jedoch eine andere Funktion, als in den vorhergehenden Fällen. Es handelt sich um eine Konsolidierungskrise der Herrschaft der Bourgeoisie, die den Umschlag aus der Situation der strategischen Offensive der Arbeiterklasse in einen Zustand des strategischen Gleichgewichts bezeichnete.

Von der strategischen Offensive des Proletariats zur Konsolidierung der Herrschaft der Bourgeoisie. Beschluß des ADGB-Kongresses 1928 zur Wirtschaftsdemokratie

Was ist Wirtschaftsdemokratie?

Ausgehend von der Erkenntnis, daß das Wohl der Arbeiterklasse neben dem unverändert im Vordergrunde der gewerkschaftlichen Aufgaben stehenden Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidend abhängig ist von der Umwandlung des Wirtschaftssystems, erhebt der 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands von neuem die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften erblicken, wie es der Nürnberger Kongreß im Jahre 1919 schon erklärt hat, im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus. Diesen Weg deutlich zu zeigen und die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung auf diesem Wege zu führen, ist eine Aufgabe, die in erster Linie den Gewerkschaften zufällt. Nicht als fernes Zukunftsziel, sondern als täglich fortschreitender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar. In diesem Entwicklungsprozeß sind der organisierten Arbeiterschaft vielfältige Einzelaufgaben erwachsen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus. Damit werden auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterschaft und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft geweckt. Der Gegenstoß gegen die wirtschaftliche Autokratie des Unternehmertums ist bisher schon nicht erfolglos geblieben. Lebenswichtige Zweige der Wirtschaft werden bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hängen nicht mehr allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiter schlimmste Unfreiheit bedeutete. Sie werden gestaltet unter dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften und mitgeformt von Gesetzen, die der demokratisierte Staat gegen die Freiheit der Ausbeutung erlassen muß. Auch eine Wandlung des Eigentumsrechtes ist in ihren Anfängen sichtbar.

Diese Anfänge der Neuordnung erleichtern es der Arbeiterklasse, die Demokratisierung der Wirtschaft weiterhin in schnellerem Tempo zu fördern. Auf zwei Wegen ist die Kraft der Gewerkschaften hierfür einzusetzen. Auf der einen Seite stehen die Forderungen an die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung. Sie werden sich in dem Maße durchsetzen, als die Gewerkschaften und die politische Macht der Arbeiterschaft im demokratischen Staat sich Geltung und Einfluß erringen. Auf der anderen Seite stehen die Aufgaben des Aufbaues neuer demokratischer Wirtschaftsformen, die unmittelbar von der organisierten Arbeiterschaft selbst, ohne den Umweg über den Staat, zu erfüllen sind.

Zu diesen Aufgaben und Forderungen gehören die Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts, des sozialen Arbeitsschutzrechts, der Ausbau und die Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer im Betrieb, die paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in allen wirtschaftspolitischen Körperschaften, die Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, die Zusammenfassung von Industrien zu Selbstverwaltungskörpern, die Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, die Produktionsförderung in der Landwirtschaft durch genossenschaftliche Zusammenfassung und Fachschulung, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, die Förderung der Konsumgenossenschaften, die Durchbrechung des Bildungsmonopols.

Die Durchführung dieser Aufgaben wird nicht nur die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessern, sie wird gleichzeitig durch die Befreiung der Wirtschaft vom privaten Profitstreben die Lebensbedingungen der Gesamtheit auf eine höhere Stufe heben.

Dieser Kampf für eine neue Wirtschaftsordnung wird um so erfolgreicher geführt werden können, je geschlossener die Arbeiterklasse zusammenhält, je einiger sie sich für die Erringung ihrer Ziele einsetzt. Den Rahmen für diesen Befreiungskampf bilden die Verbände, unter deren Banner die Arbeiterschaft schon bisher von Erfolg zu Erfolg geschritten ist, bilden die von der Arbeiterschaft für die Arbeiterschaft geschaffenen Gewerkschaften.

Bundesvorstand und Bundesausschuß (Angenommen)

Von der „politischen" zur „wirtschaftlichen Demokratie" – Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die verschärfte Reaktion

Für die Begründer der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung war in der Erkämpfung der Demokratie sowohl die politische, wie auch die wirtschaftliche Befreiung mit einbegriffen. Die geschichtliche Erfahrung lehrte aber seitdem, daß erstens die politische Demokratisierung ohne „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" möglich ist, und daß zweitens die politische Demokratie noch keineswegs die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit bedeutete ... Die Demokratie bleibt (jedoch) ein notwendiger Ausgangspunkt und eine unerläßliche Voraussetzung für eine Reihe von Kämpfen und für die unermüdliche vielseitige Arbeit, als deren Folge die völlige, d.h. politische, kulturelle und wirtschaftliche Befreiung der arbeitenden Menschen erscheinen wird. Bei näherer Betrachtung stellt sich klar heraus, daß das Schlagwort von der bürgerlichen Demokratie insofern falsch ist, als für das Bürgertum die Demokratie nie das Ideal war und auch jetzt kein Ideal ist, sondern daß es sich nur unter dem Druck des proletarischen Kampfes mit der Demokratie abgefunden hat. Wenn man in gewissem Sinne vom Mißbrauch der Demokratie reden darf, so gibt es kein anderes Mittel, diesen Mißbrauch unmöglich zu machen, als dadurch, daß die Arbeiterklasse lernt, die Demokratie in ihrem Interesse zu gebrauchen und die bloß politische Demokratie zur sozialen auszugestalten ...

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die Beseitigung jeder Herrschaft und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft in solche der Allgemeinheit ...

Die Demokratie setzt aber auch die Vorstellung eines *Gemeinwesens* voraus. Wir können uns keine politische Demokratie vorstellen, ohne daß wir an den Staat denken. Der Staat aber ist ein Gemeinwesen, das heißt eine über allen einzelnen stehende öffentliche Körperschaft, die einen Gemeinwillen ausdrückt. Das Wesen der Wirtschaftsdemokratie ist daher erst erfüllt, wenn die Verfügung über die Produktionsmittel nicht mehr Einzelnen zu Privateigentum für private Zwecke zusteht, sondern ein Gemeinwesen der Wirtschaft, das einen wirtschaftlichen Gemeinwillen verkörpert, in dem nicht mehr der private Nutzen einzelner, sondern der Gemeinnutzen bestimmend ist.

(Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel. Frankfurt, 1966, S. 14-22)

Stresemanns imperialistisches Stufenprogramm. Aus einem geheimen Brief Stresemanns vom 7. September 1925 an den ehemaligen Kronprinzen: 1. Lösung der Reparationsfrage zugunsten Deutschlands, Aufhebung der Rheinlandbesetzung und Schaffung der Voraussetzungen für das Wiedererstarken Deutschlands. 2. Schutz der Auslandsdeutschen. 3. Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien. 4. Anschluß Österreichs. 5. Wiedergewinnung der deutschen Kolonien.

Am 10. August gab die Hermann-MüllerRegierung ihre Zustimmung zur ersten Rate für den mit 80 Millionen DM veranschlagten Bau des Panzerkreuzers A. Im Wahlkampf war sie gegen neue Rüstungsausgaben aufgetreten.

Aussperrung von Metallarbeitern durch die Imperialisten am 1. Nov. 1928. Die Belegschaften der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie forderten 15 Pfennig Lohnerhöhung und den 8-Stundentag. Der staatliche Schiedsspruch lautete auf 2 Pfennig Lohnerhöhung und keine Arbeitszeitverkürzung. Der Arbeitgeberverband wies sogar diesen Schiedsspruch zurück. Dem Proletariat sollte eine vernichtende Niederlage zugefügt und damit die Voraussetzungen für umfassende Lohnsenkungen geschaffen werden.

Ende 1928 untersagte der Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, alle politischen Veranstaltungen unter freiem Himmel und hielt dieses Verbot auch für den 1. Mai 1929 aufrecht. Trotzdem demonstrierten 200 000 Arbeiter. Bei Zusammenstößen mit der Polizei gab es 31 Tote.

Besetzung des Berliner Gewerkschaftshauses durch die SA, 2.Mai 1933. Dazu das Reichsarbeitsgericht: „Der Kampf der NSDAP richtet sich insbesondere gegen den Marxismus, gegen den Klassenkampf und damit auch gegen die freien Gewerkschaften als diejenigen Organisationen, in denen der Klassenkampf seinen stärksten Ausdruck gefunden hat ... An die Stelle des dem Klassenkampf eigenen Gegensatzes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (trat) die Verschmelzung aller arbeitenden Menschen in einer höheren Volks- und Gesinnungsgemeinschaft."

Lenin Ergebnis und Bedeutung der Präsidentschaftswahlen in Amerika

Zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde der „Demokrat" Wilson gewählt. Er erhielt über 6 Millionen Stimmen, Roosevelt (neue „Nationale Progressive Partei") über vier Millionen Stimmen, Taft („Republikanische Partei") über drei Millionen. Der Sozialist Eugene Debs erhielt 800 000 Stimmen.

Die internationale Bedeutung der Wahlen in Amerika besteht nicht so sehr in der starken Zunahme der sozialistischen Stimmen, die Bedeutung der amerikanischen Wahlen besteht in der tiefen *Krise der bürgerlichen Parteien,* in der erstaunlichen Klarheit, mit der ihre Zersetzung zutage trat. Schließlich liegt die Bedeutung der Wahlen in dem ungewöhnlich klaren und deutlichen Hervortreten des *bürgerlichen Reformismus* als eines Mittels zur Bekämpfung des Sozialismus...

Die neue Partei ist ein Produkt der Gegenwart, die die Frage der Existenz des Kapitalismus überhaupt aufwirft. In Amerika, dem freiesten und fortgeschrittensten Land, rückt diese Frage immer klarer, in immer größerem Ausmaß auf die Tagesordnung.

Das ganze Programm, die ganze Agitation Roosevelts und der „Progressisten" geht darum, wie man den *Kapitalismus* retten könne vermittels ... *bürgerlicher Reformen.*

Das bürgerliche Reformertum, das sich im alten Europa als Geschwätz liberaler Professoren äußert – dieses bürgerliche Reformertum trat in der freien amerikanischen Republik mit einem Schlage als Vier-Millionen-Partei in Erscheinung. Das ist echt amerikanisch.

Diese Partei sagt: Wir werden den Kapitalismus durch Reformen retten. Wir werden die fortschrittlichsten Fabrikgesetze erlassen. Wir werden die staatliche Kontrolle über *alle* Trusts (in Amerika heißt das: über die *gesamte* Industrie!) einführen. Wir werden die staatliche Kontrolle über sie einführen, damit es kein Elend gebe, damit alle einen „anständigen" Lohn erhalten. Wir werden die „soziale und industrielle Gerechtigkeit" herstellen. Wir geloben und schwören bei *allen* Reformen ... wir wollen nur eine „Reform" nicht: die Enteignung der Kapi*talisten!*

Der gesamte Nationalreichtum Amerikas beläuft sich auf 120 Milliarden Dollar, d. h. etwa 80 Milliarden Rubel, *zwei* Trusts, Rockefeller und Morgan, oder wird von ihnen kontrolliert! Nicht mehr als 40 000 Familien, die diese zwei Trusts bilden, sind die Herren von 80 Millionen Lohnsklaven.

Angesichts dieser modernen Sklavenhalter sind alle „Reformen" naturgemäß bloßer Betrug. Roosevelt ist von den gerissenen Milliardären *wissentlich* gedungen, um diesen Betrug zu propagieren. Die „staatliche Kontrolle", die er verspricht, wird sich, wenn die Kapitalisten das Kapital behalten, in ein Mittel zur Bekämpfung und Abwürgung von Streiks verwandeln.

(Lenin Werke Bd.18. Berlin, 1969. S. 395-397)

Konzentration der Produktion

	Betriebe mit 5-49 Beschäftigte		über 50 Beschäftigte	
	abs.	%	abs.	%
(1925)	(3315987)		(6443399)	
1926	2863535	32,3	6019209	67,7
1928	3268465	30,5	7440497	69,5
1932	2258392	34,1	4371779	65,9
(1933)	(1953811)		(3995580)	

	Zahl der A.G.	Nomin. Kap. in Mill. RM
1913	5486	3,2
1919	5345	
1923	16362	– davon 7019
1924	17074	– Neugründungen!!
1925	13010	19120,9
1928	11690	22884,7
1931	10437	24653,4
1932	9634	22263,9

1925 entstand in Deutschland der größte Chemietrust Europas, die Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG (IG Farben) mit 78 in- und ausländischen Betrieben, in denen 1929 etwa 120000 Arbeiter beschäftigt waren. Der Trust beherrschte nahezu 100 Prozent der synthetischen Treibstoffproduktion, 80% der deutschen Farben- und Stickstoffproduktion, 40% der pharmazeutischen und 25% der Kunstseideproduktion.
1926 schlossen sich rheinisch-westfälische monopolistische Bergbau- und Hüttenunternehmen zur Vereinigten Stahlwerke Aktiengesellschaft zusammen. Sie beherrschte zwei Fünftel der Eisen-und Stahlproduktion, und fast ein Viertel der gesamten Steinkohleproduktion. In den Betrieben dieses riesigen Konzerns wurden etwa 200000 Arbeiter ausgebeutet. (insgesamt in der Industrie Beschäftigte 1925: 12 752 704)

Der „demokratische Staat" soll die Monopole kontrollieren – Betrug an der Arbeiterklasse

Was vollzieht sich in dieser kapitalistischen Entwicklung? Die entscheidende Erscheinung der letzten Jahrzehnte, besonders unterstrichen in den letzten Jahren und in dauernd beschleunigtem Fortschritt begriffen, ist die Wandlung des Kapitalismus von einer Wirtschaft der freien Konkurrenz zu einer Wirschaft der monopolistischen Organisation. Der Kapitalismus in seiner ursprünglichen Form ist beherrscht von der freien Konkurrenz. Die freie Konkurrenz unter den Unternehmungen ist der Regulator der Richtung der Produktion in der kapitalistischen Wirtschaft, ein Regulator, der immer jämmerlich schlecht funktioniert hat, der immer nur den Ausgleich von Mißständen auf dem Wege schwerer Krisen, die mit unendlichen Leiden für die Arbeiterklasse verbunden sind, erzielen kann.

Aber dieser Regulator der freien Wirtschaft war doch die Grundlage und das Prunkstück aller liberalen Ökonomen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem als das beste und vielfach als das allein mögliche zu preisen versuchten. Nun schwindet mit der Entwicklung zum Hochkapitalismus diese Säule der Verherrlichung des Systems mehr und mehr dahin. Wenn die sozialistische Kritik des Wirtschaftssystems schon immer betont hat, daß die kapitalistische Produktionsanarchie trotz des angeblichen Regulators der freien Konkurrenz zu Fehlleistungen, Verschwendung und sich immer wiederholenden Krisenerschütterungen führen muß, so hat sich der Kapitalismus in seiner neueren Entwicklung selbst zur Unmöglichkeit der freien Konkurrenz, die angeblich die Grundlage einer allgemeinen Harmonie werden sollte, bekannt, *der Kapitalismus selbst hat Organisationselemente eingebaut in das System der freien Wirtschaft.*

Auf immer weiteren Gebieten der Wirtschaft geben die Unternehmungen mehr oder minder große Teile ihrer Handlungsfreiheit auf zugunsten der Eingliederung in neue, über der Unternehmung stehende gesellschaftliche Bindungen. Die wirtschaftliche Herrschaftstellung, die früher bei den einzelnen Unternehmungen und ihren Leitern konzentriert war, verschiebt sich in wachsendem Maße zu den, die moderne kapitalistische Wirtschaft durchdringenden Zusammenschlüssen. Den neuen Formen der kapitalistischen Bindungen gemeinsam ist das *Streben nach einer Beherrschung des Marktes...*

Diese *Durchorganisierung des Kapitalismus hat an sich nichts mit einer Demokratisierung der Wirtschaft zu tun,* im Gegenteil findet hier eine kapitalistische Zusammenballung der Macht statt, die zunächst geeignet ist, die autokratische Stellung des Unternehmertums in der Wirtschaftsführung noch stärker zu betonen und in Erscheinung treten zu lassen, als in der Periode der freien Konkurrenz. Auch im Verhältnis der Unternehmer untereinander kann bei den monopolistischen Organisationsformen nicht etwa von einer Demokratisierung die Rede sein, sondern die Herrschaft der großen und starken über die mittleren und kleineren Unternehmungen wird dabei mit aller Schroffheit durchgesetzt.

Aber so verfehlt es wäre, den hochkapitalistischen Charakter der neuen Organisationsform zu verkennen, so wenig ist zu bezweifeln, daß von dieser Entwicklung zum organisierten Kapitalismus in letzter Linie ein *großer Antrieb in der Richtung zur Demokratisierung* der Wirtschaft ausgehen muß und stellenweise bereits auszugehen beginnt. Gerade weil sich hier die Macht der einzelnen kapitalistischen Gruppen übersteigert, gerade weil sie bis zur völligen Berherrschung der Märkte fortschreiten kann, ruft sie zwangsläufig die Erkenntnis wach, daß hier innerhalb der Unternehmungsorganisationen *Entscheidungen* über das wirtschaftliche Wohl und Wehe gefällt werden, *die nicht mehr in der Sphäre des Privaten bleiben können, sondern zur Gemeinschaftssache werden müssen.*

Gegenüber den höchsten Formen autokratischer Wirtschaftebeherrschung erwächst die Gegenbewegung, die den Ruf nach Unterordnung der Führung der großen Unternehmungsorganisationen unter das Gemeinschaftsinteresse, vertreten durch den Staat, erhebt.

Die Entwicklung der Monopolorganisationen hat das Problem ihrer Kontrolle bereits heute zu einer anerkannten und umstrittenen Frage der wirt schaftlichen Gesetzgebung gemacht. Für die Arbeiterschaft, die die zentrale Bedeutung der neuen Machtgebilde für die Gestaltung der Gesamtwirtschaft erkannt hat, wird der Ruf, die *Gemeinschaft,* vertreten durch den demokratischen Staat, *über die privatkapitalistischen Monopole zu setzen,* zu einer unmittelbaren Aufgabe der Wirtschaftpolitik.

Die *Kontrolle des Staates* mit besonderen Organen, in denen die Vertreter der Wirtschaft, das heißt für uns immer: gleichberechtigt die Vertreter der Gewerkschaften, eingeschaltet sind, muß die Handlungsfreiheit der großen wirtschaftlichen Organisationen beschränken unter den Gesichtspunkten des Gemeinwohls. Diese Beschränkung der wirtschaftlichen Verfügungsfreiheit bahnt den Weg zum Wandel in den Funktionen des Eigentums an den Produktionsmitteln.

Da es bei diesem Entwicklungsprozeß nicht nur einen wachsenden Einfluß des Staates auf die organisierte kapitalistische Wirtschaft gibt, sondern da auch die großen organisierten Wirtschaftsmächte ihrerseits den Einfluß auf den Staat mit allen Mitteln erstreben, so muß der Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, der hier, wie auf den meisten Gebieten, sich zugleich als ein wirtschaftlicher und als politischer Kampf darstellt, *neben der Staatskontrolle auch um die Teilnahme der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter an der Führung der großen Monopolorganisationen geführt werden.*

(Naphtali, Protokoll des 13. Kongresses der ADGB, Berlin, 1928. S. 175-178).

Öffentliche Betriebe, Konsumgenossenschaften und Gewerkschaftsbetriebe – Eindringen von „unkapitalistischen Elementen" in „die Wirtschaft"

Öffentliche Betriebe – „Ansätze zur Überwindung des herrschenden Wirtschaftssystems"

Neben der Tendenz zur privatkapitalistischen Organisation hat in der modernen Wirtschaftsentwicklung die Tendenz zur *Ausdehnung der öffentlichen Betriebe* eine besondere Bedeutung. Im demokratisch organisierten und regierten Staat, in der demokratisch organisierten und verwalteten Gemeinde trägt der öffentliche Betrieb auch demokratische Prinzipien in die Wirtschaft hinein. Wirtschaftliche Betriebe sollen hier der Herrschaft des Volkes unterworfen sein. Die für diese wirtschaftlichen Betriebe zuletzt verantwortliche Stelle ist die Volksvertretung, das gleiche Organ, das für die Vertretung aller anderen Interessen durch allgemeine Wahl gebildet wird. Das Entstehen öffentlicher Betriebe reicht zwar weit in die Zeit vor der Demokratisierung des Staates zurück; aber ihre große Ausdehnung, ihre entscheidende Bedeutung auf den Gebieten der Versorgung mit Licht, Wasser und Kraft wie auf dem Gebiete der Verkehrsmittel ist doch ein Kennzeichen der Entwicklung der letzten Jahrzehnte, und im besonderen ist hervorzuheben, daß auch der Krieg die Einflußsphäre des Staates und der Gemeinden, besonders in Deutschland, erheblich erweitert hat. Wie sehr es sich hier um eine Entwicklung handelt, die im Zeichen der Demokratisierung steht, die Ansätze zu einer Überwindung des herrschenden Wirtschaftssystems in sich birgt, dafür ist vielleicht nichts charakteristischer, als der leidenschaftliche Kampf, der von der Unternehmerschaft, besonders von ihren Spitzenverbänden, gegen diese Entwicklung geführt wird.

Wir werden demgegenüber uns davor hüten, die Bedeutung des Vordringens der öffentlichen Betriebe in der Gegenwart für die Wandlung des Wirtschaftssystems zu überschätzen. ...Der Staats- und Kommunalbetrieb *kann vor allen Dingen* auf den Gebieten, auf denen es sich um eine Massenversorgung der Bevölkerung handelt, und auf den Gebieten, auf denen natürliche und technische Gründe Monopolstellungen erzwingen, eine Pionierrolle spielen in dem Aufbau einer Gemeinwirtschaft, die zwar auch immer das Prinzip der Wirtschaftlichkeit wahren muß, bei der aber das Profitstreben nicht mehr der ausschlaggebende Gesichtspunkt für die Wirtschaftsführung ist.

Naphtali, ADGB-Kongreß 1928, a.a.O., S.180 f

Ebenso wie in der Preisfrage, so sind auch in der Arbeiterfrage den sozialpolitischen Bestrebungen der öffentlichen Betriebe selbstverständlich Grenzen gesetzt: wie die Verbilligung des Gases zugunsten der Konsumenten auf gewisse Grenzen stößt, so kann auch die Erhöhung der Löhne der Gaswerksarbeiter nicht grenzenlos vor sich gehen. ...

Die Verantwortung jeder einzelnen Arbeitergruppe für die gesamte Arbeiterschaft wächst gerade auch durch den Übergang der Massenversorgung von dem Privatkapital auf öffentliche Körper aus der Hand der besitzenden Klasse in die Hand der Arbeitermehrheit. Ein Streik in Gas- und Wasserwerken wird heute nur mit äußerster Vorsicht angewandt, da das Wohl und Wehe von Millionen Arbeiterfamilien auf dem Spiel steht. Aber je stärker der Einfluß der Arbeitervertreter in den Organen des Gemeinwesens, um so seltener wird man zu dieser Waffe zu greifen gezwungen sein.

Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, a.a.O. S.77,79

Konsumgenossenschaften, Gewerkschaftsbetriebe

Wenn die Wirtschaft der Öffentlichen Hand eine Form ist, in der der kapitalistischen Beherrschung der Produktionsmittel schon in der Gegenwart Boden abgewonnen wird, so ist sie doch nicht die einzige Form, in der sich neue Eigentumsverhältnisse durchsetzen. Ihr zur Seite tritt heute noch geringer in der Bedeutung, aber doch ständig wachsend, *der Bezirk des Wirtschaftslebens den sich die Arbeiterschaft durch eigene Organisation, durch Selbsthilfe erobert,* in erster Linie durch die Ausbreitung der Konsumgenossenschaften. Die *Konsumgenossenschaften* bauen von der Seite des Handels her ein *unkapitalistisches Element* in die moderne Wirtschaft hinein. Sie stellen eine demokratische Wirtschaftsform dar, weil in ihnen das Recht der Beteiligung an der Wirtschaftsführung nicht abhängig ist von der Größe der Kapitalbeteiligung, sondern von der Mitgliedschaft der Personen. Sie verwirklichen ein antikapitalistisches Prinzip, weil sie keinen Profit erzielen, weil sie Überschüsse, soweit sie verteilt werden, nicht nach der Kapitalbeteiligung, sondern nach der Höhe des Warenbezugs zurückvergüten. Sie bilden Ansatzpunkte für eine planvolle Produktion, weil sie nicht für den freien Markt, sondern für einen organisierten Bedarf arbeiten...

Neben der bedeutsamen Eigenwirtschaft der Arbeiterklasse in der Gestalt der Konsumgenossenschaften hat auf einigen Gebieten auch das *unmittelbare Eindringen gewerkschaftlicher Arbeit in die Wirtschaft* eine wachsende Bedeutung. Ich erwähne hier in erster Linie die neuartigen Formen, die nach dem Kriege in Deutschland auf dem Gebiete des *Bauwesens* und der *Wohnungsfürsorge* sich entwickelt haben, die ihre Spitze im Verband sozialer Baubetriebe und in der Dewog haben. Ich erwähne weiter die Verselbständigung in der Verwaltung der gewerkschaftlichen Gelder und der Arbeitererspamisse, die durch die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten einen verheißungsvollen Anfang genommen hat...

Ich zweifle nicht daran , daß auch in der Richtung der Entwicklung dieser Eigenwirtschaft der Gewerkschaften noch manches Terrain der kapitalistischen Wirtschaft abgerungen werden kann.

(Naphtali, ADGB-Kongress 1928, a.a.O., S. 184)

Der Staat, geschäftsführender Ausschuß der Bourgeoisie, verwandelt mehr und mehr gesellschaftliche Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten seiner Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie

Prozentanteil der öffentlichen Hand an der Förderung

	1913	1920	1925
Steinkohle	6,90	10,90	10,10
Koks	4,30	8,20	8,10
Braunkohle	0,40	0,90	7,20
Braunkohlenbrikette	0,05	0,03	3,17
Rohkali	?	4,30	5,60
Siedesalz	21,00	28,10	40,70
Eisenerz	10,60	12,00	18,80
Blei	?	30,20	35,10
Aluminium	64,20	65,60	74,00
Elektrizitätsversorgung			
a) über 50% öffentl. Hand			76,80
b) unter 50% öff.Hand	23,60	32,10	9,40
Gas	84,00	86,00	87,00
Eisenbahnen		92,20	
Straßenbahnen			
a) über 50% öffentl. Hand	50,00	62,00	72,00
b) unter 50% öff.Hand		21,00	21,00
c) privat	50,00	17,00	7,00
Forstwirtschaft	65,00	?	?

Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur mußte der imperialistische Staat ausgerichtet werden, die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst unterdrückt und von den übrigen Arbeitern und Angestellten abgespalten werden. Ein Mittel dazu war die drastische Senkung der Angestellten- und Beamtengehälter im Öffentlichen Dienst. Im Oktober 1931 wurde dann auch für die Gemeindearbeiter eine Kürzung der Stundenlöhne ohne Rücksicht auf die laufenden Verträge ermöglicht.

Gewerkschaftsbeiträge in Kapital verwandelt

Einlagen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G.

1923	200000 RM.	1926	36137250 RM.
1924	9417324 RM.	1927	79113651 RM.
1925	21218797 RM.	1928	117352874 RM.

Verteilung der Kredite der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G. (Stichtag: 31. Dezember 1928)

1. Öffentlich-rechtliche Institutionen ..... rund 43,69 %

a) staatliche Stellen ..... rund 4,22 %
b) provinzielle Stellen ..... rund 5,90 %
c) sonstige Kommunalverbände ..... rund 27,29 %
d) kommunale Wirtschaftsbetriebe ..... rund 4,20 %
e) Sozialversicherungsinstitute ..... rund 2,08 %

2. Betriebe und Organisationen der Arbeitnehmerschaft ..... rund 53,58 %

a) Bauherren-Organisationen ..... rund 23,64 %
b) Bauproduktivbetriebe ..... rund 1,16 %
c) sonstige der Güterproduktion oder Verteilung dienende Organisationen ..... rund 28,78 %

3. Sonstige Kreditnehmer ..... rund 2,73 %

Anteil der Ausgaben der gesamten Verbände des ADGB auf Arbeitskämpfe

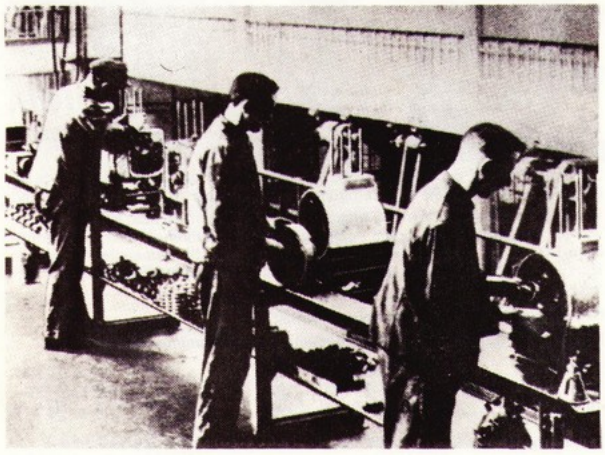
Jahr	In % der Gesamtausgaben		
1891	66 Prozent	1925	23 Prozent
1900	34 Prozent	1928	17 Prozent
1905	46 Prozent	1929	6,5 Prozent
1910	35 Prozent	1930	4,1 Prozent
1913	23 Prozent		

Die „Arbeiterschaft" soll die Rationalisierung „grundsätzlich bejahen"

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zu dem Problem, das heute für die Arbeiterschaft in den Betrieben wohl das dringendste und am meisten umstrittene ist, zu dem Problem der *Rationalisierung*. In der kapitalistischen Wirtschaft hat die Rationalisierung notwendigerweise für die Arbeiterklasse ein doppeltes Gesicht. Das Ziel jeder Rationalisierung ist die Verringerung der Unkosten, mit denen ein bestimmtes Arbeitsergebnis erreicht werden kann. Soweit diese Verringerung auf technischem Fortschritt, auf einer Erhöhung der Produktivität der Arbeit durch eine bessere Zusammenfassung der Kräfte und durch bessere betriebliche Organisation beruht, wird sie auch von der Arbeiterschaft grundsätzlich bejaht; denn wir wissen, daß nur die höchste Steigerung der Arbeitsproduktivität die ökonomischen Voraussetzungen für eine Verwertung der Arbeitskraft in der Welt schafft, und daß nur sie die ökonomischen Voraussetzungen eines Kulturlebens für alle Menschen hervorbringen kann. Diese Tendenzen des technisch-organisatorischen Fortschritts müssen wir deshalb bejahen, selbst wenn wir sehen, daß sie zunächst stellenweise durch Erzeugung neuer Arbeitslosigkeit mit Leiden für die Arbeiterschaft verbunden sind, die durch den Ausbau der Versicherung zwar gemildert sind, aber nicht beseitigt werden können ...Sie (die Arbeiterklasse) bejaht den technisch-organisatorischen Fortschritt als eine notwendige Entwicklungserscheinung selbst dort, wo sie Schattenseiten, die er hervorruft, zunächst nicht auszuschalten vermag. Die Arbeiterschaft knüpft natürlich die Forderung der unmittelbaren Anteilnahme der Arbeiter an den Früchten der Rationalisierung, die in Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zum Ausdruck kommen muß. ...

(Es ist) eine dringende Forderung der Gewerkschaften, das *Mitbestimmungsrecht* der Arbeiter, überbetrieblich vertreten durch die Gewerkschaften, bei der Durchführung im einzelnen Betriebe, vertreten durch die Betriebsräte, bei allen Neuordnungen der Arbeitsgestaltung, bei allen Prozessen der Rationalisierung durchzusetzen und zu erkämpfen.

(Naphtali, ADGB Kongreß 1928, a.a.O., S. 185)



„Die Epoche der Rationalisierung (dagegen) verfolgte das Ziel exakt produktiver Verwendung der Arbeitskräfte. Dies war nur mit Hilfe einer straffen *Betriebs-wie Arbeitsdisziplin* zu erreichen. Das *Tempo der Arbeit* wurde, soweit Fließfertigung vorlag, von der Mechanik bestimmt, bei sonstigen Arbeitsweisen aber durch genaue Stückkalkulation sowie durch scharf durchdachte Entlöhnungsmethoden maximal zu gestalten gesucht. Eine ganze Reihe neuer Akkordberechnungsgrundlagen wurden erfunden – wie vor allem das damals noch ganz auf Akkordberechnung aufgebaute Refa-System – , unter denen zeitweilig das aus Amerika kommende Bedaux-System auch die sozialpolitische Situation beherrschte. Einer optimalen, d.h. nicht nur der Betriebskalkulation, sondern ebenso der Arbeitsfähigkeit angepaßten Arbeitsweise diente die immer stärkere Beachtung des *Arbeitsrhythmus*. „Unproduktive" Arbeitsgänge, insbesondere Transporte, wurden auf mechanische Weise und durch entsprechnde Ordnung des Produktionsprozesses zu beseitigen gesucht. Aus der menschlichen Arbeit sollte der höchste Nutzeffekt herausgeholt werden. Diesem Zwecke diente ein bis dahin unbekannter Grad der *Arbeitszerlegung* in kleinste Teilarbeitsstücke, die durch möglichst einfache, aber infolge Schulung und Übung umso raschere Arbeitsbewegungen den höchsten Wirkungsgrad der Leistung aus dem Arbeitenden zu erzielen trachteten. ...Dem Stande der Arbeitsteilung entsprach eine stark *zunehmende Inanspruchnahme angelernter Kräfte* und unter diesen der für mechanische Arbeiten angeblich geeigneteren (aber auch billigeren) Arbeiterinnen. Die Arbeitsrationalisierung hatte somit eine außerordentliche *Vermehrung der einförmigen*, den Intellekt nur wenig oder gar nicht, dafür die Arbeitsgeschicklichkeit umso mehr beanspruchenden Arbeitsverrichtungen zur Folge.

Preller. Sozialpolitik, a.a.O. S.129

Theorie der Wirtschaftsdemokratie – Propagierung der verschärften Ausbeutung und Teilnahme der Arbeiteraristokratie an der Ausbeuterordnung der Monopole

Es ist der Gewerkschaftsbewegung gelungen, einer entscheidenden kapitalistischen Tendenz entgegenzutreten und sie zu überwinden; die Tendenz der Verelendung. Die Tendenz des wachsenden Elends des Proletariats ist durch die moderne Arbeiterbewegung überwunden worden. Ich will nicht darüber streiten, wieviel erreicht ist, wie man das Erreichte werten soll, aber die Verelendungstendenzen sind überwunden und der Aufstieg der Arbeiterklasse ist vorhanden, mag man ihn auch noch für viel zu langsam halten.

(Naphtali, ADGB-Kongreß 1928, a.a.O., S.175)

„Wir sehen das Wirken eines Gesetzes, das man als das Gesetz von der abnehmenden Herrschaft des Eigentums über den Menschen bezeichnen kann. Dieses Gesetz ist bereits von Lassalle in unvergeßlichen Worten ausgesprochen worden. Diese Grundanschauung Lassalles, die auch für den Gang der wirtschaftlichen Sozialisierung und die Erfassung ihres Wesens von Bedeutung ist, erhält durch die arbeitsrechtliche Regelung, die er noch nicht vor sich gesehen hat, eine neue Beleuchtung. In der Tat: Die arbeitsrechtliche Regelung ist eine weitere Etappe im Abbau des Eigentums.

Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, a.a.O., S. 150

Die durchschnittlichen Löhne der Industriearbeiter in Deutschland in den Jahren 1913/14 – 1930:

Jahr	Tar.Wochenlohn in Mark	Prozentsatz der übertarif.Bezahl.	Gesamtlohn in Mark	Lebenshaltungsindex
1913/14	30,00	3 %	31,05	100,0
1924	38,23	5 %	32,10	127,6
1925	38,23	8 %	41,29	139,7
1926	41,07	6 %	43,43	141,2
1927	43,20	11 %	47,73	147,6
1928	46,32	11 %	51,42	151,7
1929	48,54	9 %	52,91	143,8
1930	49,19	4 %	51,16	147,3

„Die Wochenverluste durch soziale Lasten und Steuern sind von 6% des Lohnes im Jahre 1913/14 auf 13% im Jahre 1930 gestiegen; Durchschnittlicher Wochenverlust durch soziale Lasten und Steuern 1913/14: 1,86Mk.,1930:6,65Mk.nominell oder 4,53 Mk. real.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern

Jahr	Prozentsatz der Erwerbslosen	Prozentsatz der Kurzarbeiter
1907-1913	2,3	
1913	2,9	
1924	13,5	15,3
1925	6,6	8,6
1926	18,0	16,0
1927	8,7	3,4
1928	8,6	5,7
1929	13,2	7,5
1930	23,0	13,8

Eine aus bürgerlichen Kreisen stammende Zusammenstellung schätzt für Mitte 1931 die Zahl der Personen, die von öffentlichen Renten leben (Sozialfürsorge, Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden, Kriegsrentner) mit 15 Millionen.

Durchbrechung des gesetzlichen 8-Stunden-Tages

Die Arbeitgeber hatten schon lange darauf hingewiesen , daß der Achtstundentag, als Höchstarbeitszeit, wie ihn die Demobilisierungsverordnung vom November/Dezember 1918 vorsah, in vielen Fällen zu schweren Belastungen der Produktion geführt hätte, insbesondere in der vordem mit zwei 12-stündigen Schichten arbeitenden Schwerindustrie, aber auch für den Bergbau, in dem 7 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt vorgeschrieben waren. Sie plädierten daher, als 1922 ein endgültiges Arbeitszeitgesetz zur Diskussion gestellt war, für die Beseitigung des „schematischen 8-Stunden-Tags". Der Produktionsapparat der deutschen Wirtschaft, wie die notwendigen Mehrleistungen zur Erfüllung der Reparationen verlangten nach ihrer Auffassung eine Arbeitszeit von 9-10 Stunden. Nun griffen die „Sozialistischen Monatshefte", seit je Außenseiter des Sozialismus und Organ des Revisionismus in Deutschland, das Thema auf. In einer wohlvorbereiteten Aktion wurde von Max Schippel und Julius Kaliski die Frage des Achtstundentags vom produktionspolitischen Gesichtspunkt aus erörtert. Sie kamen zum Ergebnis, daß die deutsche Wirtschaft eine Mehrproduktion zum Aufbau und zur Erfüllung ihrer außenpolitischen Verpflichtungen benötige, und daß aus diesem Grunde der 1918 von der Zentralarbeitsgemeinschaft vereinbarte Achtstundentag vorübergehend suspendiert werden müsse."

„Das Jahr 1924 setzte mit einem außerordentlich starken Anschwellen der über 48-stündigen Wochenarbeitszeit ein. Nur 2/5 der Arbeiterschaft arbeiteten nun noch 48 Stunden, die Mehrzahl über 48 Stunden, meist (zu einem Drittel) 51 bis 54 Stunden, d.h. durchschnittlich 8 ½ bis 9 Stunden täglich, ein Achtel (13%) gar über 54 bis zu 60 Stunden."

(Preller,C. Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Düsseldorf, 1968, S. 146)

Mitwirkung der Arbeiteraristokratie zur „reibungslosen" Durchsetzung der Rationalisierung

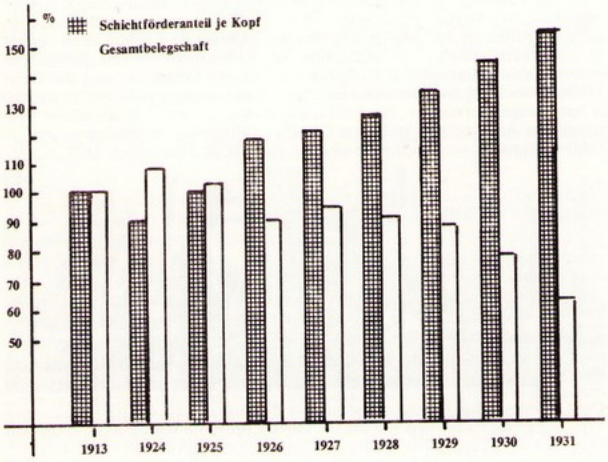
Die Vertreter der Arbeitnehmerschaft sollen nicht eine von außen beaufsichtigende und kontrollierende Funktion ausüben, sondern sie sollen von innen mitarbeiten, sie sollen an der Geschäftsleitung dieser Organisationen mit den gleichen Rechten beteiligt sein, die anderen Mitgliedern der Geschäftsführung zustehen. *(in: Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, a.a.O., S.40/41)*

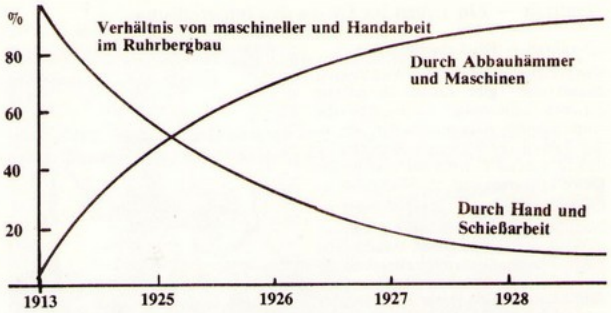
Wenn man sich ein Urteil über die bisherige Wirksamkeit der Regelung der Kohlen- und Kaliwirtschaft auf dem Wege der Selbstverwaltung mit Staatsaufsicht gewinnen will, so muß man drei Arbeitsbereiche unterscheiden.
Erstens die Förderung der technischen Entwicklung, zweitens die Gestaltung der wirtschaftlichen Organisation in der Produktion und im Vertrieb, die vor allen Dingen im Aufbau der Syndikate ihren Ausdruck findet, und drittens in der Preispolitik, die im eigentlichsten Sinne die Frage der Gemeinwirtschaft, nämlich die Beziehung des Bergbaues zu den Zweigen der Wirtschaft, die Kohle oder Kali verbrauchen, also seine Einordnung in die Gesamtwirtschaft berührt.

Was die technische Entwicklung anbelangt, so wird allgemein anerkannt, daß in den Sachverständigenausschüssen wertvolle Arbeit zur Förderung der Rationalisierung geleistet worden ist. Die Tatsache, daß hier ein ständiges Zusammenwirken von Vertretern der Unternehmer mit den Vertretern der Arbeiter und Angestellten gegeben war, hat sicherlich dazu beigetragen, die Reibungen in dem starken technischen Umwälzungsprozeß des Bergbaues in der Nachkriegszeit zu vermindern. Auf der anderen Seite ist durch die lose Hilfstellung, die hier den Organen der Selbstverwaltung zugefallen ist, jedenfalls jede bürokratische Hemmung in der starken technischen Neugestaltung des Bergbaus vermieden worden ...

Als positiven Faktor wird man auf dem Gebiet der Wirtschaftsgestaltung zu werten haben, daß der Prozeß der Rationalisierung durch Betriebskonzentration jedenfalls auf den wichtigsten Gebieten, z.B. bei der Ruhrkohle, sich unter der Herrschaft des Syndikats in starkem Maße vollzogen hat, und daß er mit geringeren Reibungsverlusten ohne Zweifel verbunden war als z. B. ähnliche Entwicklungen im nichtorganisierten englischen Bergbau. (In der Kaliwirtschaft) ... hatten der Reichskalirat, die Kaliprüfungsstelle, die Kalilohnprüfstelle, 1. und 2. Instanz, und die Kaliberufungsstelle dauernd außerordentlich wichtige Funktionen bei der großen Umstellung der Kaliwirtschaft durch die Stillegungsaktion der Nachkriegszeit zu erfüllen, und es darf wohl ausgesprochen werden, daß die schwierigen, in mancherlei Interessen eingreifenden Neuregelungen von diesen Selbstverwaltungskörpern erfolgreich und mit einem Mindestmaß von Reibungen durchgeführt worden ist ...
Schon in der Gegenwart, unter Berücksichtigung aller Mängel haben die Selbstverwaltungskörper neben der Zügelung privater Monopolinteressen ... vor allen Dingen auch als Wegbereiter einer Entwicklung der Wirtschaft zur Demokratie den großen Wert, daß sie zum erstenmal einem größeren Kreis von Vertretern der Arbeiter und Angestellten die Gelegenheit geben, die Grundlagen der Wirtschaftsführung bis in alle Einzelteile kennenzulernen. Die Arbeiter- und Angestelltenvertreter ... haben ... gelernt, die Aufgaben der praktischen Wirtschaftsführung verantwortlich zu betrachten.

Wenn man zusammenfassend aus den bisherigen Erfahrungen mit den geschilderten Selbstverwaltungskörpern der Wirtschaft ein Urteil ableiten will, so wird man sagen dürfen, daß gegenüber einer ungeregelten, bzw. nur durch private Monopolorganisationen gelenkten Wirtschaft auch die bisherige Form der Selbstverwaltung das Verdienst hat, eine gewisse Betonung gemeinwirtschaftlicher Gesichtpunkte zu sichern auf dem Wege der Einschaltung von Kräften in die Wirtschaftslenkung, die bisher von diesen Aufgaben ferngehalten wurden...
(Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, a.a.O., S. 50-61)





Es ist nicht ohne Interesse, sich zu besinnen, daß in Deutschland wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper, das Kernstück der Hamburger Entschließung, in der Kohlenindustrie und im Kalibergbau seit vielen Jahren bestehen. Das Kohlenwirtschaftsgesetz vom 23. März 1919 sieht die Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers vor, der unter Beteiligung von Unternehmern, Arbeitern, Konsumenten und Reichsregierung wirkt. An der Spitze steht der Reichskohlenrat, dem die Leitung der gesamten Brennstoffwirtschaft „in gemeinwirtschaftlichem Sinne" unterliegt. Von den 60 Mitgliedern des Reichskohlerates sind 22 Gewerkschaftvertreter, die übrigen – Vertreter der Unternehmer, Konsumenten und von der Regierung ernannte Sachverständige. Von den drei Sachverständigenausschüssen des Reichskohlenrates sind zwei technisch-wirtschaftliche zur Förderung der Rationalisierung im Kohlenbergbau sowie zur Ökonomisierung der Brennstoffverwendung, einer, ein sozialpolitischer, „zur Untersuchung der Arbeitsverhältnisse des Bergbaus". Die unterste Stufe des wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpers im Bergbau bilden die Syndikate der einzelnen Bezirke, die im Reichskohlenverband vereinigt sind. Der Geschäftsführung jedes Syndikats muß ein Gewerkschaftsvertreter angehören, im Aufsichtsrat sind die Gewerkschaften mit zwei bis drei Personen vertreten.
F. David, Der Bankrott des Reformismus. Berlin, 1932 S. 88/89

Die Sozialisierung ist da!

Das Kohlensyndikat

wird sofort sozialisiert. Dadurch gewinnt das Reich, d. h. das ganze Volk noch vor der Sozialisierung der Gruben selbst

maßgebenden Einfluß auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie.

Die Sozialisierung des Kalibergbaus ist in schleunigster Vorbereitung.

Das allgemeine Sozialisierungsgesetz, das der Nationalversammlung vorgelegt ist,

begründet

an Stelle der früheren schrankenlosen Privatwirtschaft die

deutsche Gemeinwirtschaft.

Das Reich, d. h. wir alle regeln diese deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses, nirgends im kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird.

Und das ist Sozialismus!

Reichsministerium.

Naphtali – Ein Leben im Dienst des Imperialismus

„Naphtali – Ein Lebensbild"

Die Neuherausgabe der „Wirtschaftsdemokratie" gibt Anlaß, in groben Strichen Lebensweg und Lebenswerk eines Mannes nachzuzeichnen, der in den Jahren der Weimarer Republik zu den führenden Theoretikern der Freien Gewerkschaften und der SPD gehörte: Fritz Naphtali:

Naphtali war weit mehr als nur der Redakteur und Herausgeber. Wesentliche Gedanken der Gemeinschaftsarbeit gehen auf ihn zurück. Das wird vor allem deutlich in Einleitungsartikel 'Begriff und Wesen der Wirtschaftsdemokratie'

In einem noch heute lesenswerten Referat durfte sein Verfasser 1928 auf dem 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands über „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie" sprechen.

(Naphtali gehörte) zu jenen deutschen Juden, die bereits 1933, unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, das Land verließen. Pöbel in SA-Uniform hatten ihm einen Vorgeschmack dessen gegeben, was noch folgen sollte. Er wanderte nach Palästina aus.

Naphtali lehrte bis 1936 als Dozent für Wirtschaftspolitik in Haifa , war Mitarbeiter des wirtschaftlichen Forschungsinstituts der jüdischen Selbstverwaltung und wurde 1937 in den Stadtrat von Tel Aviv gewählt. Im gleichen Jahr trat er in den Zentralausschuss des Gewerkschaftsbundes Histadruth ein. 1941 wählte ihn die jüdische Bevölkerung Palästinas in ihren Abgeordnetentag. Von 1938 bis 1949 leitete er die Arbeiterbank Hapoalim.

Selten erfüllt sich das Lebenswerk eines Menschen so wie bei Naphtali. Er hatte hervorragenden Anteil an der Gründung und dem Aufbau Israels. Nur wer die Schwierigkeiten und Gefahren miterlebt hat, die der junge Staat zu überwinden hatte, vermag zu beurteilen, welcher Einsatz und welche Kraft von den führenden Köpfen der jüdischen Bevölkerung aufgewandt werden mußte.

Naphtali war Mitglied der Mapai, der sozialdemokratischen Partei Israels. Er gehörte zehn Jahre lang, von 1949 bis 1959, dem israelischen Parlament an, der Knesseth. 1952 übernahm er das wichtige Amt des Landwirtschaftsministers. 1959 wurde er Wohlfahrtsminister. Während der Tätigkeit im Knesseth war er lange Jahre Wirtschaftsberater des Ministerpräsidenten und Vorsitzender des obersten Wirtschaftsausschusses des Staates Israel.

Dem Theoretiker und Praktiker einer sozial verpflichteten demokratischen Wirtschaftsordnung war der bemerkenswerte Lebensweg gewiß nicht vorgezeichnet. Der am 29. März 1888 in Berlin Geborene besuchte die Handelsschule und trat nach journalistischen Lehrjahren in der „Berliner Morgenpost" und der „Vossischen Zeitung" 1921 in die Handelsredaktion der „Frankfurter" Zeitung ein. Gemeinsam mit Ernst Kahn gab er seit 1922 die stark beachtete, im Verlag der Frankfurter Societät-Drukkerei erscheinende „Wirtschaftskurve" heraus. Zahlreich sind die Veröffentlichungen, für die er verantwortlich zeichnete. Sein Taschenbuch „Wie liest man den Handelsteil einer Tageszeitung?" erreichte hohe Auflagen.

Auf Naphtali sind die ersten Anfänge einer exakten wissenschaftlichen, aber auch allgemeinverständlichen Erforschung und Darstellung der Wirtschaftsvorgänge und des Wirtschaftsverlaufs zurückzuführen. Aus der Redaktion der „Frankfurter Zeitung", deren Handelsblatt er mitprägte, schied er 1926 aus, um in Berlin in die Leitung der neugegründeten Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik einzutreten. Bereits 1911 war Naphtali Mitglied der SPD geworden.

Weitgehend auf seine Initiative und auf seinen Rat sind in der Zeit der Weimarer Republik die Vorschläge der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften zur Reform des Aktien- und Kartellrechts und zum Ausbau einer wirksamen Monopol- und Kartellkontrolle zurückzuführen. Darüber hinaus hat er auf viele Aktionen, Eingaben und Entschließungen der sozialistischen Organisationen maßgeblichen Einfluß genommen. 1928 berief ihn die Reichsregierung in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

Am 30. April 1961 schloß Naphtali in Tel Aviv für immer die Augen. Seine außerordentlichen Verdienste würdigte in einer Totenrede David Ben Gurion. Die internationale Arbeiterbewegung hat Naphtali sehr viel zu verdanken."
(Dieter Schneider, in: Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, a.a.O., S. 191-193)

„Die Formel der Vernunft – Mitbestimmung – Eine Forderung unserer Zeit DGB"

„Sowohl die freien, als auch die christlichen Gewerkschaften vertraten nach 1918 die Auffassung, daß die Wirtschaft in einer der Allgemeinheit verpflichteten Weise zu führen sei... Die Forderung der freien Gewerkschaften wurde mit der Konzeption „Wirtschaftsdemokratie" umschrieben. ... Diese Wirtschaftsdemokratie sollte durch das Zusammenwirken von Planung, Sozialisierung und Mitbestimmung zum Endziel des Sozialismus führen ... Ihr Schwergewicht sollte (aber), bedingt durch Planungs- und Sozialisierungsvorstellungen, im überbetrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Bereich liegen: im Ausbau der paritätischen Selbstverwaltung, in der Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, in der gleichberechtigten Vertretung der Arbeitnehmer in allen wirtschaftspolitischen Körperschaften, in der Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand sowie in der Entwicklung von gewerkschaftlichen Eigenbetrieben und von Konsumgenossenschaften. Die Wirtschaftsdemokratie wurde als Etappe auf dem Wege zum Sozialismus verstanden. – Sie wurde nur teilweise verwirklicht.

Die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer wurde nach dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands ein bestimmendes Element in den gewerkschaftlichen Ordnungsvorstellungen...

Im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus dem Jahre 1949 heiß es, daß die formale politische Demokratie nicht ausreiche, um eine demokratische Wirtschaftsordnung zu verwirklichen. Die Demokratisierung des politischen Lebens müsse daher durch eine Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden. Ähnlich den Ordnungsvorstellungen der freien Gewerkschaften sollte dieses Ziel durch Gemeineigentum Planung und Mitbestimmung erreicht werden. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen und Betrieben wurde jedoch, wenn auch noch im Rahmen des überkommenen Systems, stärker als in der Weimarer Zeit hervorgehoben. Bestimmend dafür waren nicht zuletzt die Erfahrungen nach 1945. Es hatte sich eindrucksvoll gezeigt, daß die Bereitschaft der arbeitenden Menschen und ihrer Repräsentanten der wichtigste Einzelfaktor für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft war. Die in diesen Notzeiten bewährte Kooperation aller am Unternehmen beteiligten Gruppen sollte durch die Form der qualifizierten Mitbestimmung institutionell verankert werden. Die in diesem Sinne erfolgte Demokratisierung sollte als ständige Antriebskraft im Unternehmen wirken. Diese Vorstellungen wurden durch detailliert ausgearbeitete Vorstellungen zur überbetrieblichen Mitbestimmung im wirtschaftspolitischen Bereich ergänzt.

Das Düsseldorfer Grundsatzprogramm von 1963 dagegen enthält erstmals eine systematische Darstellung der gewerkschaftlichen Ordnungsvorstellungen und Zielsetzungen im Lichte der Entwicklung und der Erfahrungen seit 1949. Dabei wurde die Mitbestimmung der Arbeitnehmer weder als klassenkämpferische Etappe auf dem Weg zum Sozialismus noch als Ausdruck harmoniegläubiger Partnerschaftsvorstellungen angesehen.

Die Mitbestimmung findet im neuen DGB-Programm einen ungleich gewichtigeren Platz, als dies in allen bisherigen Programmen der Fall war... Die Gewerkschaften treten für eine Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer ein, um „alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen". Der Mitbestimmung kommt somit in der Präambel die Bedeutung eines elementaren Bestandteils der gesellschaftlichen Grundordnung zu. Sie entspricht, – wie es in den „Grundlagen der Wirtschaftspolitik" heißt – „dem Wesen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates"...

Mit der Forderung nach Mitbestimmung haben die Gewerkschaften in der Bundesrepublik eine bedeutsame Entscheidung gefällt. Sie erstreben weder den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung noch die bloße Maximierung des Einkommens für die Arbeitnehmer als einer Interessengruppe innerhalb der geltenden Strukturen...

Am Beispiel der Mitbestimmung wird die Grundentscheidung der deutschen Gewerkschaften deutlich, eine verantwortliche Politik im Rahmen der Demokratie zu verfolgen... Den demokratischen Staat bejahen die Gewerkschaften uneingeschränkt. ...

Die Bedeutung von Ideen und Programmen zeigt sich bei ihrer Verwirklichung. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften brauchen eine solche Gegenüberstellung, insbesondere am Beispiel der Mitbestimmung, nicht zu scheuen. Trotz schwieriger Bedingungen hat sich die qualifizierte Mitbestimmung im Montanbereich bewährt. Sie hat sich als konstruktives Mittel erwiesen, eine Berücksichtigung der Probleme der Arbeitnehmer bei der Unternehmenspolitik ohne Verstöße gegen ökonomische Notwendigkeiten zu gewährleisten. In dem politisch so bedeutsamen Ballungsgebiet des Ruhrgebiets hat die Mitbestimmung damit zur Lösung einer Strukturkrise beigetragen und schwerwiegende politische und soziale Spannungen vermieden. Eine solche Entwicklung wäre ohne die aktive Teilnahme der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften nicht möglich gewesen.
(Mitbestimmung, eine Forderung unserer Zeit, DGB, Düsseldorf, 1971, S.7ff)

Der Gewerkschafter (Monatszeitschrift für die Funktionäre der IG-Metall, April 77): „Zerstörte Hallen und von der Demontage bedrohte Werke, das war der Anfang nach dem Ende. *Am Anfang – Gleichstellung von Kapital und Arbeit.*"

„Gerechter Anteil aller an der gemeinsamen Leistung des Menschen" – der „demokratische Sozialismus" entpuppt sich als humanistischer Imperialismus – das Godesberger Programm der SPD

Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959

Das ist der *Widerspruch* unserer Zeit,
daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und
sich jetzt vor den Folgen fürchtet;

daß der Mensch die Produktivkräfte aufs höchste entwickelte,
ungeheure Reichtümer ansammelte, ohne allen einen
gerechten Anteil an dieser Leistung zu verschaffen:

Daß der Mensch sich die Räume dieser Erde unterwarf,
die Kontinente zueinander rückte, nun aber
in Waffen starrende Machtblöcke die Völker mehr
voneinander trennen als je zuvor und totalitäre Systeme
seine Freiheit bedrohen.

Darum fürchtet der Mensch, gewarnt durch die Zerstörungskriege und Barabareien
seiner jüngsten Vergangenheit, die eigene Zukunft,
weil in jedem Augenblick an jedem Punkt der Welt
durch menschliches Versagen das Chaos der Selbstvernichtung
ausgelöst werden kann.
Aber das ist auch die *Hoffnung* dieser Zeit,
daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern,
von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann,
wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt;

daß der Mensch den Weltfrieden sichern kann, wenn er
die internationale Rechtsordnung stärkt,
das Mißtrauen zwischen den Völkern mindert
und das Wettrüsten verhindert;

daß der Mensch dann zum erstenmal in seiner Geschichte
jedem die Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer gesicherten
Demokratie ermöglichen kann zu einem Leben in kultureller
Vielfalt, jenseits von Not und Furcht.

Diesen Widerspruch aufzulösen, sind die *Menschen*
aufgerufen. In unsere Hand ist die Verantwortung gelegt für eine
glückliche Zukunft oder für die Selbstzerstörung der Menschheit.

Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft
öffnet der Mensch den Weg in seine Freiheit.

Diese neue und bessere Ordnung erstrebt
der demokratische Sozialismus.

Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft

Aus der Entscheidung für den demokratischen Sozialismus ergeben sich Grundforderungen, die in einer menschenwürdigen Gesellschaft erfüllt sein müssen:

Alle Völker müssen sich einer internationalen Rechtsordnung unterwerfen, die über eine ausreichende Exekutive verfügt. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Alle Völker müssen die gleiche Chance haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen. Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker.

Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.

Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht. Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt. ...

Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der von Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.

Alle Vorrechte im Zugang zu Bildungseinrichtungen müssen beseitigt werden. Nur Begabung und Leistung sollen jedem den Aufstieg ermöglichen. ...

Die Gründung der BRD sichert die politische Herrschaft der deutschen Bourgeoisie, die Währungsreform besiegelt sie ökonomisch

„...die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens (ist) eine elementare Vorraussetzung für die Gesundung auch unserer Verhältnisse und für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland."
(Reuter (SPD), 1. Oberbürgermeister von Westberlin)

Die Hohen Kommissare Großbritanniens, Frankreichs und der USA unterzeichnen für die Adenauer-Regierung die ersten Gesetze und überreichen das Besatzungsstatut, 21.9.1949

Aus der Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 1.10.1949

„Die Sowjetregierung betrachtet die Versuche der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, ihre Schritte zur Bildung der Separatregierung in Bonn mit den Interessen der deutschen Bevölkerung zu rechtfertigen, als völlig verfehlt. Die Tatsachen zeigen, daß derartige Versuche jeder Grundlage entbehren, da es allgemein bekannt ist, daß das deutsche Volk in diesem Punkt von niemandem nach seiner Meinung gefragt wurde, und da ferner bekannt ist, daß sich die Besatzungsbehörden der drei Mächte bei der Durchführung aller ihrer Maßnahmen zur Errichtung einer Separatregierung in Westdeutschland – einschließlich der sogenannten „Bonner Verfassung" – lediglich auf eine kleine Gruppe besonders ausgesiebter, alter reaktionärer Politiker Westdeutschlands stützen, die in enger Verbindung mit ausländischen Finanzkreisen stehen und von diesen abhängig sind."

Die Sozialdemokratie spaltet die Arbeiterklasse, um sie vom Kampf um die politische Herrschaft abzuhalten

2.8.45 Potsdamer Abkommen. Es bestimmt die Demokratisierung, Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die Einsetzung zentraler deutscher Verwaltungsstellen.
10.7.46 Konferenz des Rates der Außenminister der 4 Siegermächte. Die UdSSR tritt für ein einheitliches Deutschland nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung ein.
3.4.47 24stündiger Streik von 334000 Ruhrarbeitern für die Enteignung der Grubenbesitzer.
7.6.48 Londoner Empfehlung der 6-Mächte-Konferenz über die Einbeziehung der Westzonen in den Marshall-Plan und die Ausarbeitung einer Verfassung für einen föderativen deutschen Staat.
20.6.48 Separate Währungsreform in den Westzonen
1.9.48 Konstituierung eines „Parlamentarischen Rates" zur Ausarbeitung eines Grundgesetzes für einen separaten westdeutschen Staat
7.9.48 Eröffnung von Bundestag und Bundesrat der BRD
22.11.49 Petersberger Abkommen: Adenauer und die Hohen Kommissare der Westmächte vereinbaren die Aufstellung einer westdeutschen Armee.
19.9.50 Die Regierung erläßt eine Ausnahmeverordnung, in der es Angehörigen des Öffentlichen Dienstes verboten wird, in der KPD, der FDJ und verschiedenen demokratischen Organisationen politisch tätig zu sein.

3.-5.6.51 Trotz Verbot beteiligen sich in der BRD 9 Millionen an der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages. 90% stimmen mit Ja.
26.6.51 Verbot der FDJ
11.7.51 Erstes Strafrechtsänderungsgesetz
27.8.-23.9.51 Mehr als 60000 Metallarbeiter in Hessen streiken um höhere Löhne und gegen die Preissteigerungen

Aug.-Sept. 51 Massendemonstrationen gegen die Remilitarisierung und für Friedensvertrag (Bild: Kundgebung von Metallarbeitern)
19.7.52 Ratifizierung des Betriebsverfassungsgesetzes
26.2.54 Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht
9.-31.8.54 Streik von rund 200000 Metallarbeitern Bayerns um Lohnerhöhungen
23.2.54 Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht
23.10.54 Pariser Verträge: Aufnahme der BRD in die NATO
17.4.56 KPD-Verbot
14.11.57 Warnstreik von 150000 Metallarbeitern aus Nordbaden und Nord-Württemberg gegen die Rüstungspolitik

„Die gegenwärtige Friedensbewegung verfolgt das Ziel, die Volksmassen zum Kampf für die Erhaltung des Friedens, zur Verhütung eines neuen Weltkrieges zu mobilisieren. Folglich setzt sie sich nicht das Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten – sie beschränkt sich auf die demokratischen Ziele des Kampfes für die Erhaltung des Friedens. In dieser Beziehung unterscheidet sich die gegenwärtige Bewegung für die Erhaltung des Friedens von der Bewegung während des Ersten Weltkrieges für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, da diese Bewegung weiterging und sozialistische Ziele verfolgte. (...) Um die Unvermeidlichkeit der Kriege zu beseitigen, muß der Imperialismus vernichtet werden."

(Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus, Peking 1972, S.41ff)

Die staatliche Ordnung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lebt und wirkt im ganzen deutschen Volke. Sie steht zum *Grundgesetz* der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit.

Die Spaltung Deutschland bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk.

Erst in einem wiedervereinigten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können....

Die Grundrechte sollen nicht nur die Freiheit des einzelnen gegenüber dem Staat sichern, sie sollen als gemeinschaftsbildende Rechte den Staat mitbegründen. Als *Sozialstaat* hat er für seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die Regierung jederzeit dem *Parlament* verantwortlich und sich bewußt ist, daß sie ständig seines Vertrauens bedarf. In der Demokratie müssen die Rechte der Minderheit neben den Rechten der Mehrheit gewahrt werden. Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will in gleichberechtigtem Wettstreit mit den anderen demokratischen *Parteien* die Mehrheit des Volkes gewinnen, um Staat und Gesellschaft nach den Grundforderungen des demokratischen Sozialismus zu formen.

Landesverteidigung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung.

Die Landesverteidigung muß der politischen und geographischen Lage Deutschlands gemäß sein und daher die Grenzen wahren, die zur Schaffung der Voraussetzungen für eine internationale Entspannung, für eine wirksam kontrollierte Abrüstung und für die Wiedervereinigung Deutschlands eingehalten werden müssen. Der Schutz der Zivilbevölkerung ist wesentlicher Bestandteil der Verteidigung des Landes.

Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt.

Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstelllung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen.

Die Streitkräfte müssen der politischen Führung durch die Regierung und der Kontrolle durch das Parlament unterstellt sein. Zwischen den Soldaten und allen demokratischen Kräften des Volkes muß ein Verhältnis des Vertrauens bestehen. Der Soldat bleibt auch in Uniform Staatsbürger.

Die Streitkräfte dürfen nur der Landesverteidigung dienen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt sich schützend vor jeden Bürger, der aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe oder an Massenvernichtungsmitteln verweigert.
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die nationale Landesverteidigungen ablösen wird....

Ohne Bündnis mit den US-Imperialisten und den westeuropäischen Imperialisten gegen die revolutionäre Sowjetunion war die Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie nicht zu sichern.

„Wir sind bereit wieder Waffen zu tragen, wenn die westlichen Alliierten mit uns das gleiche Risiko und die gleiche Chance der Abwehr eines sowjetischen Angriffes übernehmen und sich mit größtmöglicher Macht an der Elbe etablieren."
(Schumacher (SPD), zitiert nach: 100 Jahre deutsche Arbeiterbewegung, S. 60)

„Es gibt nur einen Fall, in dem die Sozialdemokratie zu einem militärischen Beitrag für eine notwendig werdende Verteidigung ja sagen kann: Die unlösbare Verbundenheit des Schicksals der westlichen Demokratien mit dem deutschen Schicksal. Sie ist durch die Entfaltung entsprechender Machtmittel der westlichen Demokratien in Deutschland überzeugend sichtbar zu machen. Hier liegt auch ein entsscheidender Beitrag der Alliierten zur Kriegsverhütung... Keine Machtverteilung in der Welt enthebt Deutschland der Aufgabe, zu erklären, daß ohne eine entscheidende Mitwirkung als gleichberechtigter Partner eines internationalen Vertrages eine Aufrüstung Deutschlands nicht stattfinden kann."
(Schumacher (SPD), zitiert nach Löwke: SPD und die Wehrfrage, S. 240 ff)

Wirtschafts- und Sozialordnung

Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und eine *gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft,* ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und Ausbeutung.

Stetiger Wirtschaftsaufschwung

Die zweite industrielle Revolution schafft Voraussetzungen, den allgemeinen Lebensstandard stärker als bisher zu erhöhen und die Not und das Elend zu beseitigen, die noch immer viele Menschen bedrücken.

Die Wirtschaftspolitik muß auf der Grundlage einer stabilen Währung die Vollbeschäftigung sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen.

Um *alle Menschen am steigenden Wohlstand zu beteiligen,* muß die Wirtschaft den ständigen Strukturveränderungen planmäßig angepaßt werden, damit eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung erreicht wird.

Der moderne Staat beeinflußt die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik. Mehr als ein Drittel des Sozialprodukts geht auf diese Weise durch die öffentliche Hand. Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt. Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen. Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik und soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken.

Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluß von Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil freiheitlicher Ordnung. Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratie den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig!

Eigentum und Macht

Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationsprozeß. Die Großunternehmen bestimmen nicht nur entscheidend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebenstandards, sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft:

Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.

Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei. Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher.

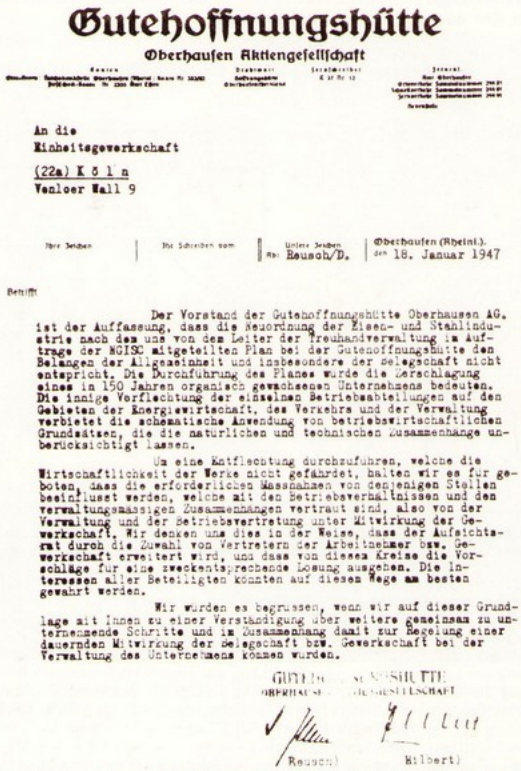
Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.

Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden.

Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können.

Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet. Sie dient der Bewahrung der Freiheit vor der Übermacht großer Wirtschaftsgebilde. In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen. Damit hat das Privateigentum an den Produktionsmitteln hier weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren. Das zentrale Problem heißt heute: Wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig...

Die Kapitalisten schlagen die Mitbestimmung vor – sie wissen warum!



Gutehoffnungshütte

Oberhausen Aktiengesellschaft

An die
Einheitsgewerkschaft
(22a) K ö l n
Venloer Wall 9

Ihr Zeichen | Ihr Schreiben vom | Unser Zeichen Rau: Reusch/D. | Oberhausen (Rheinl.), den 18. Januar 1947

Betrifft

Der Vorstand der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG. ist der Auffassung, dass die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie nach dem uns von dem Leiter der Treuhandverwaltung im Auftrage der MGISC mitgeteilten Plan bei der Gutehoffnungshütte den Belangen der Allgemeinheit und insbesondere der Belegschaft nicht entspricht. Die Durchführung des Planes würde die Zerschlagung eines in 150 Jahren organisch gewachsenen Unternehmens bedeuten. Die innige Verflechtung der einzelnen Betriebsabteilungen auf den Gebieten der Energiewirtschaft, des Verkehrs und der Verwaltung verbietet die schematische Anwendung von betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, die die naturlichen und technischen Zusammenhänge unberücksichtigt lassen.

Um eine Entflechtung durchzuführen, welche die Wirtschaftlichkeit der Werke nicht gefährdet, halten wir es für geboten, dass die erforderlichen Massnahmen von denjenigen Stellen beschlossen werden, welche mit den Betriebsverhältnissen und den verwaltungsmässigen Zusammenhängen vertraut sind, also von der Verwaltung und der Betriebsvertretung unter Mitwirkung der Gewerkschaft. Wir denken uns dies in der Weise, dass der Aufsichtsrat durch die Zuwahl von Vertretern der Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaft erweitert wird, und dass von diesem Kreise die Vorschläge für eine zweckentsprechende Lösung ausgehen. Die Interessen aller Beteiligten könnten auf diesem Wege am besten gewahrt werden.

Wir würden es begrüssen, wenn wir auf dieser Grundlage mit Ihnen zu einer Verständigung über weitere gemeinsam zu unternehmende Schritte und im Zusammenhang damit zur Regelung einer dauernden Mitwirkung der Belegschaft bzw. Gewerkschaft bei der Verwaltung des Unternehmens kommen würden.

GUTEHOFFNUNGSHÜTTE
OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAFT

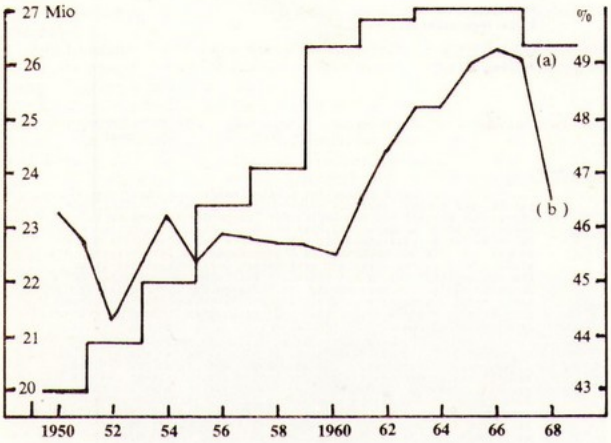
Reusch) Hilbert)

Vor allem in den Jahren 1946/47 kämpften die Bergbauarbeiter in großen Massenstreiks für die Enteignung der Bergbaukapitalisten. In einem Beschluß der Betriebsräte im Kohlenbergbau von 1945 wurde dazu festgehalten:
„Die Bergarbeiter wissen, daß diese deutschen Grubenbarone mit der Ruhrkohle zwei Kriege vorbereitet und geführt haben. Die deutschen Kohlebarone sind Kriegsverbrecher. Um einen neuen Krieg zu verhindern, verlangen die Bergarbeiter die Überführung der Schachtanlagen in die Hände der Provinzialregierung."

Arbeiter der von der Stillegung betroffenen Fabrik Heidenreich & Harbeck auf der 1.Mai-Demonstration 1976 in Hamburg.
Kürzer läßt sich die Erfahrung, die die Arbeiterklasse in den dreißig Jahren nach Kriegsende gemacht hat, nicht zusammenfassen. Sie hat den gesellschaftlichen Reichtum als fremdes Eigentum produziert. Geblieben ist ihr mit der Ausbeutung die Unsicherheit der Existenz. Die Lehre ist: Die Arbeiterklasse muß die Revolution machen.

Alte Lassalle'sche Forderung nach gerechter Verteilung des Arbeitsertrags – Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Interessen der westdeutschen Imperialisten

Ausdehnung der Lohnarbeit in Mio (a)
Anteil der Nettolöhne der Lohnabhängigen am Nettovolkseinkommen in Prozent (b) 1950-68



(Zahlen nach Huffschmid, J.: Die Politik des Kapitalismus. Frankfurt 1969, S. 14 f)

Das „Wirtschaftswunder der 50er Jahre bestand in seinem Kern aus einer Ausdehnung der Lohnarbeit auf neue Schichten, aus einer fortschreitenden Klassenspaltung der Gesellschaft, der Ansammlung von immer größerem Reichtum in immer weniger Händen. Von 1954 bis 1958 betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum der verarbeitenden Industrie 8,1 Prozent und 1959 bis 1963 immer noch 6,5 Prozent. Diese außerordentlich rasche Akkumulation von Kapital, konnte nur auf der Grundlage der heftigen Ausbeutung des westdeutschen Proletariats ermöglicht werden.

1. Mai Demonstration 1954

„Der Bundeskongreß möge beschliessen, die Gewerkschaft aufzufordern, sich mit allen Mitteln für die alsbaldige Durchführung der 5-Tage-Woche mit täglich achtstündiger Arbeitszeit, bei vollem Lohnausgleich, einzusetzen.

Begründung:
Die sprunghafte Steigerung der Produktivität gebietet die alsbaldige Durchführung der 5-Tage-Woche im Sinne des Aktionsprogramms."
(Antrag des DGB-Kreisausschusses Moers an den 4. o. Bundeskongreß des DGB.)

Aus dem Rechenschaftsbericht des Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa, General Dwight Eisenhower, gehalten anläßlich des einjährigen Bestehens des europäischen Hauptquartiers der Nordatlantikpakt-Organisation (SHAPE) am 2.April 1959

Hier im Herzen Europas liegt ein 246000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter Arbeitskräfte. Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebiets und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt.

Als dem geographischen Zentrum Europas kommt Westdeutschland eine große strategische Bedeutung ...zu. Die norddeutsche Tiefebene mit ihrem umfassenden Netz moderner Straßen und Eisenbahnlinien bildet ein sehr günstiges Terrain... Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden.

(Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 1952, Nr.39, S.401)

Wirtschafts- und Sozialordnung

Einkommens- und Vermögensverteilung

Die Marktwirschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewußten Einkommens- und Vermögenspolitik.

Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt. Das ist nicht nur die Folge von massenhafter Vermögensvernichtung durch Krise, Krieg und Inflation, sondern im wesentlichen die Schuld einer Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Einkommens- und Vermögensbildung in wenigen Händen begünstigt und die bisher Vermögenslosen benachteiligt.

Die Sozialdemokratische Partei will Lebensbedingungen schaffen, unter denen alle Menschen in freier Entschließung aus steigendem Einkommen eigenes Vermögen bilden können. Das setzt eine stetige Erhöhung des Sozialprodukts bei gerechter Verteilung voraus.

Die Lohn- und Gehaltspolitik ist ein geeignetes und notwendiges Mittel, um Einkommen und Vermögen gerechter zu verteilen.
Geeignete Maßnahmen sollen dafür sorgen, daß ein angemessener Anteil des ständigen Zuwachses am Betriebsvermögen der Großwirtschaft als Eigentum breit gestreut oder gemeinschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht wird. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß sich das positive Wohlleben privilegierter Schichten schrankenlos entfaltet, während wichtige Gemeinschaftsaufgaben, vor allem Wissenschaft, Forschung und Erziehung, in einer Weise vernachlässigt werden, die einer Kulturnation unwürdig ist.

Die Gewerkschaften in der Wirtschaft

Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten haben das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. In der heutigen Wirtschaft sind die Arbeitnehmer denen ausgeliefert, die die Kommandostellen der Unternehmen und ihrer Verbände besetzen, wenn sie ihnen nicht in unabhängigen Gewerkschaften ihre solidarische, demokratisch geordnete Kraft entgegenstellen, um die Arbeitsbedingungen frei vereinbaren zu können. Das Streikrecht gehört zu den selbstverständlichen Grundrechten der Arbeiter und Angestellten.

Die Gewerkschaften kämpfen um einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit und um das Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben.
Sie kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen. Sie sind damit wesentlicher Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses. Jeden Arbeitnehmer zu ständiger Mitarbeit fähig zu machen und dafür zu sorgen, daß er diese Fähigkeiten nutzen kann, ist eine große Aufgabe der Gewerkschaften.

Die Arbeiter und Angestellten, die den entscheidenden Beitrag zum Ergebnis der Wirtschaft leisten, sind bisher von einer wirksamen Mitbestimmung ausgeschlossen. Demokratie aber verlangt Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Wirtschaftsbürger werden.

Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlebergbau ist der Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft muß sichergestellt werden.

Soziale Verantwortung

Sozialpolitik hat wesentliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich der einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann. Gesellschaftliche Zustände, die zu individuellen und sozialen Notständen führen, dürfen nicht als unvermeidlich und unabänderlich hingenommen werden. Das System sozialer Sicherung muß der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen.

Jeder Bürger hat im Alter, bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder beim Tode des Ernährers Anspruch auf eine staatliche Mindestrente. Auf ihr bauen weitere, persönlich erworbene Rentenansprüche auf. So ist die im Arbeitsleben erreichte Lebenshaltung zu sichern. Alle sozialen Geldleistungen, auch die Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, sind der Entwicklung der steigenden Arbeitseinkommen laufend anzupassen.

Technik und Zivilisation setzen heute den Menschen einer Vielzahl von gesundheitlichen Gefährdungen aus. Sie bedrohen nicht nur die lebende, sondern auch künftige Generationen. Gegen die Schädigungen kann sich der einzelne nicht schützen. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei eine umfassende Gesundheitssicherung. ...

Bei vollem Ausgleich des Einkommens ist *die Arbeitszeit fortschreitend zu verkürzen, wie es die Entwicklung der Wirtschaft ermöglicht.*

Zur Bewältigung besonderer Lebensschwierigkeiten und Notlagen sind die allgemeinen sozialen Leistungen durch individuelle fürsorgerische Dienste und Leistungen der Sozialhilfe zu ergänzen. Sie arbeitet mit den Freien Wohlfahrtsverbänden und den Einrichtungen der Nächsten- und Selbsthilfe zusammen. Die Eigenständigkeit der freien Wohlfahrtspflege ist zu schützen.

Die gesamte Arbeits- und Sozialgesetzgebung ist einheitlich und übersichtlich in einem Arbeitsgesetzbuch und einem Sozialgesetzbuch zu ordnen. ...

Internationale Gemeinschaft

Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.

Der demokratische Sozialismus ist immer von dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität erfüllt gewesen. In einer Zeit internationaler Verflechtungen aller Interessen und Beziehungen kann kein Volk mehr für sich allein seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme lösen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands läßt sich von der Erkenntnis leiten, daß die kulturellen, wirtschaftlichen, rechtlichen und militärischen Aufgaben der deutschen Politik in enger Verbindung mit den anderen Völkern gelöst werden müssen.

Normale diplomatische und Handelsbeziehungen mit allen Nationen sind ungeachtet der Regierungssysteme und der gesellschaftlichen Strukturen unerläßlich.

Internationale Schiedsgerichte, Vergleichsverträge, Selbstbestimmungsrecht und Gleichberechtigung aller Völker, die Unverletzlichkeit der Staatsgebiete und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker sollen den Frieden sichern, den eine Weltorganisation garantiert.

Die Vereinten Nationen müssen die allgemeine Weltorganisation werden, die sie ihrer Idee nach sein sollen. Ihre Grundsätze sollen allgemeinverbindlich sein. Ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit den von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrechten steht, ist unentbehrlich. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt das Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur.

Als Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung und zur Entspannung internationaler Beziehungen sind regionale Sicherheitssysteme im Rahmen der Vereinten Nationen aufzubauen. Das wiedervereinigte Deutschland soll mit allen Rechten und Pflichten Mitglied eines europäischen Sicherheitssystems werden. Die wirtschaftliche Entwicklung drängt zur Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Die Sozialdemokratische Partei bejaht diese Zusammenarbeit, die insbesondere dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dienen muß. Regional begrenzte übernationale Gemeinschaften dürfen nicht zur Abschließung gegenüber der Außenwelt führen. Die gleichberechtigte Zusammenarbeit und ein für alle Nationen offener Welthandel sind Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben.

Die demokratischen Staaten müssen ihre Solidariät vor allem mit den Entwicklungsländern bekunden. Noch immer lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in tiefster Armut und Unwissenheit. *Solange nicht der Weltreichtum neu verteilt* und die Produktivität in den Entwicklungsländern erheblich gesteigert ist, bleibt die demokratische Entwicklung gefährdet und der Friede bedroht. Alle Völker sind verpflichtet, Hunger, Elend und Seuchen in gemeinsamer Anstrengung zu bekämpfen. Die Entwicklungsländer haben Anspruch auf großzügige und uneigennützige Hilfe. Ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung muß von den Ideen des demokratischen Sozialismus erfüllt werden, damit sie nicht neuen Formen der Unterdrückung verfallen.

„Europa als Solidaritätspartner für die Dritte Welt" – Spaltung der Arbeiterklasse von ihren wichtigsten Bündnispartnern, den Völkern der Dritten Welt

Propaganda der SPD zur Europawahl

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik geht von den Grundwerten und Grundforderungen des Godesberger Programms aus, in dem es heißt: „Alle Völker müssen die gleiche Chance haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen. Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker."

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik hat die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte zum Ziel. Das erfordert die Solidarität mit den Entwicklungsländern und die Errichtung einer gerechten internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung.

In der Sicht der Sozialdemokraten stellen die Beziehungen zu den Entwicklungsländern die wichtigste Herausforderung der nächsten Zukunft dar. Die tiefe Kluft, die zwischen den reichen Ländern und den Entwicklungsländern in Bezug auf Wohlstand, Wissen und Macht besteht, erfordert eine Politik, die dazu beiträgt, diese Kluft zu verringern.

Die menschenunwürdigen Lebensbedingungen in vielen Entwicklungsländern, die wachsenden Nord-Süd-Spannungen und die zunehmende internationale Arbeitsteilung erfordern eine intensivere, quantitativ und qualitativ bessere Entwicklungspolitik. Partnerschaftliche Zusammenarbeit soll diese Länder aus der Position von Hilfeempfängern herausführen. Nur ein Europa, das sich mit den Armen in der Welt solidarisch erklärt, kann einen echten Beitrag zum Frieden leisten.

Mittel- und langfristig werden die reichen Länder ein langfristigeres Ansteigen ihres Wohlstandes akzeptieren müssen, um den Nord-Süd-Konflikt zu bewältigen.

Eine deratige Politik kann im Rahmen der europäischen Gemeinschaft in folgenderweise gefördert werden. ...

Die „internationale Rechtsordnung der SPD" kann die Einheit der Arbeiterklasse mit den Völkern der Dritten Welt nicht verhindern.

„Neuverteilung des Weltreichtums" und „großzügige und uneigennützige Hilfe für die Entwicklungsländer" propagiert die Sozialdemokratie; die Arbeiter müßten schlimmstenfalls Magarine statt Butter in Kauf nehmen, aus Sorge über die wachsende Kluft zwischen reichen und armen Ländern und um den Nord-Süd-Konflikt zu bewältigen. Aber worauf läuft es raus? Die Fähigkeit, die Bevölkerung fremder Länder als Lohnsklaven ihrem Kapital zu unterwerfen und die Rohstoffe dieser Länder auszuplündern, beruht auf der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land, – woher sonst kommen die 3 Milliarden DM, die die westdeutschen Imperialisten seit 1960 in Afrika als Kapital investiert haben.

„Wenn es den russischen Bolschewiki gelungen ist, in den alten Imperialismus eine Bresche zu schlagen, und die überaus schwierige, aber auch sehr ehrenvolle Aufgabe zu übernehmen, der Revolution neue Wege zu bahnen, so haben Sie, die Vertreter der werktätigen Massen des Ostens, eine noch großartigere und noch neuartigere Aufgabe zu lösen. Es wird immer klarer, daß die über der ganzen Welt heraufziehende sozialistische Revolution keinesfalls nur in dem Sieg des Proletariats eines jeden Landes über die eigene Bourgeoisie bestehen wird. (...) Somit wird die sozialistische Revolution nicht nur und nicht hauptsächlich ein Kampf der revolutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie sein, nein, sie wird ein Kampf aller vom Imperialismus unterdrückten Kolonien und Länder, aller abhängigen Länder gegen den internationalen Imperialismus sein. In dem im März dieses Jahres angenommenen Programm unserer Partei heißt es an der Stelle, wo wir vom Herannahen der sozialen Weltrevolution sprechen, daß sich der Bürgerkrieg der Werktätigen gegen die Imperialisten und Ausbeuter in allen fortgeschrittenen Ländern mit dem nationalen Krieg gegen den internationalen Imperialismus zu vereinigen beginnt. Das bestätigt der Gang der Revolution, das wird sich im weiteren Verlauf immer mehr bestätigen. Das gleiche werden wir auch im Osten erleben. Wir wissen, daß sich dort als selbständige Teilnehmer, als Schöpfer des neuen Lebens die Volksmassen des Ostens erheben werden, weil hunderte Millionen dieser Bevölkerung zu den abhängigen, nicht vollberechtigten Nationen gehören, die bisher ein Objekt der internationalen Politik des Imperialismus waren und für die kapitalistische Kultur und Zivilisation nur als Düngemittel existiert. (...)

Auf die Periode des Erwachens des Ostens folgt in der gegenwärtigen Revolution die Periode, in der alle Völker des Ostens die Geschicke der ganzen Welt mitentscheiden, in der sie aufhören, nur ein Objekt der Bereicherung zu sein. Die Völker des Ostens erwachen, um praktisch zu handeln und damit jedes Volk das Schicksal der ganzen Menschheit mitbestimmt. (...) Selbstverständlich kann den endgültigen Sieg nur das Proletariat aller fortgeschrittenen Länder der Welt erringen, und wir Russen beginnen das Werk, das vom englischen, französischen oder deutschen Proletariat gefestigt werden wird. Wir sehen aber, daß sie ohne die Hilfe der werktätigen Massen aller unterdrückten Kolonialvölker, und in erster Reihe der Völker des Ostens, nicht siegen werden."

(Lenin: Referat auf dem II. Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens 22.11.1919. In: ders. GW Bd. 30, S. 144 ff)

Die alte Geschichtslüge der SPD. Der 1.imperialistische Weltkrieg wird in einen gerechten Verteidigungskrieg umgelogen.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmte im Reichstag der Bewilligung der Kriegskredite zu. Den Massen wird die Verantwortung zugeschoben.

Nicht die Verwirklichung des „freien Volksstaates", sondern Eroberung der politischen Macht war die Aufgabe der Arbeiterklasse.

Das Programm der Bourgeoisie in den Jahren 1918 bis 1923 war Aufrechterhaltung des privaten Eigentums auf jeden Fall. Dazu brauchte sie die SPD. Die Weimarer Republik diente ihr als Schutzwall des privaten Eigentums.

Nicht „Demokratisierung der Wirtschaft", sondern Aufhebung der Lohnarbeit durch die proletarische Revolution, ist die Aufgabe der Arbeiterklasse

Unser Weg

Die sozialistische Bewegung erfüllt eine geschichtliche Aufgabe. Sie begann als ein natürlicher und sittlicher Protest der Lohnarbeiter gegen das kapitalistische System. Die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte durch Wissenschaft und Technik brachte einer kleinen Schicht Reichtum und Macht, den Lohnarbeitern zunächst nur Not und Elend. Die Vorrechte der herrschenden Klasse zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen – das war und das ist der Sinn des Sozialismus.

Die Arbeiterschaft war in ihrem Kampf nur auf sich gestellt. Ihr Selbstbewußtsein wurde geweckt durch die Erkenntnis ihrer eigenen Lage, durch den entschlossenen Willen, sie zu verändern, durch die Solidarität in ihren Aktionen und durch die sichtbaren Erfolge ihres Kampfes.

Schweren Rückschlägen und manchen Irrtümern zum Trotz hat die Arbeiterbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert die Anerkennung vieler ihrer Forderungen erzwungen. Der einst schutz- und rechtlose Proletarier, der sich für einen Hungerlohn täglich sechzehn Stunden schinden mußte, erreichte den gesetzlichen Achtstundentag, den Arbeitsschutz, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Siechtum und für seinen Lebensabend. Er erreichte das Verbot der Kinderarbeit, der Nachtarbeit für die Frauen, den Jugend- und Mutterschutz und bezahlten Urlaub. Er erstritt sich die Versammlungsfreiheit, das Recht zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß, das Tarifrecht und das Streikrecht. Er ist dabei, sein Recht auf Mitbestimmung durchzusetzen. Der einst das bloße Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse war, nimmt jetzt seinen Platz ein als Staatsbürger mit anerkannten gleichen Rechten und Pflichten.

In einigen Ländern Europas wurden unter sozialdemokratischen Regierungen bereits die Fundamente einer neuen Gesellschaft gelegt. Soziale Sicherheit und Demokratisierung der Wirtschaft werden in zunehmendem Maße verwirklicht.

Diese Erfolge sind Meilensteine auf dem opferreichen Weg der Arbeiterbewegung. Sie hat mit ihrer wachsenden Befreiung der Freiheit aller Menschen gedient. . . .

Darum ist die Hoffnung der Welt eine Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut, der eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung schaffen will, in Gemeinschaft mit allen die guten Willens sind.
(Godesberger Programm)

„Der Sozialismus als dauernde Aufgabe" – Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Herrschaft der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

Godesberg, 13. bis 15. November 1959 – Außerordentlicher Parteitag der SPD:

Am Vorstandstisch (von links): Ollenhauer, Wehner, Nau, Erler, Deist, Carlo Schmid, Schoettle, Schanzenbach, Eichler.

Auf dem Godesberger Parteitag wird das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen.

„Das Schicksal der Demokratie und der menschlichen Freiheit hängt in unserer Zeit davon ab, daß eine wachsende Zahl von Menschen ihr gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit wird."

(Auszug aus dem Godesberger Programm.)

Motto des Außerordentlichen Parteitages in Bad Godesberg.

Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf dem Godesberger Parteitag. Von links u. a.: Heinrich Gutermuth, Adolph Kummernuss, Georg Leber.

Das Giftserum, das die SPD mit dem Godesberger Programm mixte, verschüttet die Erfahrungen des langen geschichtlichen Kampfes der Arbeiterklasse um ihre soziale Befreiung. Nur durch Revolution kann sich die Arbeiterklasse befreien.

Literatur- und Quellenhinweise

I. Literatur zu Lassalle
F. Engels, Die deutsche Reichsverfassungskampagne. MEW Bd.7
F. Engels, Vorbemerkung zum 2. Abdruck des „Deutschen Bauernkrieges". MEW Bd.16
F. Engels, Zur Auflösung des Lassalleanischen Arbeitervereins. MEW Bd.16
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 1, Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin, 1966
Geschichte. Lehrbuch für Klasse 8. Berlin, 1975
Geschichtliche Weltkunde Bd. 2. Hrsg. Prof. Dr. W. Hug. Frankfurt, 1977
F. Lassalle, Gesamtwerke Bd. 1 und 2. Hrsg. von E. Blum, Leipzig, o.J.
F. Lassalle, Reden und Schriften. Hrsg. von F. Jenaczek. München, 1970
W.I. Lenin, August Bebel. Lenin Werke Bd. 19
W.I. Lenin, Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx. Lenin Werke Bd.18
T.R. Malthus, Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz. 1905
K. Marx, Brief an Kugelmann. MEW Bd. 31
K. Marx, Kritik des Gothaer Programms. Peking, 1971
Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Hrsg. von L. Berthold und E. Diehl. Berlin, 1967
G.v. Uexküll, Lassalle. Reinbeck 1974

II. Literatur zu Bernstein
E. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart, 1899
E. Bernstein, Der Revisionismus in der Sozialdemokratie. Amsterdam, 1909
D. Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1924. Berlin, 1976
Geschichte. Lehrbuch für die Klasse 8. Berlin, 1975
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 2.Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. IV, Berlin
J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 – 1917/18. Berlin, 1967
W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Peking, 1975

III. Literatur zu Naphtali
F. David, Der Bankrott des Reformismus
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 3, 4. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin, 1966
Geschichte. Lehrbuch für die Klasse 9. Berlin, 1975
Kampf um das Programm der Revolution in Deutschland. Der Weg der KPD. Hrsg. vom ZK des KBW. Frankfurt am Main, 1977
J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 15, 16. Berlin, 1965
W.I. Lenin, Ergebnis und Bedeutung der Präsidentschaftswahlen in Amerika. Lenin Werke Bd. 18
Mitbestimmung – eine Forderung unserer Zeit. Hrsg. Deutscher Gewerkschaftsbund. Düsseldorf, 1971
F. Naphtali, Protokoll des 13. Kongresses des ADGB. Berlin, 1928
F. Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel. Frankfurt am Main, 1966

IV. Literatur zum Godesberger Programm
Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität 1863 – 1976. Bilddokumentation der SPD. Bonn, 1976
Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959. Hrsg. vom Vorstand der Partei
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 7: „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 39", 1952. Berlin, 1966
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 6: Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 1.10.1949. Berlin 1966
J. Huffschmid, Die Politik des Kapitalismus. Frankfurt am Main, 1969
Hundert Jahre deutsche Arbeiterbewegung, Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 1963
W.I. Lenin, Referat auf dem II. Kongreß der kommunistischen Organisation der Völker des Ostens 23.11.1919. Lenin Werke Bd. 30
U. Löwke, Für den Fall, daß..., SPD und die Wehrfrage 1949 – 1955. Hannover, 1963
J. Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus. Peking, 1972

perialisten gegen die Sowjetunion verschaffen dem Faschismus außenpolitisch Spielraum. An der Seite der Völker leistet die Sowjetunion schließlich den entscheidenden Beitrag für die Zerschlagung des Faschismus.

6.10. Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag. · a) Für die Restauration ihrer Herrschaft brauchte die deutsche Finanzbourgeoisie nicht Demokratie und Frieden, sondern imperialistischen Besatzerschutz und Kalten Krieg. · b) Die Imperialisten, allen voran die US-Imperialisten, waren von vornherein auf die Spaltung Deutschlands aus, um ihre Positionen bei der Beherrschung der Welt auszubauen. Die revolutionäre Sowjetunion hat dagegen den Kampf unterstützt. · c) Gegen den heftigen Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Deutschland bauen die US-Imperialisten Westdeutschland zu einem Brückenkopf gegen die SU aus. Gründung der BRD. · d) Mit dem Farbwechsel der SU wird Deutschland zu einem Zentrum der Rivalität der Supermächte um die Weltherrschaft. Die DDR wird zum Aufmarschgebiet der Truppen der Sozialimperialisten. Die US-Truppen in Westdeutschland bleiben Besatzertruppen. · e) Immer noch ist die Verwirklichung des demokratischen Friedensvertrages eine entscheidende Kampfaufgabe. Im Kampf gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte und im Kampf gegen die Kriegsgefahr kann es Einheit der Volksmassen in beiden deutschen Staaten und in Westberlin geben. Aber nicht „Einheit der Nation", sondern Volkssouveränität in beiden deutschen Staaten und Westberlin ist das Ziel.

7. Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition: 7.01. Die Ministerien des Inneren, der Justiz, der Finanzen und der Wirtschaft · a) Das Bundesministerium des Inneren. „Wehrhafte Demokratie" gegen demokratische Massenbewegungen und die soziale Revolution des Proletariats. Notstandsgesetze, Polizeigesetz, Bundesgrenzschutz, Innere Sicherheit. · b) Das Bundesministerium der Justiz. Justizreform. Auch Zuckerbrot, aber die Peitsche ist die Hauptsache. Ein Jahrhundertwerk der kleinlichen Reaktion. Betriebsverfassungsgesetz zwecks Ausschaltung der Arbeiterklasse aus der Politik. · c) Das Bundesministerium der Finanzen. Mobilisierung und Sammlung aller Gelder der Werktätigen für die Finanzbourgeoisie. Finanzreform, Staatshaushaltssicherungsgesetz, Steuerreform. Der Finanzminister immer an der Strippe der Banken. · d) Das Bundesministerium für Wirtschaft. „Konzertierte Aktion" für kapitalistische Rationalisierung und Lohnsenkung. Weltwirtschaftspolitik ist Voraussetzung für Weltpolitik. Aber die „Ruhe an der Heimatfront" ist der Ausgangspunkt für alles weitere.

7.02. Die Ministerien für Arbeit, Verkehr, Post, Forschung · a) Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Das Arbeitsministerium organisiert die industrielle Reservearmee und bringt sie zum Einsatz. Wer noch schwitzen kann, soll auf den Arbeitsmarkt drücken, wer völlig ausgelaugt ist, soll ins Grab. Arbeitsgesetze und Rentenreform. Das läßt den Mehrwert anschwellen und bringt Geld. · b) Das Bundesministerium für Verkehr. Transportpolitik ist Profitpolitik. Straßen- und Schienennetzausbau für den Handelskrieg und den Krieg mit den Waffen. Der imperialistische Staat braucht Marine und Lufthansa. · c) Das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen. Mit allen Mitteln das Monopol der Bourgeoisie über die Kommunikationsmittel sichern. Die Postarbeiter sollen wirbeln und die Massen zahlen. · d) Das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Ohne Datentechnik und Energiewirtschaft ist weder der Handelskrieg noch der Krieg mit Waffen zu führen. Die Forschungsprogramme der Bundesregierung zwecks kapitalistischer Rationalisierung.

7.03. Die Ministerien für Bildung, Jugend und Familie, Raumordnung und Ernährung · a) Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bildungsreform. Mobilmachung unqualifizierter Arbeitskraft. Rekrutierung von Unteroffizieren und Offizieren des Finanzkapitals. · b) Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Das alles soll der Kontrolle des imperialistischen Staates unterworfen sein. Mit dem Elend wächst die Unterdrückung. Das will organisiert sein. · c) Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Die Millionenmassen müssen dem Kapital zugriffig bleiben. Raumordnung und Städtebau für Profite und andere Schlachten ... · d) Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Ministerium für Bauernlegen im EG-Maßstab und für Entwertung der Arbeitskraft durch Lebensmittelverschlechterung.

7.04. Die Ministerien für Auswärtiges, Innerdeutsches, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung · a) Das Auswärtige Amt. Der BRD-Imperialismus braucht die EG als erweiterte Basis, aber es geht um die Welt. Die ist schon aufgeteilt, vor allem unter die Supermächte. Bündnis mit den USA, liebäugeln mit der SU und stets gegen die Völker. Das diplomatische Korps ist eine Sondertruppe der Finanzbourgeoisie, das Auswärtige Amt der Stab. Neue Ostpolitik, Nord-Süd-Konflikt, Mehrpolarität – ob da nicht was zu holen ist? · b) Das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen. Wer will schon auf Millionen Arbeitskräfte verzichten, gar qualifizierte? Das innerdeutsche Ministerium hat seinen guten Sinn. Laut Verfassungsgericht darf die DDR niemals als souveräner Staat anerkannt werden. Deutsch-deutsche Abkommen. · c) Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Kapitalexport will koordiniert und gesichert sein. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit steht in der Tradition des Kolonialministeriums. · d) Das Bundesministerium für Verteidigung. Was wäre die Bourgeoisie ohne Armee. Das Privateigentum will geschützt sein. Große Truppenmassen aus den besitzlosen Klassen sind notwendig. Wie sich gegen die schützen? Wehrpflichtgesetz, Wehrstruktur und Ausbau des Militärapparates. Vorbereitung auf Krieg und Bürgerkrieg.

8. Reihe Europäische Gemeinschaft · a) Die Europäische Gemeinschaft – Ein Treibhaus zur Bauernvernichtung und der Entwicklung des Kapitalismus auf dem Land. · b) „Europa der Menschen". Ein mobiler Arbeitsmarkt und ein finsteres Völkergefängnis. · c) Europäische Rohstoffe und Energiepolitik. · d) Die EG in der imperialistischen Konkurrenz und im Kampf um Einflußsphären. Fortsetzung der Kolonialpolitik mit neuen Mitteln und gegen mächtigere Rivalen.

9. Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales · a) Recht auf Arbeit. Die Gesetzesmaßnahmen des Arbeitsministeriums organisieren das „Recht" der Kapitalistenklasse auf schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft. · b) Mit den Versicherungsgeldern der Arbeiterklasse werden die Arbeitslosen unter Druck gesetzt, um die Lebenshaltung der gesamten Klasse zu senken. · c) Die Sozialversicherungsgesetzgebung: Wer durch die kapitalistische Produktion ruiniert ist, soll sehen, wo er bleibt. So werden die Kassen „saniert". · d) Die Rentensanierung trifft den schwächsten Teil der Arbeiterklasse. Sie soll gespalten und dieser Teil vernichtend geschlagen werden. · e) Der Zivile Ersatzdienst – ausgerichtet nach dem Vorbild des Reichsarbeitsdienstes.

10. Lohnsumme und Lohnsummenverteilung · a) Spalten Festgeldforderungen? Warum die Gesamtlohnsumme zum Ausgangspunkt für die Berechnung einer Lohnforderung genommen werden muß. Methode der Berechnung: Potenzen, Logarithmen, Darstellung einer Lohnverteilung im logarithmischen Maßstab. · b) Es bleibt nichts übrig! Ausgabefähiges Einkommen von Arbeiterhaushalten und ihre Wirkung auf die Lohnverteilung. · c) Die Kapitalisten versuchen zu spalten! Der Dreh mit der Teilzeitarbeit. Entlassungen und Höhergruppierungen. Tariflohn. Tatsächlicher Lohn. Zulagen für Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. · d) Was vom Bruttolohn übrig bleibt! Das System der Lohnabzüge: Lohnsteuer, Steuerklassen, Freibeträge, Sozialversicherungsbeiträge. · e) Der größtmögliche Betrug! Kombinierte Wirkung von Lohnerhöhung und „kleiner Steuererhöhung". Mit „schräger Spaltung" geht die Regierungssozialdemokratie auf Lohnsenkung. · Anhang: Einführung in die benötigte Mathematik. · 1. Wie erstellt man eine Lohnsummenverteilung. · 2. Abzüge vom Lohn. · 3. Lohnpreiskontenberechnung.

11. Reihe zur Kritik am Reformismus · a) Lassalles „ehernes Lohngesetz" und seine „gerechte Verteilung des Arbeitsertrages" unter „alle Gesellschaftsglieder". Reformistische Theorie zur Verewigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung. · b) Über den „demokratischen Kapitalismus" zum „demokratischen Sozialismus". Bernsteins Revision des Marxismus. · c) „Wirtschaftsdemokratie" und „Aufbau neuer demokratischer Wirtschaftsformen". Naphtalis Programm zur „Mitwirkung" der Arbeiteraristokratie an der Ausbeuterordnung der Monopole. · d) „Gerechter Anteil an der gesamten Leistung des Menschen" – Der „demokratische Sozialismus" entpuppt sich als humanistischer Imperialismus. Das Godesberger Programm der SPD.

12. Reihe zur Kritik der christlichen Sozialehre · a) Bischoff Kettelers „Unmäßigkeit der Arbeiter" – Sozialchristliche Ideologie zur Durchsetzung der schärferen Schweißauspressung. · b) „Rerum Novarum" – Päpstliche Antwort auf die „Soziale Frage". · c) Das Ahlener Programm der CDU – Christlich-Soziales nach dem Zusammenbruch. · d) Kohls Mannschaft stellt die „neue soziale Frage" und gibt die alte Antwort: Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Das Mannheimer Programm der CDU.

13. Kritische Theorie · a) Arbeit macht eindimensional – Die Theorie Herbert Marcuses · b) Dialektik der Aufklärung – oder warum die Entwicklung der Produktivkräfte angeblich in den Abgrund führt. · c) Die Entstehung des Faschismus aus der Familie – Was die Kritische Theorie kritisiert und was nicht. · d) Vom Zins lebt es sich besser als vom Verkauf der Kunst – Adorno und der Warenfetisch. · e) Existenzialismus und christliche Reaktion – die Theorie Heideggers.

14. Reihe Türkei · a) Die Türkei bleibt im Feudalismus stecken. Die Imperialisten machen sich an ihre Verteilung. England, Rußland, Österreich und das Deutsche Reich. · b) 1898. Der deutsche Kaiser turtelt mit dem Sultan. Die Absicht, die Türkei in eine Halbkolonie des Deutschen Reiches zu verwandeln, ist durchsichtig; in der Türkei erstarkt die Bewegung für eine demokratische Revolution. · c) 1905. Das Deutsche Reich nutzt den Expansionsdruck des russischen Zarismus gegen die Türkei aus, um die Türkei in das Bündnis zu zwingen und auszubluten. Krupp macht glänzende Geschäfte; die britischen Imperialisten versuchen, die arabische Nation zu spalten und sich immer tiefer einzunisten. · d) 1923. Die demokratische Revolution des Kemal Atatürk. Die große Oktoberrevolution hat den Kampf gegen den Imperialismus und Feudalismus machtvoll gefördert. Die Politik der Bolschewiki unterscheidet sich grundlegend vom Expansionismus der alten Zaren.

15. Reihe Arabien. Der Kampf für die Einheit der arabischen Nation und für ihre Befreiung. · a) 1956. Die Vereinigte Arabische Republik schlägt mit der Unterstützung der Völker der Welt die Suezintervention zurück. · b) Die Versuche der Imperialisten sich in Nordafrika festzukrallen sind zum Scheitern verurteilt. Die Niederlage der französischen Imperialisten gegen die algerische Befreiungsbewegung war historisch gesetzmäßig. Die Niederlage des Kolonialismus ist unrevidierbar. · c) Die Gründung der PLO 1964, der entscheidende Wendepunkt im Kampf des palästinensischen Volkes. Eröffnung einer neuen Kampffront der Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus. · d) Die Vernichtung der Bar-Lev-Linie 1973, eine große militärische Leistung, die durch die wachsende Bewußtheit der arabischen Volksmassen über die Gesetzmäßigkeit ihres Kampfes möglich geworden ist. Der Oktoberkrieg ein nationaler Verteidigungskrieg. Die historische Rolle des Ölboykotts der OPEC. · e) Der Nahe Osten ist ein Zentrum der Rivalität der beiden Supermächte. Die Instrumente der arabischen Einheit.

16. Reihe Iran · a) 16. Jh. Entstehung des iranischen Staates. Agrarstruktur, Handwerk und Handel. Rolle der schiitischen Geistlichkeit. Schon bald beginnen sich Rußland vom Norden her und England vom Süden her, um den Iran zu raufen. · b) Der iranische Nationalismus entwickelt sich im Kampf gegen das britische und russische Vorherrschaftstreben und gegen die abhängige Zentralregierung. Revolutionäre Bewegung nach 1905. Die Mullas an der Seite des Volkes. · c) Im ersten Weltkrieg versucht der deutsche Imperialismus Fuß zu fassen, aber der britische Imperialismus sichert sich die Vorherrschaft. Die russische Revolution stärkt die national-revolutionäre Bewegung. Befreite Gebiete. Sieg der Pahlevi-Diktatur. Tudeh-Partei. · d) Mit dem II. Weltkrieg verliert der britische Imperialismus seine Vorherrschaft an den US-Imperialismus. Die nationale Befreiungsbewegung nimmt einen neuen Aufschwung. Mossadegh. · e) Entwicklung des Kapitalismus, „weiße Revolution". Die beiden Supermächte verschärfen ihre Rivalität um den Iran. Der US-Imperialismus klammert, die SU sickert ein. Die nationale Befreiungsbewegung sucht erneut die Entscheidung. Zusammensetzung der Klassen des Volkes. Ihre Forderungen.

17. Afrika-Reihe · a) Die afrikanischen Völker haben den Widerstand gegen die europäischen Kolonialmächte nie aufgegeben. Die Hereros im Kampf gegen den deutschen Imperialismus. · b) Die Monokultur ist das Ergebnis des Kolonialismus und Imperialismus. Methoden und Profite der Plantagenwirtschaft. Die vom Land vertriebenen Bauern werden in den Bergwerken umgebracht. Kongo, Rhodesien und Südafrika. · c) Afrika erhebt sich aufs Neue gegen Kolonialismus und Imperialismus. Aber mit der Unabhängigkeit von den alten Kolonialmächten ist der Kampf nicht vorbei. Erst intervenieren die US-Imperialisten, dann folgen die Sozialimperialisten. Von der „Kongo-Krise" zur „Shabakrise". Die alten Kolonialmächte halten auch noch tausend Fäden in der Hand. · d) Einheit der afrikanischen Völker ist Voraussetzung ihrer Unabhängigkeit und Befreiung. Angola. · e) Kampf um Unabhängigkeit ist unaufhaltsam. Durchsichtige Hetze gegen Uganda. Auch gesteuerte Putsche bringen nicht mehr zuverlässige Marionetten hervor. Aber die neudemokratische Revolution ist noch notwendig.

18. Der Aufbau des Sozialismus in der VR China. Eine große Unterstützung für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker. · a) Die chinesische Revolution setzt den Weg fort, den die Große Oktoberrevolution den Völkern des Ostens und allen unterdrückten Völkern eröffnet hatte. Arbeiter-Bauern-Bündnis. · b) Gründung der VR China und Vollendung der neudemokratischen Revolution. · c) Beseitigung des Privateigentums. Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft. Die Landwirtschaft als Basis, die Industrie als führender Faktor. · d) Große Proletarische Kulturrevolution. Ihre Erfolge, ihre Mängel und Fehler. · e) Die vier Modernisierungen, eine neue große Revolution, die die Ausstrahlungskraft der VR China stärkt.

19. Regionale Klassenkämpfe · 19.01 Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein · 19.02 Geschichte der Klassenkämpfe in Hamburg nach 1945 · 19.03 Klassenkämpfe in Berlin nach 1945 · 19.04 Geschichte der Klassenkämpfe im Ruhrgebiet und Rheinland · 19.05 Klassenkämpfe in Bayern

KBW

Kommunistischer Bund Westdeutschland